

Pre-Study zum Masterplan Mittelstand

Studie für das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und
Tourismus Baden-Württemberg

15.6.2022

Studie



Impressum

© 2022

Verantwortlich:

IW Consult GmbH
Konrad-Adenauer-Ufer 21
50668 Köln
Tel.: +49 221 49 81-758
www.iwconsult.de

Autoren:

Dr. Thorsten Lang
Dr. Vanessa Hünнемeyer
Felix Heyer

Bildnachweise

Titelseite: Halfpoint/Shutterstock.com

Inhalt

1	Summary	5
2	Einleitung	9
3	Heterogener Mittelstand in Baden-Württemberg	11
3.1	Bedeutung des Mittelstands in Baden-Württemberg	12
3.2	Heterogenität des Mittelstandes in Baden-Württemberg	22
3.3	Die DNA des baden-württembergischen Mittelstands.....	30
4	Mittelstandspolitik im Wandel	32
5	Neue Herausforderungen für den Mittelstand	44
5.1	Aktuelle wirtschaftliche Trends	44
5.2	Bedeutung der Trends für den baden-württembergischen Mittelstand.....	47
5.3	Wichtige Trends für den Mittelstand in Baden-Württemberg	50
5.3.1	Digitalisierung	51
5.3.2	Dekarbonisierung.....	56
5.3.3	Demografie	59
5.3.4	Globalisierung im Wandel.....	61
6	Ansatzpunkte in der Mittelstandspolitik zur Bewältigung der neuen Herausforderungen	65
6.1	Rolle von Innovationen bei der Bewältigung der Herausforderungen.....	66
6.2	Ausgewählte Best-Practice-Beispiele innovativer Mittelstandspolitik.....	69
6.3	Ansatzpunkte für die Mittelstandspolitik	77
7	Bewertung der aktuellen baden-württembergischen Mittelstandspolitik.....	79
7.1	Maßnahmen der Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg	79
7.2	Bewertung der Mittelstandspolitik.....	85
8	Schlussfolgerungen für den Masterplan Mittelstand	87
9	Literatur.....	90

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Überproportionale Umsatzanteile in Baden-Württemberg	13
Abbildung 3-2: Bedeutung des Mittelstands im Vergleich.....	14
Abbildung 3-3: Betriebsgrößenstrukturen im Vergleich	16
Abbildung 3-4: Anteil der Branchen am Mittelstand in Baden-Württemberg.....	17
Abbildung 3-5: Beschäftigtenanteil nach Branchen im baden-württembergischen Mittelstand	18
Abbildung 3-6: Umsatzanteil nach Branchen im baden-württembergischen Mittelstand	20
Abbildung 3-7: Branchenanteile am KMU-Umsatz in Baden-Württemberg und Deutschland.....	21
Abbildung 3-8: Mittelstandsanteil an der Gesamtwirtschaft in Baden-Württemberg nach Branchen	23
Abbildung 3-9: Beschäftigtenanteile im Mittelstand nach Branchen	24
Abbildung 3-10: Umsatzanteil des Mittelstands nach Branchen	25
Abbildung 3-11: Abhängig Beschäftigte je rechtlicher Einheit nach Branchen.....	26
Abbildung 3-12: Umsatz je rechtlicher Einheit nach Branchen.....	27
Abbildung 3-13: Umsatz je abhängig Beschäftigten nach Branchen.....	28
Abbildung 4-1: Zielgruppen der Mittelstandspolitik	38
Abbildung 5-1: Ergebnisse des Digitalisierungsindex 2020 nach Branchen	53
Abbildung 5-2: Ergebnisse des Digitalisierungsindex 2020 nach Kategorien und Bundeslandgruppen	54
Abbildung 5-3: Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg nach Sektoren im Jahr 2020	56
Abbildung 5-4: Bedeutung der Energiewende für die Unternehmen.....	57
Abbildung 5-5: Auswirkungen des Green Deals nach Branchengruppe	58
Abbildung 5-6: Fachkräftengpässe in Baden-Württemberg nach Branchen.....	59
Abbildung 5-7: Bedeutung der Fachkräftesicherung aus Unternehmenssicht nach Branchen	60
Abbildung 6-1: Innovatorenquoten nach Unternehmensgröße	66
Abbildung 6-2: Veränderung der Innovatorenquote in Baden-Württemberg nach Größenklassen im Rahmen der Einführung der erweiterten Innovationsdefinition des Oslo Manuals	67
Abbildung 6-3: Veränderung der Innovatorenquote in den baden-württembergischen Branchen im Rahmen der Einführung der erweiterten Innovationsdefinition des Oslo Manuals	68

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Größenverteilung der KMU im Unternehmensregister 2019	15
Tabelle 3-2: Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister 2019	15
Tabelle 3-4: Exportanteile der KMU in Baden-Württemberg nach Branchen	22
Tabelle 5-1: Exportentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 2008 bis 2020	62
Tabelle 6-1: Grunddaten der Vergleichsländer	70

1 Summary

Der Mittelstand ist in Baden-Württemberg eine tragende Säule der Wirtschaft. Seine Erfolgsgeschichte, getragen durch Innovation, Tüftlergeist, Exporterfolge und mittelständische Weltmarktführer, schlägt sich in überdurchschnittlichen Anteilen am deutschen Mittelstand nieder. Krisen wie die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellen den Mittelstand vor große Herausforderungen: Lieferketten sind gestört, Rohstoff- und Energiepreise steigen und Umsätze brechen weg. Gleichzeitig steht der Mittelstand grundlegenden Veränderungen gegenüber, getrieben durch Megatrends wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Wandel der Globalisierung und Demografie, die die Wirtschaft und den Mittelstand in Zukunft stark prägen werden. Um den Mittelstand für diese Entwicklungen zukunftsfest zu machen, hat die baden-württembergische Landesregierung beschlossen, einen Masterplan Mittelstand zu entwickeln. In dieser Pre-Study soll dazu zunächst der derzeitige Forschungsstand zum Thema Mittelstandspolitik und Mittelstandsförderung erarbeitet und die zentralen Chancen und Herausforderungen der nächsten Jahre identifiziert werden.

Zunächst wird in Kapitel 3 die DNA des baden-württembergischen Mittelstands erörtert. Über 99 Prozent der Unternehmen im Land zählen zum Mittelstand, mehr als jeder zweite abhängig Beschäftigte ist dort tätig und gut 30 Prozent der landesweiten Umsätze werden vom Mittelstand erwirtschaftet. Der baden-württembergische Mittelstand erzielt überproportionale Anteile am Umsatz der deutschen Wirtschaft, die Betriebsgrößen sind im Südwesten im Durchschnitt größer als im übrigen Deutschland. Auch im Mittelstand spielt die Industrie in Baden-Württemberg eine herausragende Rolle. Nur der Wirtschaftsbereich Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz weist einen noch höheren Umsatzanteil auf. Eine weitere Stärke weist der Südwesten bei den wissensintensiven und technischen Dienstleistungen auf, die stark in den Industrie-Dienstleistungsverbund eingebunden sind. Die direkten Exporte werden im Mittelstand de facto durch zwei Wirtschaftsbereiche durchgeführt: das Verarbeitende Gewerbe sowie der Handel und die Instandhaltung von Kfz, während andere Dienstleister eher indirekt über die Industrieunternehmen in die Exporte eingebunden sind. Hier besteht noch Potenzial, insbesondere bei den Exporten der wissensintensiven und technischen Dienstleistungen, die durch die Digitalisierung erleichtert werden. Insgesamt ist der Mittelstand in Baden-Württemberg durch eine große Heterogenität gekennzeichnet. Diese Heterogenität ist zu berücksichtigen, wenn die Politik den Mittelstand adressiert.

Aus der wissenschaftlichen Literatur zur Mittelstandspolitik in Kapitel 4 lassen sich mehrere Fragen ableiten, die bei der Erstellung des Masterplans Mittelstand beantwortet werden sollten:

- ▶ Wie wird die zukünftige Mittelstandspolitik begründet?
- ▶ An wen richtet sich die zukünftige Mittelstandspolitik (und auch Mittelstandsforschung)?

- ▶ Ist zukünftige Mittelstandspolitik ausschließlich Rahmenpolitik oder enthält sie einzelbetriebliche Fördermaßnahmen?
- ▶ Wer sollte für die zukünftige Mittelstandspolitik zuständig sein?
- ▶ Ist die zukünftige Mittelstandspolitik einzig evidenzbasiert oder kommen auch Ansätze zum Einsatz, für die noch keine empirische Überprüfung ihrer Wirksamkeit vorliegt?

Diesen Fragen wird vor dem Hintergrund der Literatur (Kapitel 4), der für den baden-württembergischen Mittelstand relevanten Trends (Kapitel 5) und konkreter Ansatzpunkte der Mittelstandspolitik zur Beantwortung dieser Trends aus den Beispielen der Mittelstandspolitik anderer Länder (Kapitel 6) sowie der Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg (Kapitel 7) nachgegangen.

Die Trends werden umfassend in Kapitel 5 erörtert. Als wichtige Trends für den baden-württembergischen Mittelstand werden die Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und die Globalisierung im Wandel aufgezeigt. Hinsichtlich dieser Trends wird untersucht, welche Ansatzpunkte zu ihrer Bewältigung bestehen und ob die derzeitige baden-württembergische Mittelstandspolitik diese Trends bereits adressiert.

Die Begründung der zukünftigen Mittelstandspolitik und der Masterplan Mittelstand sollten sowohl auf gesellschaftlichen Funktionen des Mittelstands als auch auf konkreten Nachteilen und Hemmnissen basieren. Die erwarteten gesellschaftspolitischen Herausforderungen durch Trends zeigen, dass der Mittelstand diesen Trends entgegenwirken kann, da er oftmals ortsgebunden ist und so auch abgelegene Regionen stärkt. Zugleich ist der Mittelstand Teil der Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Dekarbonisierung oder der Digitalisierung, was im Mittelstand erhebliche Investitionen für Um- oder Neubau von Infrastrukturen und für die Qualifizierung erfordert. Um staatliche Eingriffe in den Markt zu begrenzen und die gesellschaftlichen Funktionen nachhaltig zu unterstützen, sollten sie nur vor dem Hintergrund konkreter Nachteile beziehungsweise Hemmnisse des Mittelstands erfolgen. Es zeigt sich, dass der Mittelstand weniger weit bei der Umsetzung der neuen Technologien ist. Hier bedarf der Mittelstand Unterstützung. Der Masterplan sollte sich daher als Orientierungshilfe bei der erfolgreichen Bearbeitung der verschiedenen Trends verstehen. Dabei geht es nicht mehr nur um den Nachteilsausgleich, sondern auch um die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels im Mittelstand, der sich aus den Trends ergibt.

Die zukünftige Mittelstandspolitik sollte sich auch in Zukunft an eine nach Unternehmensgröße abgegrenzte Zielgruppe richten. Bei den Trends zeigt sich, dass viele Nachteile und Hemmnisse aus der Unternehmensgröße resultieren, weshalb diese Zielgruppe Unterstützung durch die zukünftige Mittelstandspolitik und den Masterplan Mittelstand benötigt. Gleichzeitig könnten aber auch die spezifischen Herausforderungen, die sich aus der Einheit von Eigentum und Leitung ergeben, im Blick gehalten werden, indem die Forschung zum qualitativen Mittelstand gestärkt wird. Dabei könnten auch größere eigentümergeführte Unternehmen und ihre spezifischen Herausforderungen gesondert in den Blick genommen werden.

Eine gute Rahmenpolitik bildet die Basis der Mittelstandspolitik. Das Beispiel Niederlande macht deutlich, dass eine gute Rahmenpolitik die Basis der Mittelstandspolitik sein sollte, sie aber nicht ausschließlich Rahmenpolitik sein kann. Ein gutes Geschäftsklima und ein guter Rahmen für die neuen Trends wie die Digitalisierung fördern den Mittelstand bei der Umsetzung neuer Ideen. Im Masterplan Mittelstand sollten Verbesserungen der Rahmenbedingungen angestrebt werden. Bestehende Nachteile und Hemmnisse erfordern allerdings auch einzelbetriebliche Fördermaßnahmen, wie sie auch in den Niederlanden oder in Österreich zu finden sind. Hier sollte der Masterplan Mittelstand auch einzelbetriebliche Fördermaßnahmen enthalten, wie dies bereits heute schon in der baden-württembergischen Mittelstandspolitik der Fall ist und auch für die Zukunft geplant ist. Ein Fokus sollte dabei auf

Innovationen liegen, da diese eine Grundlage für die Bewältigung der Trends darstellen. Für den Masterplan Mittelstand könnte zudem geprüft werden, inwieweit die Förderkulisse vereinfacht werden kann, ohne dabei konkrete Hemmnisse außer Acht zu lassen. Dabei kann eine konsequente Evaluierung helfen.

Angesichts der Komplexität der Trends dürfte Mittelstandspolitik in Zukunft noch stärker zu einer Querschnittsaufgabe werden. In Baden-Württemberg ist Mittelstandspolitik traditionell eine Querschnittsaufgabe, was in § 2 des baden-württembergischen Gesetzes zur Mittelstandsförderung seit Langem implementiert ist. Bei der Erstellung des Masterplans Mittelstand könnten alle relevanten Ressorts frühzeitig eingebunden werden, insbesondere in Form von Workshops zur Bewältigung der einzelnen Trends mit Fokus auf den Mittelstand. Der Masterplan ist ein Instrument für eine integrierte Gesamtbetrachtung von verschiedenen Politikbereichen wie der Wirtschafts-, Bildungs-, Forschungs-, Innovations- und Städtebaupolitik. Der Masterplan Mittelstand könnte allen Ressorts Orientierungshilfe in Form eines „Informieren – Sensibilisieren – Motivieren“ bei der erfolgreichen Bearbeitung der verschiedenen Trends bieten. Der Masterplan Mittelstand könnte ein Handlungskonzept für die verschiedenen Aktivitäten auf Landesebene sein und konkrete Ziele formulieren sowie ganzheitliche und integrierte Konzepte und Maßnahmen enthalten.

Die zukünftige Mittelstandspolitik sollte, wo immer möglich, evidenzbasiert sein. Dies ist für eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik unerlässlich. Angesichts der neuen Herausforderung gibt es jedoch bei vielen mittelstandspolitischen Maßnahmen noch keine Evidenzbasierung. Deshalb muss auf frühere Erfahrungen aus anderen Zusammenhängen zurückgegriffen werden. Angesichts der neuen Herausforderungen und der deshalb noch fehlenden Evidenzbasierung der Maßnahmen könnte der Masterplan festhalten, dass im Prozess nicht oder weniger wirksame Maßnahmen durch wirksamere Maßnahmen ersetzt werden, damit die Mittelstandspolitik einen höheren Outcome erreicht. Dabei ist es wichtig, rechtzeitig eine Nulllinie zu vermessen, anhand derer spätere Fortschritte von Maßnahmen gemessen werden können. Zwar findet in Baden-Württemberg bereits heute schon häufig eine Evaluierung der Mittelstandspolitik statt, allerdings gibt es noch Potenzial in der stärkeren Fokussierung auf eine Wirksamkeitsanalyse. Eine stärkere Evaluierung von Maßnahmen sollte daher ein Bestandteil der zukünftigen Mittelstandspolitik sein, wobei jedoch auch zu bedenken ist, dass ein solcher Evaluierungsprozess stets mit einem erheblichen zeitlichen und monetären Mehrbedarf bei der Programmierung neuer Maßnahmen und Initiativen einhergehen würde.

Insgesamt befindet sich der bislang erfolgreiche Mittelstand in Baden-Württemberg in einem hochdynamischen Umfeld. Nicht nur die aktuellen Krisen wie die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellen den Mittelstand vor Herausforderungen, sondern auch die Trends Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und der Wandel der Globalisierung, die zu starken Veränderungen im Mittelstand führen können. Angesichts der Herausforderungen bedarf der Mittelstand Unterstützung. Der Masterplan Mittelstand könnte hier Maßnahmen und Initiativen beinhalten, um die Herausforderungen zu bewältigen und die Risiken zu vermeiden. Der Masterplan kann Antworten geben, was gemacht werden muss, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands erhalten bleibt und Baden-Württemberg auch in den nächsten Jahren wirtschaftlich gut aufgestellt ist.

2 Einleitung

In Baden-Württemberg ist der Mittelstand eine tragende Säule der Wirtschaft. Im Land zählen im Jahr 2019 über 99 Prozent der rund 485.000 Unternehmen zum Mittelstand. Dieser hat mit 354 Milliarden Euro rund 30,5 Prozent aller Unternehmensumsätze erwirtschaftet. Deutlich höher fällt seine Bedeutung bei der Beschäftigung aus: Mit rund 2,9 Millionen abhängig Beschäftigten ist mehr als jeder zweite Beschäftigte in Baden-Württemberg im Mittelstand tätig.

Der Mittelstand steht derzeit großen Herausforderungen und grundlegenden Veränderungen gegenüber. Durch Megatrends wie die Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Globalisierung und Demografie ergeben sich neue Chancen und Risiken für den Mittelstand. Um ihn für diese Entwicklungen zukunftsfest zu machen, hat sich die baden-württembergische Landesregierung zum Ziel gesetzt, den Mittelstand für den anstehenden Transformationsprozess in ihrer Wettbewerbsfähigkeit, ihrer Innovationskraft, Kreativität und Agilität zu stärken. Daher sieht der aktuelle Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen und CDU vor, einen Masterplan Mittelstand zu entwickeln, wozu wissenschaftliche Expertise einbezogen werden soll.

Als erster Schritt soll im Rahmen einer Pre-Study zunächst der derzeitige Forschungsstand zum Thema Mittelstandspolitik und Mittelstandsförderung erarbeitet und die zentralen Chancen und Herausforderungen der nächsten Jahre identifiziert werden. Auf dieser Basis soll eine Hauptstudie folgen, in deren Rahmen ein Masterplan Mittelstand entwickelt wird, der Handlungsempfehlungen für die zukünftige Mittelstandspolitik des Landes enthalten, Eckpunkte für eine Novelle des Mittelstandsförderungsgesetzes BW definieren und Ansätze für eine Kommunikationsstrategie darstellen soll.

Ziel der Studie ist es, den aktuellen Forschungsstand aufzuzeigen und Kernaussagen zu vorhandenen, wissenschaftlich relevanten Studien und Analysen zum Themenspektrum Mittelstand der letzten fünf Jahre herauszuarbeiten und erste Ansätze für eine zukunftsgerichtete Mittelstandspolitik aufzuzeigen.

Die Pre-Study weist folgende inhaltliche Schwerpunkte auf:

- ▶ Status quo des baden-württembergischen Mittelstands
- ▶ Forschungsstand Mittelstandspolitik und Mittelstandsförderung
- ▶ Chancen und Herausforderungen für den Mittelstand
- ▶ Ansatzpunkte der Mittelstandspolitik zur Bewältigung der Chancen und Herausforderungen
- ▶ Einschätzung der aktuellen Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg

Aus diesen inhaltlichen Schwerpunkten werden im Anschluss Ableitungen für den Masterplan Mittelstand getroffen. Entsprechend ist die Pre-Study in mehrere Kapitel unterteilt:

- ▶ Kapitel 3 befasst sich empirisch mit dem Mittelstand in Baden-Württemberg. Zunächst wird in Kapitel 3.1 die Bedeutung des baden-württembergischen Mittelstands betrachtet. Insbesondere wird gefragt, welche Anteile der Mittelstand bei der Unternehmenszahl und dem Umsatz an der Gesamtwirtschaft hat, in welchen Branchen der Mittelstand stärker ausgeprägt ist und ob Unterschiede zu Deutschland zu erkennen sind. Zudem wird auf die Dynamik im Mittelstand eingegangen. In Kapitel 3.2 wird die Heterogenität des baden-württembergischen Mittelstands aufgezeigt. Diese Heterogenität erschwert eine „One-size-fits-all“-Politik, da die Unternehmen vor teils unterschiedlichen Entwicklungen und Herausforderungen stehen. Kapitel 3.3 fasst die Besonderheiten und die DNA des baden-württembergischen Mittelstands zusammen.
- ▶ Kapitel 4 beleuchtet anhand einer Literaturanalyse, wie sich die Mittelstandspolitik im Zeitablauf gewandelt hat. Diskutiert werden die Rollen des Nachteilsausgleichs, einzelbetrieblicher Fördermaßnahmen und der Rahmenpolitik. Es wird beleuchtet, wie über die Legitimation, den Adressaten und die Art der Mittelstandspolitik in der deutschen Literatur diskutiert wird. Zudem werden Diskussionsstränge der Mittelstandspolitik in internationalen Journalen geschildert und daraus Ableitungen für die zukünftige Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg getroffen.
- ▶ In Kapitel 5 werden neue Herausforderungen für den Mittelstand aufgezeigt. Zunächst werden in Kapitel 5.1 verschiedene wirtschaftliche Trends dargestellt. In Kapitel 5.2 wird dann herausgearbeitet, welche Trends für Baden-Württemberg eine höhere Relevanz aufweisen. In Kapitel 5.3 werden schließlich wichtige Trends für Baden-Württemberg kurz vorgestellt, die Chancen und Herausforderungen für den Mittelstand erläutert und erste Ansätze zur Bewältigung der Trends aufgezeigt.
- ▶ Kapitel 6 beschäftigt sich näher mit möglichen Ansatzpunkten zur Bewältigung der neuen Herausforderungen. Eine besondere Rolle nehmen dabei Innovationen ein, die für Baden-Württemberg in Kapitel 6.1 betrachtet werden. Welche Beispiele es zur Bewältigung der Trends gibt, wird in Kapitel 6.2 im Ausland mit Schwerpunkt auf Österreich und den Niederlanden sowie im Inland in Bayern und Niedersachsen, die wirtschaftsstrukturelle Ähnlichkeiten mit Baden-Württemberg aufweisen, betrachtet. Daraus werden in Kapitel 6.3 Ansatzpunkte für die Mittelstandspolitik abgeleitet.
- ▶ Kapitel 7 betrachtet die derzeitigen Maßnahmen der baden-württembergischen Mittelstandspolitik (Kapitel 7.1). Anschließend wird die baden-württembergische Mittelstandspolitik in Kapitel 7.2 vor dem Hintergrund der Frage bewertet, ob die Maßnahmen auf die aufgezeigten Trends einzahlen.
- ▶ Kapitel 8 zeigt die Schlussfolgerungen der Pre-Study für den baden-württembergischen Masterplan Mittelstand auf.

3 Heterogener Mittelstand in Baden-Württemberg

Im Folgenden wird der Mittelstand in Baden-Württemberg hinsichtlich seiner Besonderheiten und seiner DNA untersucht. Bevor die Untersuchung beginnt, sollte geklärt werden, was unter Mittelstand verstanden wird.

Begriffe wie Mittelstand und KMU werden in der Diskussion häufig synonym verwendet. Gleichwohl werden diese Begriffe teils unterschiedlich definiert. Definitionen dienen insbesondere der Wesensbestimmung. Sie sind weder „wahr“ noch „falsch“, sondern allenfalls zweckmäßig beziehungsweise zutreffend (Opp, 2005). Bei den Definitionen können qualitative und quantitative Definitionen unterschieden werden. Nach einer qualitativen Definition des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn ist der Mittelstand durch die Einheit von Eigentum und Leitung definiert (IfM Bonn, 2022a). Allerdings lässt sich der Mittelstand anhand der qualitativen Definition mangels valider Indikatoren nur schwer empirisch fassen. Zur statistischen Erfassung des Mittelstands oder Abgrenzung von Politikbereichen wird in der Literatur daher häufig auf allgemein verfügbare quantitative Kriterien für KMU zurückgegriffen, wie etwa die Umsatzhöhe und die Beschäftigtenzahl. Das IfM Bonn definiert Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten und weniger als 50 Millionen Euro Jahresumsatz als KMU. Innerhalb dieser Unternehmen wird zudem in Anlehnung an die KMU-Definition der EU-Kommission zwischen Kleinstunternehmen (Unternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten und bis 2 Millionen Euro Jahresumsatz), kleinen Unternehmen (Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bis 10 Millionen Euro) und mittleren Unternehmen (Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und bis 50 Millionen Euro Umsatz) unterschieden (IfM Bonn, 2022b). Die EU-Kommission definiert kleine und mittlere Unternehmen etwas enger: Gemäß einer Kommissionsempfehlung gelten seit dem 1. Januar 2005 solche Unternehmen als KMU, die nicht mehr als 249 Beschäftigte haben und entweder nicht mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen Euro aufweisen. Verflechtungen mit anderen Unternehmen sind dabei zu berücksichtigen (Commission of the European Communities, 2003).

In dieser Studie wird der quantitativen KMU-Definition des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn gefolgt. Die hier verwendete Definition des Mittelstands als Unternehmen unter 500 Beschäftigten und unter 50 Millionen Euro Jahresumsatz weicht vom baden-württembergischen Gesetz zur Mittelstandsförderung vom 19. Dezember 2000 ab. In § 4 sind als Adressaten der Förderung vorrangig Un-

Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft mit weniger als 250 Beschäftigten und mit einem Jahresumsatz von höchstens 40 Millionen Euro, die sich nicht zu 25 Prozent oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines oder mehrerer Unternehmen befinden, ausgewiesen.

Zur Vermessung des Mittelstands wurde in einer Sonderauswertung des baden-württembergischen Unternehmensregisters geprüft, inwieweit Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten existieren, die weniger als 50 Millionen Euro Jahresumsatz aufweisen. Damit können Unterschiede zur EU-Definition mit einer Abscheidegrenze bei 249 Beschäftigten aufgezeigt werden, die ebenfalls häufig bei der empirischen Beschreibung des Mittelstands angewendet wird. In der Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte finden sich 0,1 Prozent aller Unternehmen, bei denen zusammen 4,7 Prozent aller abhängig Beschäftigten tätig sind und die 1,1 Prozent des Gesamtumsatzes in Baden-Württemberg erwirtschaften. Wird als Beschäftigungsgrenze der KMU-Definition bis 249 Beschäftigten gefolgt, kommt es insbesondere bei den abhängig Beschäftigten zu einer Unterschätzung des Mittelstands. Dies gilt dabei insbesondere für den Dienstleistungssektor, wo in Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten knapp 6 Prozent der abhängig Beschäftigten tätig sind, während es im Produzierenden Gewerbe inklusive Bauwirtschaft nur 2,8 Prozent sind (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2022). Bei der Verwendung der Umsatzsteuerstatistik, wo statt einer Beschäftigungsgrenze eine Umsatzgrenze von 50 Millionen Euro verwendet wird, ist dagegen mit keinen Abweichungen vom Unternehmensregister zu rechnen, da Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro nicht zum Mittelstand gezählt werden.

Bei Darstellung des Status quo des baden-württembergischen Mittelstands findet hingegen die qualitative Mittelstandsdefinition keine Verwendung. Zu dieser Gruppe zählen auch Unternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz und 500 Beschäftigten, wenn sie das Kriterium der Einheit von Eigentum und Leitung erfüllen. Andererseits werden Unternehmen, die die quantitative Definition erfüllen, nicht zum Mittelstand gezählt, wenn Eigentum und Leitung auseinanderfallen. Beide Definitionen sind somit nicht deckungsgleich, obgleich sie eine große Schnittmenge aufweisen (IfM Bonn, 2022a). Bei der Darstellung einiger Befragungs- und Studienergebnisse liegt dagegen die qualitative Mittelstandsdefinition zugrunde, worauf hingewiesen wird. Die qualitative Definition unterscheidet sich insofern, als die Einheit von Eigentum und Leitung konstitutiv ist. In dieser Gruppe von Unternehmen gibt es spezifische Herausforderungen, die den Mittelstand prägen können, wie Nachfolgeproblematiken, Finanzierungsverhalten der Eigentümer, Rationalität der Unternehmensführung und so weiter. Gleichzeitig werden aber viele Unternehmen ausgeschlossen, die „typische“ mittelständische Unternehmen sind und vor ähnlichen Herausforderungen stehen wie kleinere, von den Eigentümerinnen und Eigentümern geführte Unternehmen. Insofern ist KMU-Politik meist auch Mittelstandspolitik, während Mittelstandspolitik aufgrund der Besonderheiten der leitenden Eigentümerinnen und Eigentümer zusätzliche Angebote, beispielsweise zur Regelung der Unternehmensnachfolge, beinhalten muss.

3.1 Bedeutung des Mittelstands in Baden-Württemberg

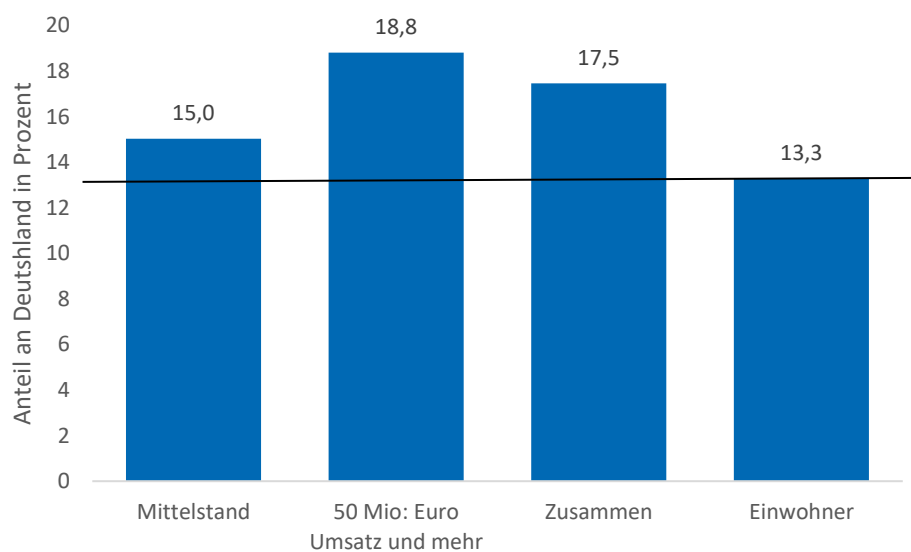
Baden-Württemberg ist wirtschaftlich stark. Das Land hatte im Jahr 2019 einen Bevölkerungsanteil von 13,3 Prozent an Deutschland, erzielte aber 15,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung. Treiber ist hier vor allem das baden-württembergische Verarbeitende Gewerbe, das 22,4 Prozent der bundesweiten Industriewertschöpfung erarbeitete, der höchste Anteil unter allen Ländern. Die Dienstleistungsbereiche erwirtschafteten hingegen 13,2 Prozent der Dienstleistungswertschöpfung in Deutschland (Statistische Ämter der Länder, 2021).

Der baden-württembergische Mittelstand hat in Deutschland ebenfalls eine hohe Bedeutung. Dies zeigt der Anteil Baden-Württembergs an Deutschland in der Umsatzstatistik (Abbildung 3-1)

- ▶ Von den deutschlandweiten Lieferungen und Leistungen des Jahres 2019 entfallen 15 Prozent auf den Mittelstand in Baden-Württemberg, definiert als Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 17.500 bis unter 50 Millionen Euro.
- ▶ Die Großunternehmen (ab 50 Millionen Euro Umsatz) in Baden-Württemberg erzielten sogar 18,8 Prozent aller Umsätze ihrer Größenklasse. Insgesamt hatte Baden-Württemberg gegenüber seinen Bevölkerungsanteil von 13,3 Prozent mit 17,5 Prozent einen überproportionalen Umsatzanteil.

Abbildung 3-1: Überproportionale Umsatzanteile in Baden-Württemberg

Bevölkerungsanteil an Deutschland und Anteil an Lieferungen und Leistungen nach Unternehmensgröße im Jahr 2019



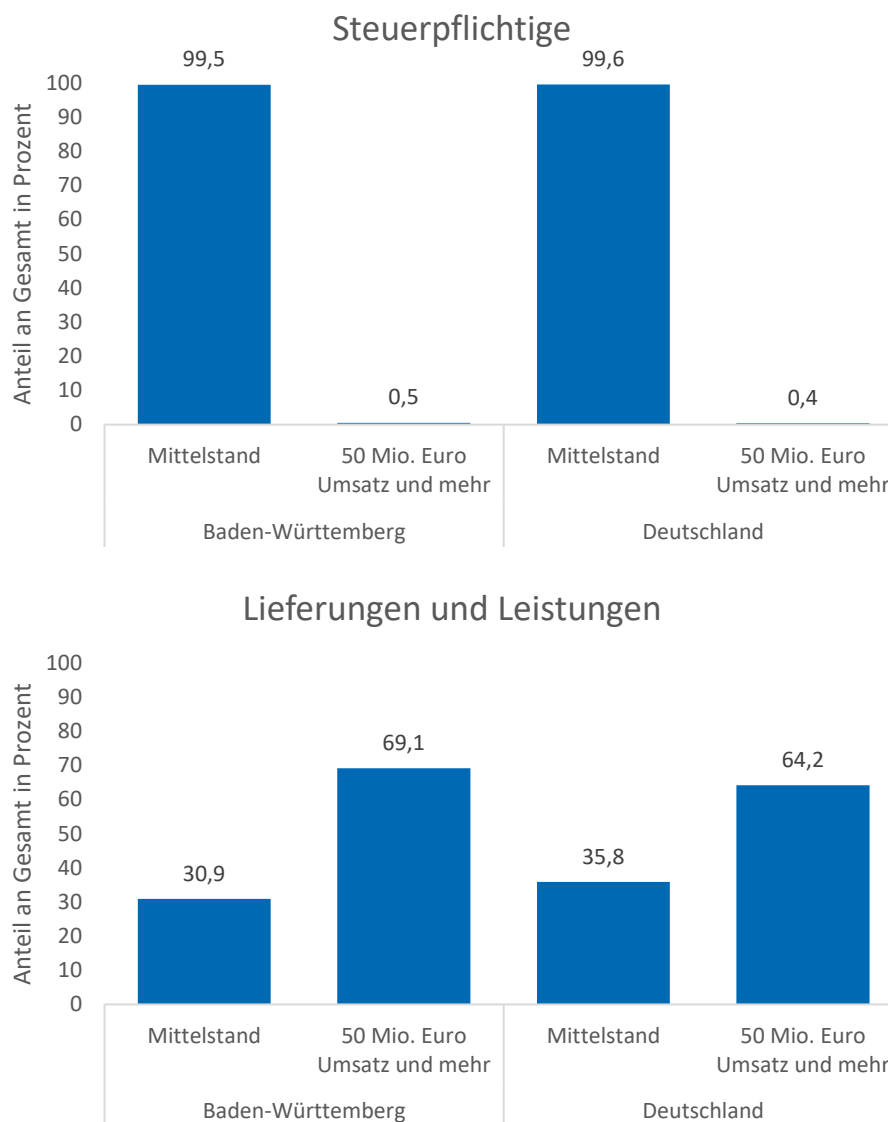
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2021); Statistisches Bundesamt (2021)

Innerhalb des Landes fällt die Bedeutung des Mittelstands geringer aus (Abbildung 3-2):

- ▶ Bei Anzahl der Unternehmen (steuerpflichtigen) findet sich in Baden-Württemberg eine ähnliche Verteilung wie in Deutschland. 99,5 Prozent der Steuerpflichtigen im Land weisen einen Umsatz zwischen 17.500 und unter 50. Millionen Euro auf und sind dem Mittelstand zuzuordnen. Dies sind 449.602 der 451.955 Unternehmen in dieser Umsatzklasse. In Deutschland beträgt der Anteil 99,6 Prozent.
- ▶ Die Großunternehmen erzielen allerdings mit 817,2 Milliarden Euro den Großteil der Umsätze. In Baden-Württemberg Erlösen die Großunternehmen 69,1 Prozent aller Lieferungen und Leistungen, in Deutschland sind es 64,2 Prozent. Damit ist Baden-Württemberg stärker durch Großunternehmen geprägt.
- ▶ Der baden-württembergische Mittelstand erlöste im Jahr 2019 einen Umsatz von 364,9 Milliarden Euro. Anteilsmäßig erlöst der baden-württembergische Mittelstand mit 30,9 Prozent einen geringen Umsatz als der Mittelstand in Deutschland mit einem Umsatzanteil von 35,8 Prozent. Damit weist der Mittelstand im Land eine geringere wirtschaftliche Bedeutung an der Gesamtwirtschaft auf als in Deutschland.

Abbildung 3-2: Bedeutung des Mittelstands im Vergleich

Anteile an Steuerpflichtigen sowie Lieferungen und Leistungen nach Größenklassen im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2021); Statistisches Bundesamt (2021)

Eine weitere Datenquelle, mit der die Bedeutung des baden-württembergischen Mittelstands vermes-
sen werden kann, ist das Unternehmensregister. Der baden-württembergische Mittelstandsbericht
2021 verwendet bei der statistischen Darstellung des Mittelstands die Beschäftigtenzahl aus der KMU-
Definition der Europäischen Union (siehe Kapitel 2). Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind
demnach Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Die Ergebnisse des Mittelstandsberichts
für die Privatwirtschaft im Jahr 2019 sind in Tabelle 3-1 dargestellt:

- ▶ Laut Unternehmensregister wiesen in Baden-Württemberg 99,5 Prozent der insgesamt 484.758 Unternehmen weniger als 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf.
- ▶ Gut 2 Prozent der KMU waren mittlere Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten, rund 10 Prozent Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten und 49,5 Prozent Kleinstunternehmen mit einem bis 9 Beschäftigten.
- ▶ 38 Prozent aller Unternehmen beschäftigen gar kein Personal.

- ▶ Die KMU beschäftigten mit rund 2,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, gut die Hälfte (50,2 Prozent) aller Beschäftigten.
- ▶ Die KMU erwirtschafteten 459 Mrd. Euro Umsatz, was einem gesamtwirtschaftlichen Umsatzanteil von 39,5 Prozent entspricht.

Tabelle 3-1: Größenverteilung der KMU im Unternehmensregister 2019

Ergebnisse des Mittelstandsberichts 2021

Einheit/Merkmal	Gesamt	Ohne Beschäftigte	Mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von ... bis ...				
			1-4	5-9	10-49	50-249	>250
Unternehmen ¹	484.758	183.723	190.025	49.930	48.476	10.665	2.424
	100%	37,9%	39,2%	10,3%	10,0%	2,2%	0,5%
Sv-Beschäftigte in Unternehmen	4.539.696	/	236.995	261.791	817.216	962.284	2.261.409
	100%	/	5,2%	5,8%	18,0%	21,2%	49,8%
Umsatz in Untern. in Mio. €	1.162.733	48.983	42.863	39.475	134.759	193.264	703.389
	100%	4,3%	3,7%	3,4%	11,6%	16,6%	60,5%

¹ Rechtliche Einheiten mit Umsatzsteuervoranmeldungen und/oder Beschäftigten 2019 sowie Sitz in Deutschland; Berechnung der Unternehmenszahl durch die IW Consult anhand der Gesamtzahl und der prozentualen Verteilung aus dem Mittelstandsbericht; Abweichung von Gesamt aufgrund von Rundungsdifferenzen

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg (2021)

In einer Sonderauswertung des Unternehmensregisters mit der Mittelstandsdefinition bis 499 Beschäftigte und einem Umsatz unter 50 Millionen Euro zeigt sich bei den Unternehmen ein ähnliches Bild (Tabelle 3-2):

- ▶ 99,4 Prozent der Unternehmen sind dem Mittelstand zuzuordnen. Dieser geringfügig geringere Wert - trotz der höheren Beschäftigungsgrenze – resultiert aus der gleichzeitigen Berücksichtigung der Umsatzgrenze von 50 Millionen Euro. Dies schlägt sich auch in der geringfügig höheren Zahl der Großunternehmen nieder.
- ▶ Die Bedeutung für die Beschäftigung steigt durch die hier verwendete Abgrenzung auf 56,3 Prozent der abhängig Beschäftigten. Darin sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die ausschließlich geringfügig Beschäftigten enthalten.
- ▶ Der Umsatzanteil sinkt durch die Berücksichtigung der Umsatzobergrenze von 50 Millionen Euro auf 30,9 Prozent, wie er auch in der Umsatzsteuerstatistik (Abbildung 3-2) zu finden ist.

Tabelle 3-2: Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister 2019

Mittelstand definiert bis 499 Beschäftigte und unter 50 Millionen Euro Umsatz

	Rechtliche Einheiten		Abhängig Beschäftigte		Umsatz	
	Anzahl	Anteil in %	Mio. Euro	Anteil in %	Mrd. Euro	Anteil in %
Mittelstand	482.079	99,4	2,884	56,3	354,1	30,5
Großunternehmen	2.679	0,6	2,236	43,7	808,7	69,5

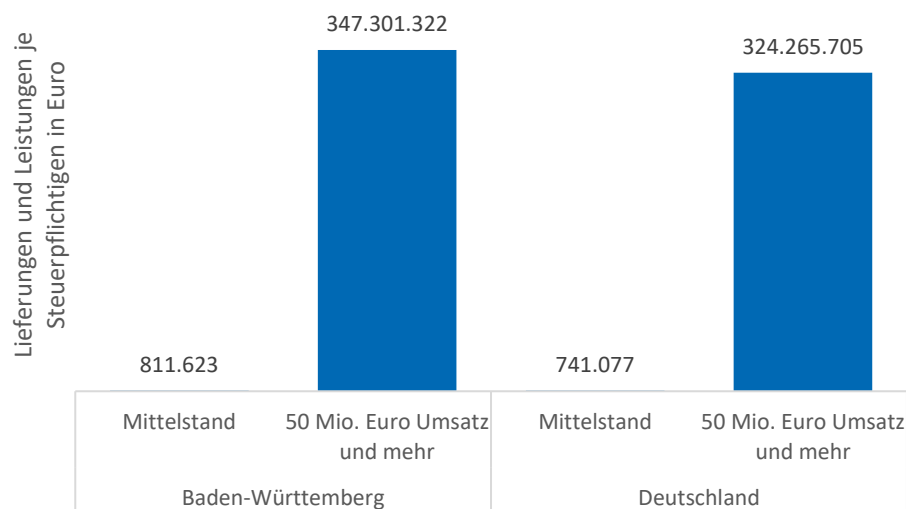
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Trotz des geringen Umsatzanteils an der Gesamtwirtschaft weist der Mittelstand in Baden-Württemberg größere Betriebsstrukturen als in Deutschland auf, wie die Umsatzsteuerstatistik zeigt (Abbildung 3-3):

- ▶ In Baden-Württemberg erzielt jeder Steuerpflichtige im Mittelstand einen durchschnittlichen Umsatz von rund 811.600 Euro, in Deutschland werden nur rund 741.100 Euro erwirtschaftet.
- ▶ Bei den Großunternehmen beträgt der durchschnittliche Umsatz in Baden-Württemberg rund 347 Millionen Euro, in Deutschland werden rund 324 Millionen Euro in dieser Größenklasse erzielt.
- ▶ Damit weist Baden-Württemberg sowohl im Mittelstand als auch bei den Großunternehmen größere Betriebsstrukturen auf. Der relative Abstand zu den Unternehmen in Deutschland fällt im baden-württembergischen Mittelstand geringfügig höher aus als in den Großunternehmen.

Abbildung 3-3: Betriebsgrößenstrukturen im Vergleich

Lieferungen und Leistungen je Steuerpflichtigen im Jahr 2019



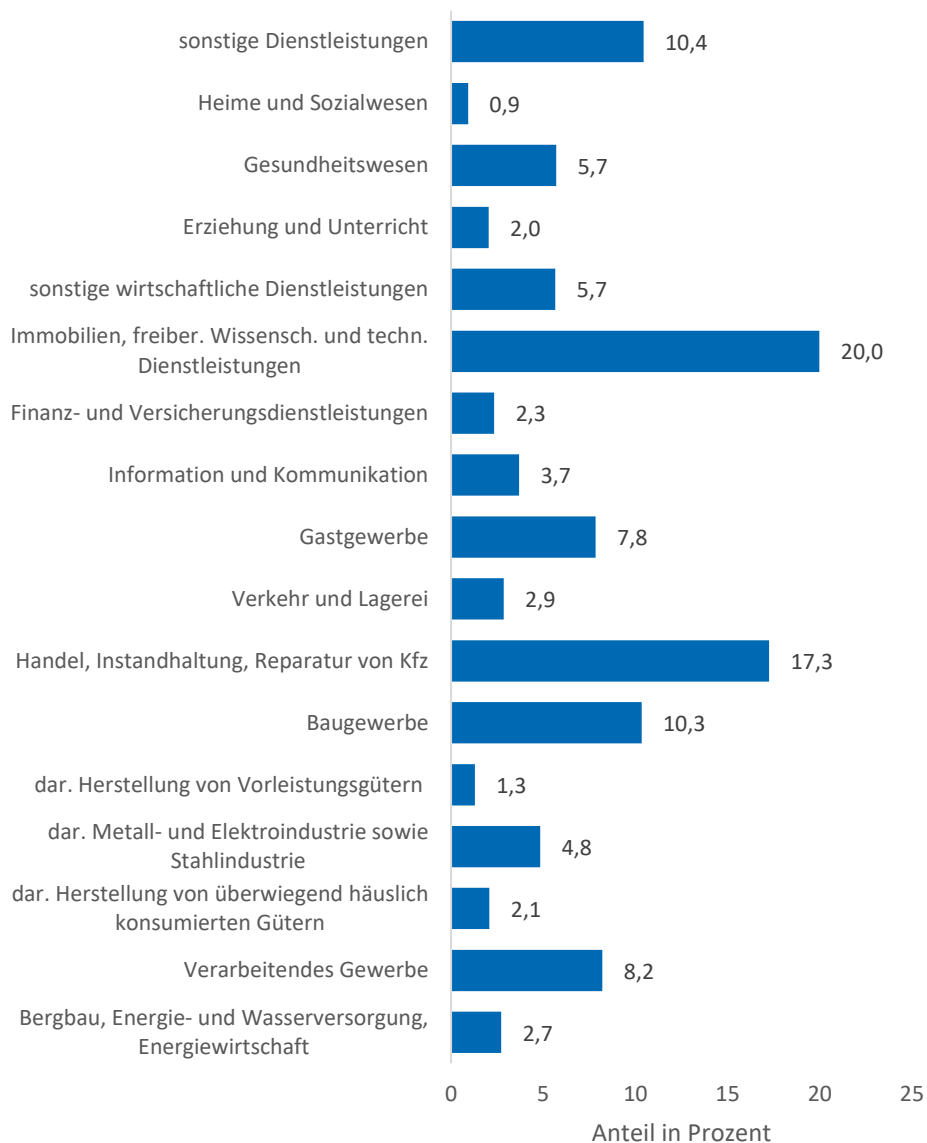
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2021); Statistisches Bundesamt (2021)

Im Vergleich zu Deutschland ist der Mittelstand in Baden-Württemberg wirtschaftlich stärker. Gleichwohl wird diese wirtschaftliche Stärke innerhalb des Landes nochmals von den baden-württembergischen Großunternehmen übertroffen.

Innerhalb des baden-württembergischen Mittelstands finden sich die meisten Unternehmen im Bereich Immobilien, freie wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (20 Prozent aller rechtlichen Einheiten). An zweiter Stelle folgen Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz (17,3 Prozent). Ähnlich stark besetzt sind die Branchen sonstige Dienstleistungen (10,4 Prozent) und Baugewerbe (10,3 Prozent). Das Verarbeitende Gewerbe (8,2 Prozent) und das Gastgewerbe (7,8 Prozent) weisen ebenfalls höhere Unternehmensanteile auf (Abbildung 3-4).

Abbildung 3-4: Anteil der Branchen am Mittelstand in Baden-Württemberg

Anteile an allen rechtlichen Einheiten mit bis zu 499 Beschäftigten und 50 Millionen Euro Umsatz in Prozent im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

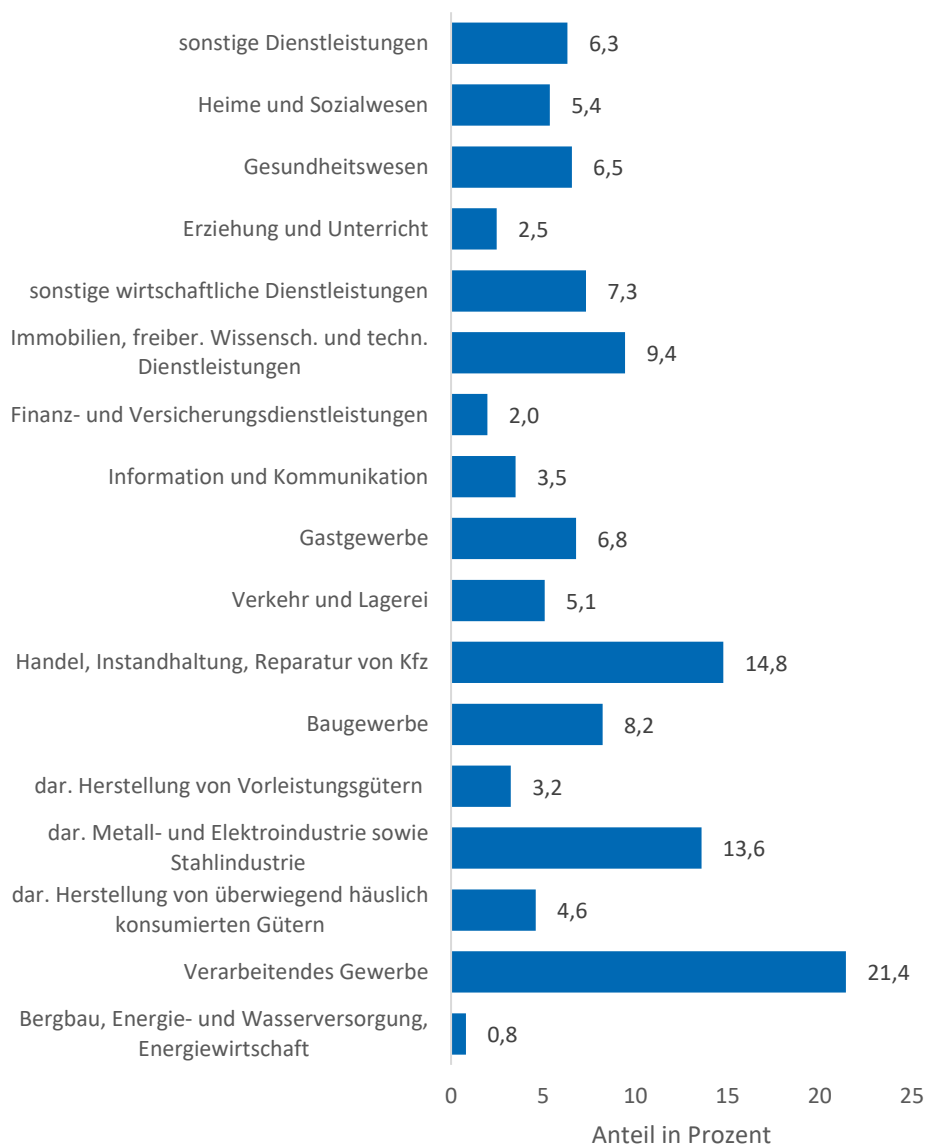
Ein anderes Bild zeigt sich bei den Anteilen der abhängig Beschäftigten (Abbildung 3-5):

- ▶ 21,4 Prozent aller abhängig Beschäftigten sind im Verarbeitenden Gewerbe tätig, obwohl nur 8,2 Prozent der Unternehmen von dort stammen. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes entfallen 13,6 Prozentpunkte auf die Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind die Hersteller von Metallerzeugnissen, der Maschinenbau und die Nahrungsmittelindustrie die drei wichtigsten Teilbranchen im Mittelstand.
- ▶ Im Bereich Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz sind 14,8 Prozent aller abhängig Beschäftigten des Mittelstands tätig.

- ▶ Ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anteil weist der Bereich Immobilien, freie wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (9,4 Prozent).
- ▶ Diese drei Bereiche weisen zusammen weniger als die Hälfte aller Beschäftigten in Baden-Württemberg auf.
- ▶ Die übrigen Beschäftigten verteilen sich breit auf die übrigen Bereiche.

Abbildung 3-5: Beschäftigtenanteil nach Branchen im baden-württembergischen Mittelstand

Anteil an allen abhängig Beschäftigten in den Unternehmen bis zu 499 Beschäftigten und 50 Millionen Euro Umsatz im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

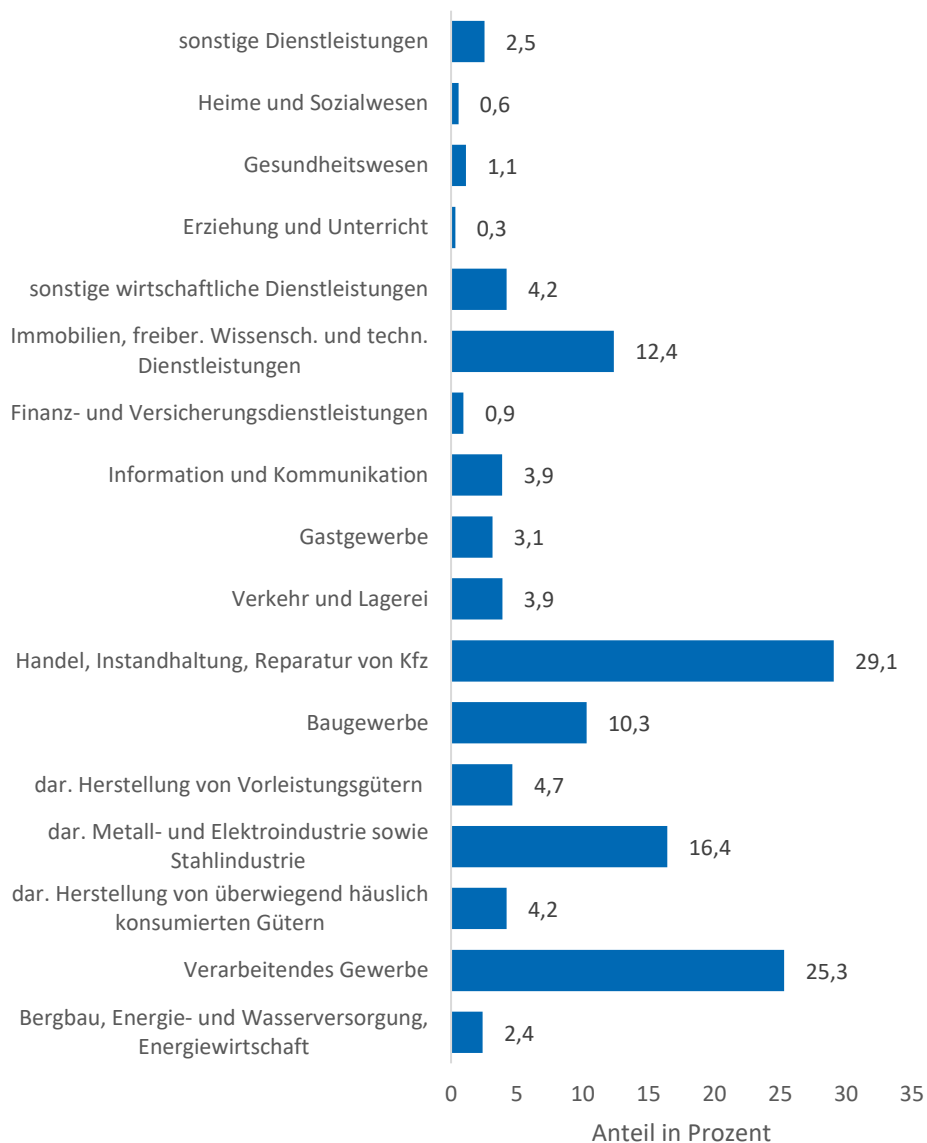
Beim Umsatz ragen im baden-württembergischen Mittelstand drei Branchen hervor. Ansonsten ist der Umsatz breit verteilt (Abbildung 3-6):

- ▶ Die Bereiche Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz erzielen 29,1 Prozent aller Umsätze des baden-württembergischen Mittelstands.
- ▶ An zweiter Stelle folgt das Verarbeitende Gewerbe (25,3 Prozent), wobei hier insbesondere die Metall- und Elektroindustrie sowie die Stahlindustrie (16,4 Prozentpunkte) herausragt. Rund jeweils 20 Prozent des Umsatzes im mittelständischen Verarbeitenden Gewerbes entfallen dabei auf die Hersteller von Metallerzeugnissen und den Maschinenbau.
- ▶ Den dritthöchsten Umsatzanteil erzielt der Bereich Immobilien, freie wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (12,4 Prozent).
- ▶ Auf diese drei Bereiche entfallen rund zwei Drittel der Umsätze des baden-württembergischen Mittelstands.

Die unterschiedlichen Anteile an den Unternehmenszahlen, abhängig Beschäftigten und Umsätzen führen zu unterschiedlichen durchschnittlichen Betriebsgrößen. Auf diese Unterschiede wird in Kapitel 3.2 näher eingegangen.

Abbildung 3-6: Umsatzanteil nach Branchen im baden-württembergischen Mittelstand

Umsatzanteil der Branchen am Gesamtumsatz der Unternehmen bis zu 499 Beschäftigten und 50 Millionen Euro Umsatz im Jahr 2019



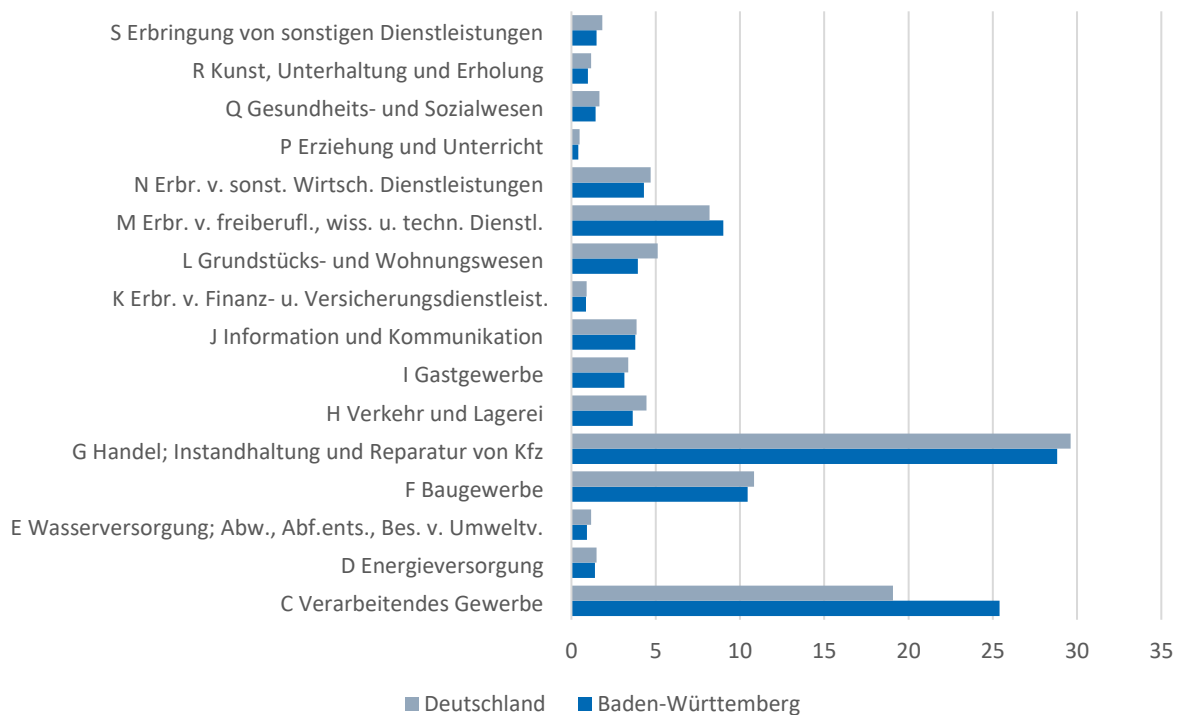
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Die Struktur des Mittelstandes in Baden-Württemberg und Deutschland kann anhand der Umsatzsteuerstatistik untersucht werden. Zum Mittelstand zählen demnach alle Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 50 Millionen Euro. Der Vergleich mit Deutschland zeigt vor allem eines (Abbildung 3-7): In Baden-Württemberg erzielt der Mittelstand 25,4 Prozent seiner Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe, in Deutschland sind es lediglich 19,1 Prozent. Geringfügig stärker ausgeprägt ist in Baden-Württemberg auch die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, die im Industrie-Dienstleistungsverbund eng mit der Industrie zusammenhängen. Die enge Verzahnung von Industrie und Dienstleistungen gilt als eine Stärke der baden-württembergischen Wirtschaft (Koch et al., 2019). Alle andere Branchen weisen geringfügig geringere Anteile als in Deutschland auf. Damit ist auch der Mittelstand in Baden-Württemberg wie die Gesamtwirtschaft stärker industriell

ausgerichtet als in Deutschland, wobei dies bei den Großunternehmen noch deutlich stärker ausgeprägt ist.

Abbildung 3-7: Branchenanteile am KMU-Umsatz in Baden-Württemberg und Deutschland

Anteile in Prozent



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022b); Statistisches Bundesamt (2021)

Der Mittelstand ist in unterschiedlichem Maße in den Außenhandel eingebunden (Tabelle 3-3). Die Exporte werden von der Industrie dominiert. 54,4 Prozent aller Exporte entfallen auf das Verarbeitende Gewerbe. Gleichzeitig hat der Mittelstand im Verarbeitenden Gewerbe nur einen Exportanteil von 10 Prozent an der Branche. Mit anderen Worten: Die großen Unternehmen in der Industrie dominieren den Export. Die zweite Branche, in der der Mittelstand in höherem Maße exportiert, ist der Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Auf alle übrigen Branchen entfallen nur marginale Anteile der KMU-Exporte. Gleichzeitig weisen diese Branchen hohe Anteile an den jeweiligen Gesamtexporten der Branche auf, was zeigt, dass hier die großen Unternehmen ebenfalls nur wenig exportieren.

Baden-Württemberg ist bei den Wareneinfuhren überproportional eingebunden. 16,5 Prozent aller deutschen Einfuhren entfallen auf den Südwesten. Besonders stark ausgeprägt ist die Einfuhr von Vorzeugnissen, von denen 22 Prozent auf Baden-Württemberg entfallen. Diese Vorprodukte werden in hohem Maße in der Industrie eingesetzt. Daher ist die Industrie von den derzeitigen Störungen der globalen Wertschöpfungsketten überproportional betroffen (Schneider, 2022). Dies gilt auch für den industriellen Mittelstand in Baden-Württemberg.

Tabelle 3-3: Exportanteile der KMU in Baden-Württemberg nach Branchen

Anteile am Exportumsatz in Prozent

	Anteil an Insgesamt	Anteil an allen KMU*
C Verarbeitendes Gewerbe	10,0	54,4
D Energieversorgung	19,1	0,2
E Wasserversorgung; Abwasser, Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	55,4	0,4
F Baugewerbe	59,1	1,1
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	16,7	32,9
H Verkehr und Lagerei	41,9	2,0
I Gastgewerbe	95,2	0,1
J Information und Kommunikation	36,9	1,4
K Erbringung von Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	27,6	0,3
L Grundstücks- und Wohnungswesen	65,7	0,9
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	60,8	4,4
N Erbringung von sonstigen wirtschaftsnahen Dienstleistungen	66,3	1,8
P Erziehung und Unterricht	100,0	0,1
Q Gesundheits- und Sozialwesen	62,1	0,2
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	99,3	0,1
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	13,2	0,0

* Abweichungen zu 100 = Rundungsdifferenzen

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022b)

3.2 Heterogenität des Mittelstandes in Baden-Württemberg

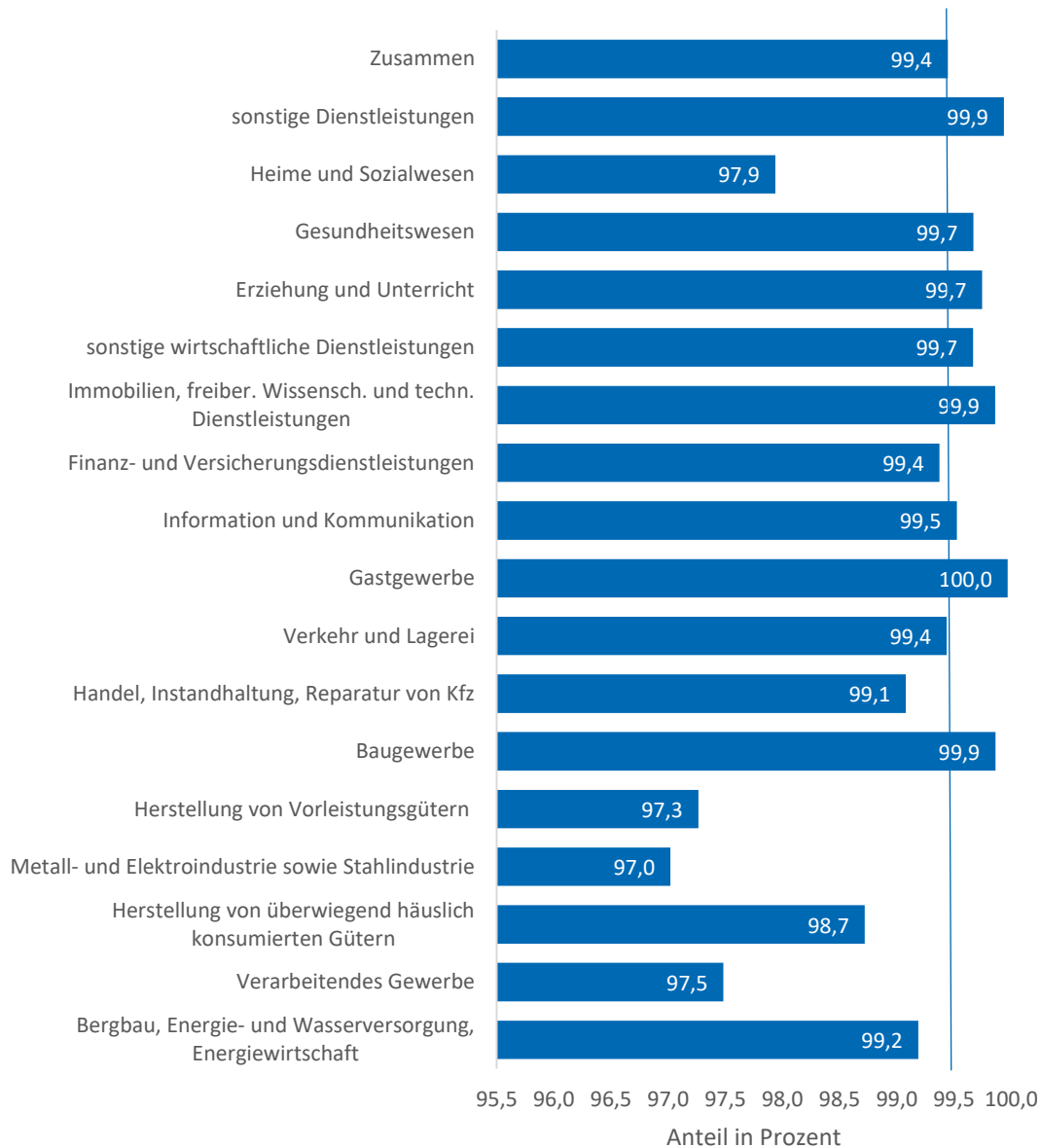
Der Mittelstandbericht Baden-Württemberg 2021 bringt es auf den Punkt Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg (2021):

„DER MITTELSTAND IST
- WIRTSCHAFTLICH UND
SOZIAL GESEHEN -
EIN ÄUSSERST
HETEROGENES GEBILDE“

Dies gilt allerdings nicht für die Anzahl der rechtlichen Einheiten. Hier macht der Mittelstand in Baden-Württemberg zwischen 97 Prozent (Metall-, Elektroindustrie sowie Stahlindustrie) und 100 Prozent (Gastgewerbe) aus (Abbildung 3-8).

Abbildung 3-8: Mittelstandsanteil an der Gesamtwirtschaft in Baden-Württemberg nach Branchen

Anteil der Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einen Umsatz unter 50 Millionen Euro an allen Unternehmen im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Bei den Beschäftigtenanteilen wird hingegen die Heterogenität im baden-württembergischen Mittelstand deutlich (Abbildung 3-9):

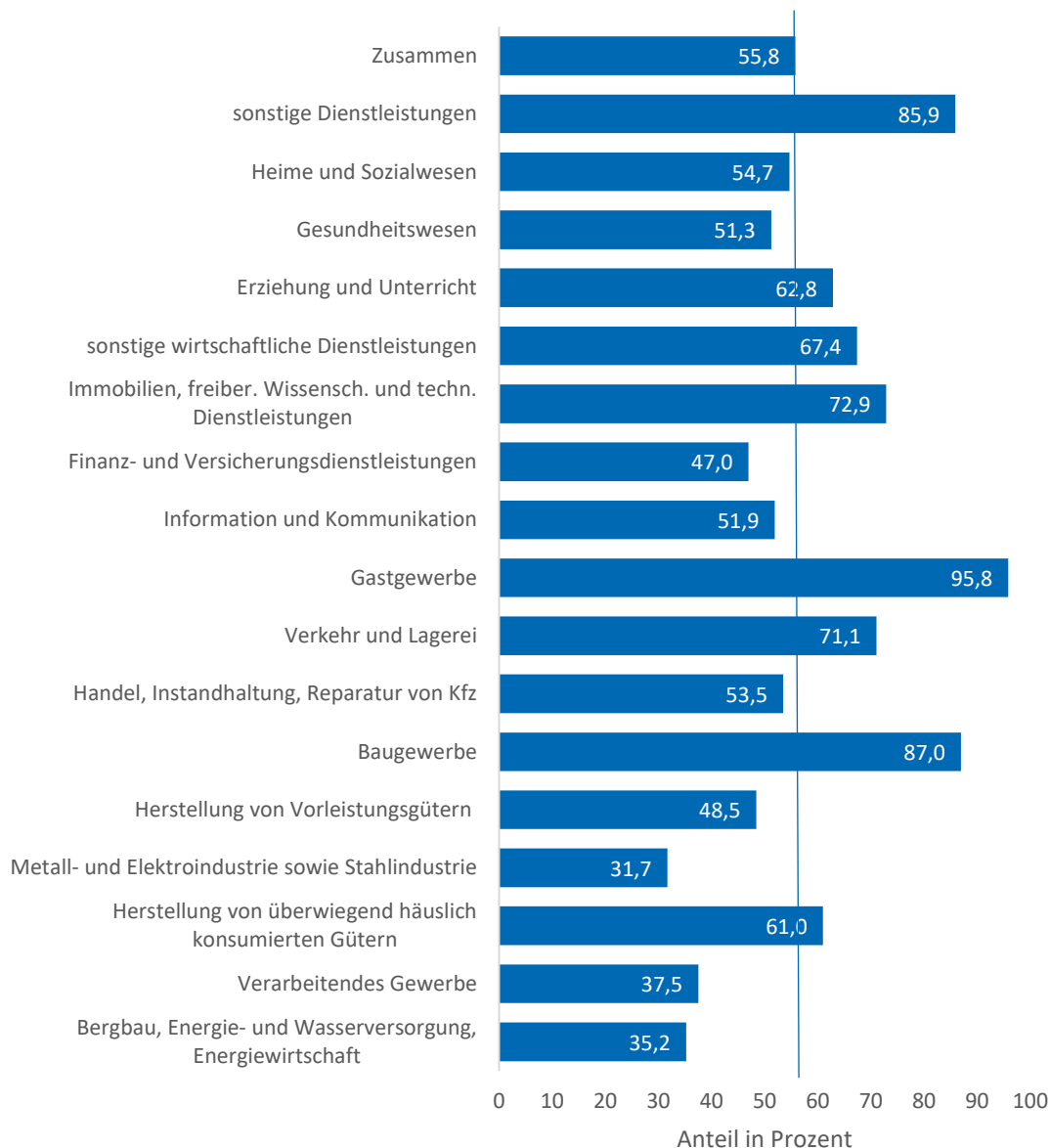
- Im Durchschnitt erreicht der Mittelstand einen Beschäftigtenanteil von 55,8 Prozent. Im Mittelstand arbeiten zwischen 31,7 Prozent (Metall-, Elektro- und Stahlindustrie) und 95,8 Prozent (Gastgewerbe) der abhängig Beschäftigten.
- Überdurchschnittliche Beschäftigungsanteile weist der Mittelstand in der Herstellung von überwiegend häuslich konsumierten Gütern, im Baugewerbe, in den Branchen Verkehr und Logistik,

Immobilien, freiberufliche wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, Erziehung und Unterricht und sonstige Dienstleistungen auf.

- ▶ Deutlich unterdurchschnittliche Beschäftigungsanteile hat der Mittelstand in den Branchen Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft und Herstellung von Vorleistungsgütern.
- ▶ Eher durchschnittliche Beschäftigungsanteile weist der Mittelstand in den Branchen Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz, Information und Kommunikation, Gesundheitswesen sowie Heime und Sozialwesen auf.

Abbildung 3-9: Beschäftigtenanteile im Mittelstand nach Branchen

Anteil der Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einen Umsatz unter 50 Millionen Euro im Jahr 2019



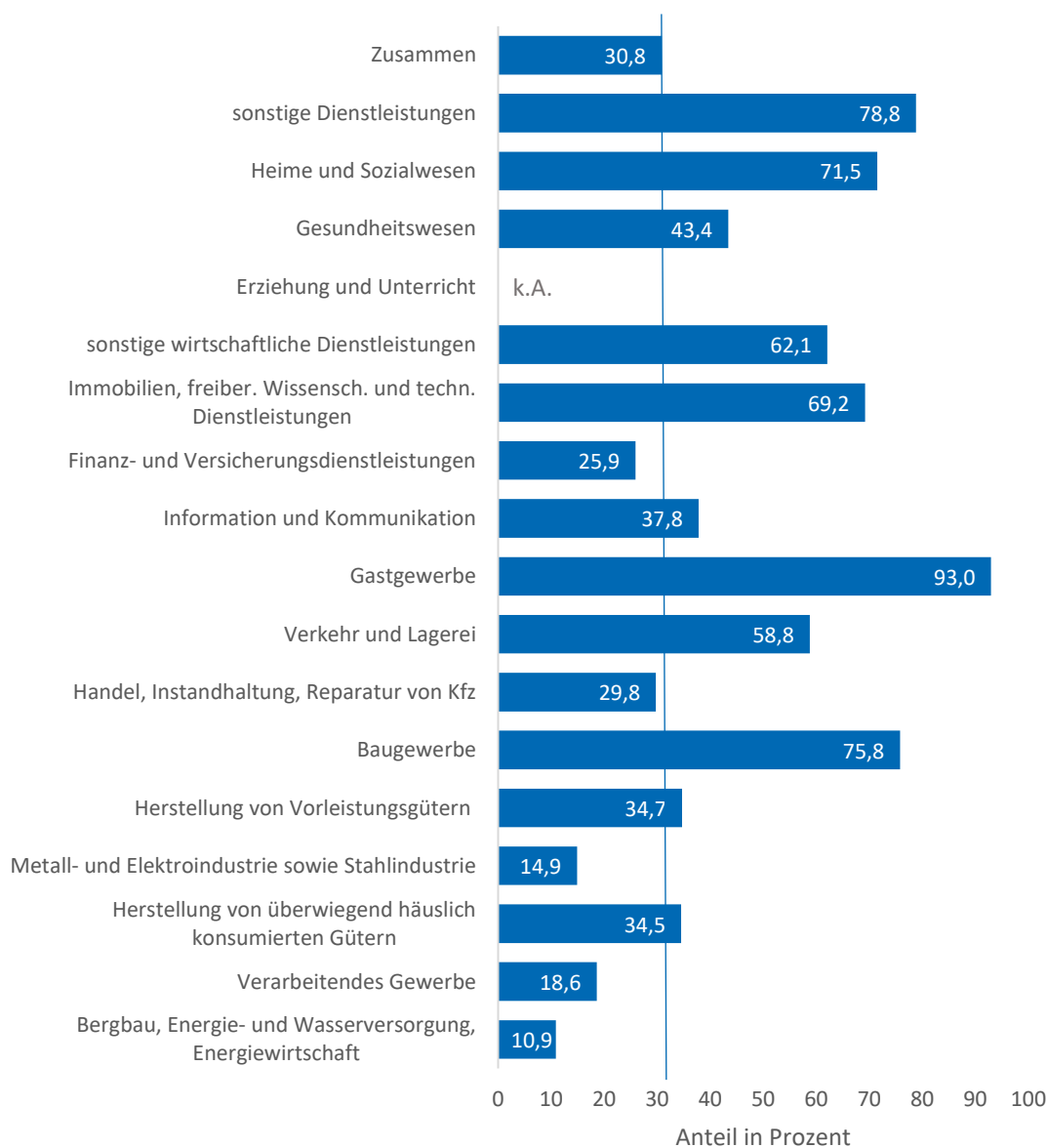
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Ebenfalls stark ausgeprägt ist die Heterogenität bei den Umsätzen. Hier weisen die Mittelstandsanteile der Branchen sehr große Unterschiede auf (Abbildung 3-10):

- ▶ Im Durchschnitt weist der baden-württembergische Mittelstand einen Umsatzanteil von 30,8 Prozent auf. Der Mittelstandsanteil reicht von 10,9 Prozent (Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft) bis 93 Prozent (Gastgewerbe).
- ▶ Überdurchschnittliche Umsatzanteile weisen das Baugewerbe, Verkehr und Lagerei, Immobilien, freiberufliche wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, Heime und Sozialwesen sowie sonstige Dienstleistungen auf.
- ▶ Unterdurchschnittliche Umsatzanteile finden sich in der Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie.
- ▶ Alle übrigen Branchen weisen eher durchschnittliche Umsatzanteile auf.

Abbildung 3-10: Umsatzanteil des Mittelstands nach Branchen

Anteil der Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einen Umsatz unter 50 Millionen Euro im Jahr 2019

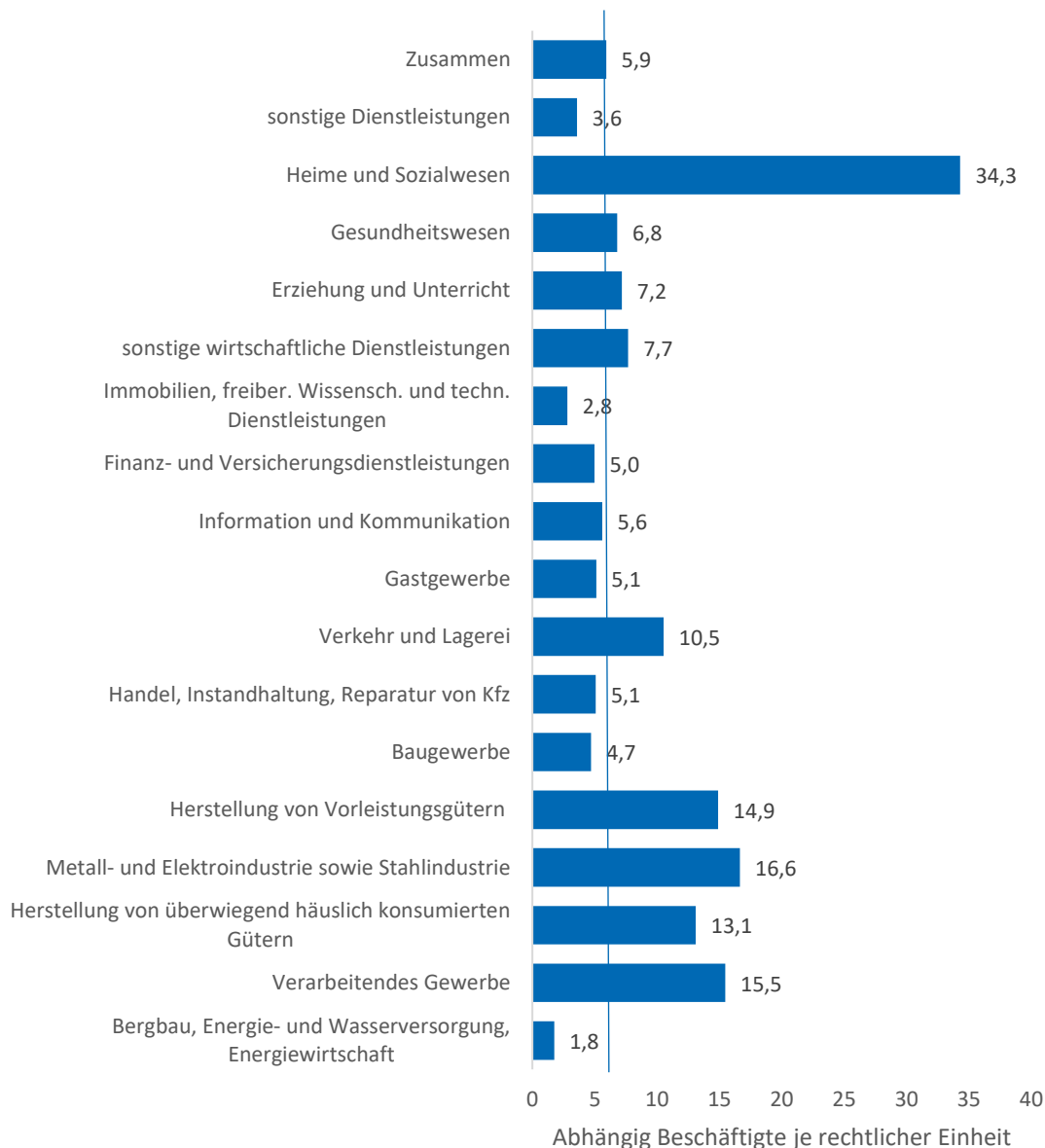


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Innerhalb des baden-württembergischen Mittelstands weisen die Branchen sehr unterschiedliche durchschnittliche Betriebsgrößen auf (Abbildung 3-11). Die Zahl der abhängig Beschäftigten je rechtlicher Einheit beträgt im Durchschnitt 5,9 und reicht von 1,8 (Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft, wobei hier auch Geheimhaltungsfälle den Durchschnitt senken) bis 34,3 (Heime und Sozialwesen). Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und seinen Teilbranchen sowie im Wirtschaftszweig Verkehr und Logistik finden sich überdurchschnittlich große mittelständische Unternehmen.

Abbildung 3-11: Abhängig Beschäftigte je rechtlicher Einheit nach Branchen

Anzahl in Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einen Umsatz unter 50 Millionen Euro im Jahr 2019



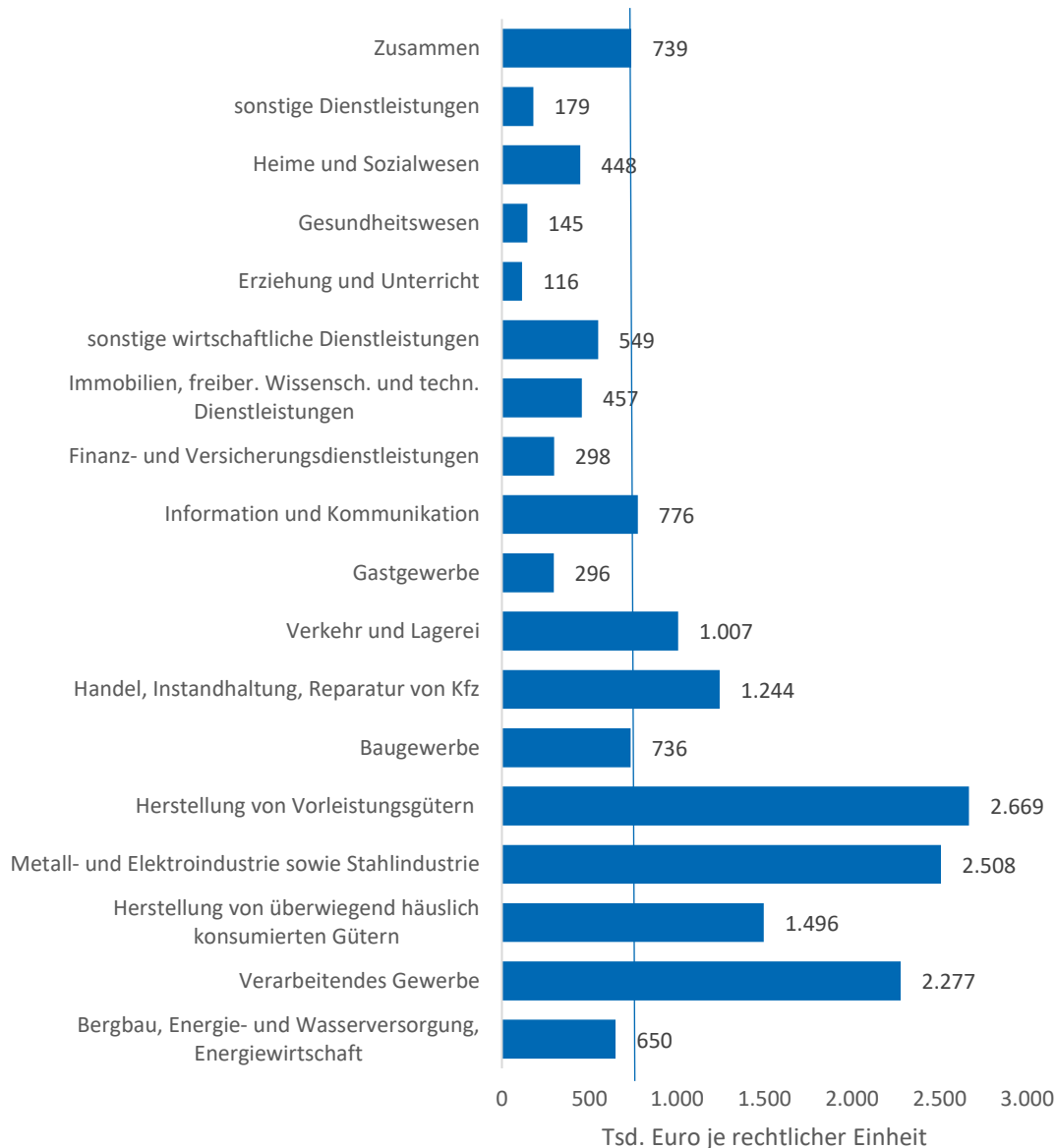
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Beim Umsatz je rechtlicher Einheit zeigt sich im Mittelstand ebenfalls ein sehr heterogenes Bild (Abbildung 3-12). Im Durchschnitt erzielen die mittelständischen Unternehmen einen Umsatz von 739.000 Euro. Der niedrigste Umsatz je Unternehmen wird im Bereich Erziehung und Unterricht (116.000 Euro), der höchste Umsatz in der Herstellung von Vorleistungsgütern (2,67 Millionen Euro)

erzielt. Auch die übrigen Teilbranchen des Verarbeitenden Gewerbes erwirtschaften überdurchschnittlich hohe Umsätze je Unternehmen, ebenso die Unternehmen in der Branche Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz sowie im Bereich Verkehr und Logistik.

Abbildung 3-12: Umsatz je rechtlicher Einheit nach Branchen

Umsatz (in 1.000 Euro) der Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einen Umsatz unter 50 Millionen Euro im Jahr 2019



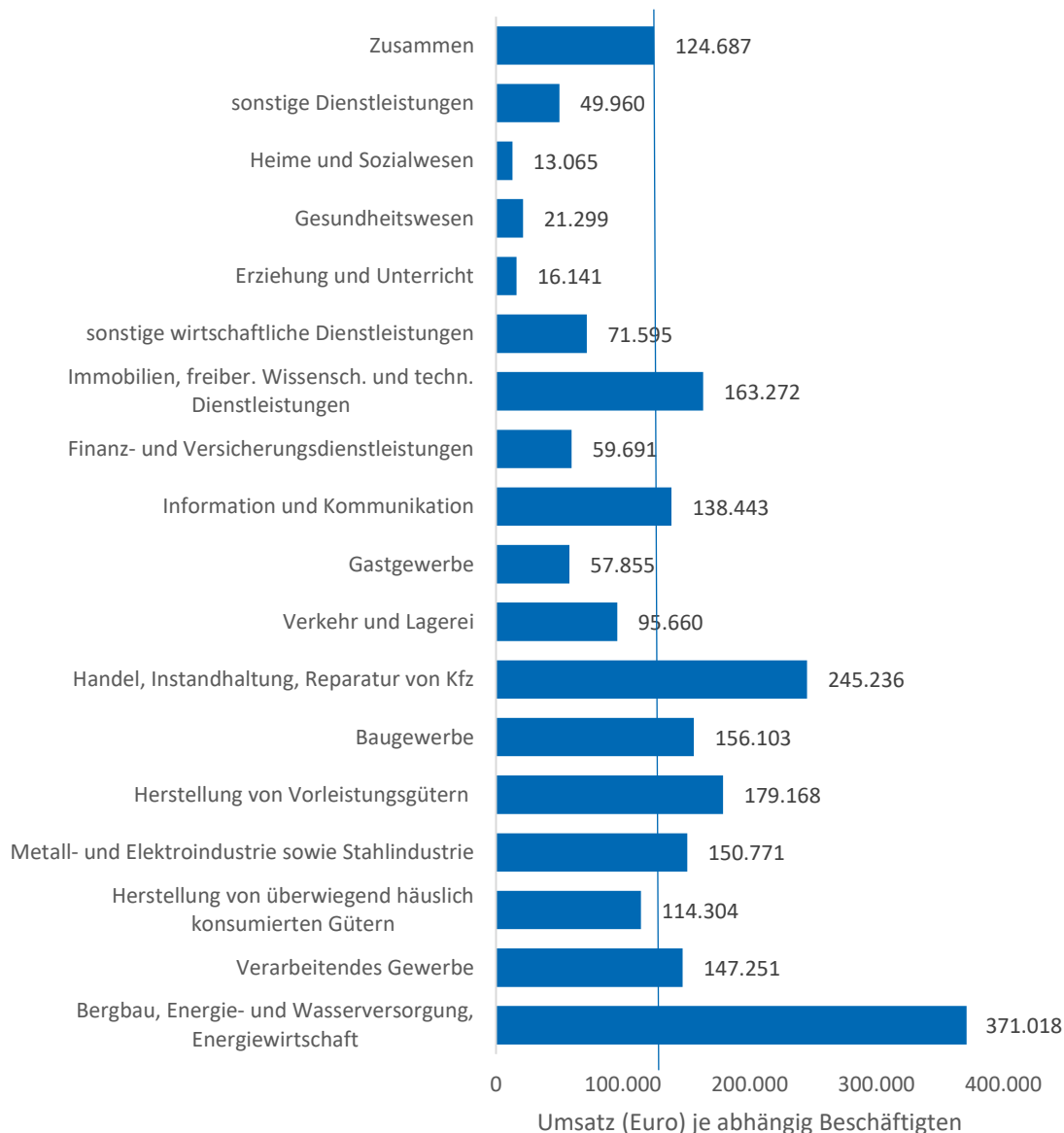
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Die Umsätze je abhängig Beschäftigten fallen in den Branchen des baden-württembergischen Mittelstands sehr unterschiedlich aus (Abbildung 3-13). Im Durchschnitt erwirtschaftet jeder Beschäftigte rund 124.700 Euro Umsatz. Die Spanne reicht hier von 13.100 Euro im Bereich Heime und Sozialwesen bis zu 371.000 Euro in der Branche Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft. Überdurchschnittliche Umsätze erzielen auch die Branchen Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz, Herstellung von Vorleistungsgütern sowie Immobilien, freiberufliche wissenschaftliche und technische

Dienstleistungen. Der Umsatz je abhängig Beschäftigten dürfte zum einem von der Vorleistungsquote und zum anderen von der Beschäftigtenstruktur abhängig sein. So fällt der Umsatz je Beschäftigten in Branchen, in denen viele Teilzeitkräfte oder geringfügig Beschäftigte unter den abhängig Beschäftigten zu finden sind, geringer ausfallen.

Abbildung 3-13: Umsatz je abhängig Beschäftigten nach Branchen

Umsatz je Beschäftigten in Euro in Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einen Umsatz unter 50 Millionen Euro im Jahr 2019



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022); eigene Berechnung IW Consult

Die Heterogenität des baden-württembergischen Mittelstands zeigt sich im Mittelstandsbericht 2021 in weiteren Punkten. Bei selbstständigen Tätigkeiten, die der qualitativen Mittelstandsdefinition (siehe Kapitel 2) entsprechen, gibt es je nach Tätigkeit große Unterschiede: Überdurchschnittliche Selbstständigenquoten sind laut Mittelstandsbericht 2021 vor allem in den auf Wissen, Technologie, Kultur und Bildung basierenden Leistungsbereichen zu verzeichnen. So fällt die Selbstständigen Quote

in den wissensintensiven Dienstleistungen mit knapp 16 Prozent doppelt so hoch aus wie in den nicht-wissensintensiven Dienstleistungen (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, 2021).

In der nach Wirtschaftszweigen differenzierten Datenanalyse im Mittelstandsbericht 2021 wird die Heterogenität des Mittelstands anhand von unterschiedlichen Umsatzentwicklungen innerhalb der Wirtschaftszweige aufgezeigt (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, 2021):

- Im Verarbeitenden Gewerbe mit seinen zahlreichen mittelständischen Unternehmen haben die Branchen sehr unterschiedliche Umsatzanteile, wobei die Schlüsselindustrien Kraftfahrzeugbau und Maschinenbau mit einem Umsatzanteil von 51,4 Prozent der gesamten Branchenerlöse dominieren. Die preisbereinigten Umsätze haben sich innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Berichtszeitraum sehr heterogen entwickelt: Bereits im Jahr 2019 gab es Anzeichen für eine Abschwächung der Industriekonjunktur, was durch die Corona-Krise verschärft wurde. Lieferkettenprobleme im Fahrzeug- und Maschinenbau führten zu deutlichen Umsatzeinbrüchen, während die Pharmabranche, DV-Technik, Elektrotechnik und Optik, Hersteller von chemischen Erzeugnissen und von Nahrungs- und Futtermitteln ihre preisbereinigten Umsätze steigern konnten.
- Die Bauwirtschaft als Ganzes profitierte seit dem Jahr 2015 von einem günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld. Zudem ist die Bauwirtschaft vergleichsweise glimpflich im Jahr 2020 durch die Corona-Krise gekommen. Innerhalb der Branche gab es aber ebenfalls eine heterogene Entwicklung: Während der öffentliche Hochbau, der Wirtschaftstiefbau, der Wirtschaftshochbau und der Wohnungsbau seine geleisteten Arbeitsstunden überdurchschnittlich steigern konnte, fiel das Wachstum im Straßenbau und im öffentlichen Tiefbau unterdurchschnittlich aus.
- Der Handel ist eine wichtige Domäne des Mittelstands. Der Handel wurde durch Corona-Pandemie sehr heterogen getroffen: Großhandelsunternehmen konnten im Jahr 2020 real 4,5 Prozent mehr umsetzen als noch im Jahr 2019. Die höchsten Umsatzsteigerungen verzeichnete mit 40,2 Prozent der Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, aber auch der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren konnte beim Umsatz trotz der Corona-Pandemie zulegen. Auf der anderen Seite gab es Umsatzeinbrüche, beispielsweise im Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör sowie im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Auch im Einzelhandel gab es sehr heterogene Entwicklungen: Während der Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (u.a. Online- und Versandhändler) seine Umsätze deutlich steigern konnte, verzeichnete der Einzelhandel in Verkaufsräumen deutlich geringere Umsatzsteigerungen beziehungsweise -einbußen. Auch im Kfz-Handel ging der Umsatz zurück.
- Das Gastgewerbe verzeichnete in den Jahren 2015 bis 2019 eine positive Geschäftsentwicklung. Durch die Corona-Pandemie erlebte das Gastgewerbe im Jahr 2020 einen nie dagewesenem realen Umsatzeinbruch von 38,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allerdings konnte auch im Gastgewerbe eine Heterogenität beobachtet werden: In der Gastronomie brachen die realen Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 35,0 Prozent ein, der Einbruch bei Kneipen, Bars, Clubs und Diskotheken betrug aber 56,1 Prozent. In der Beherbergung ging der Umsatz um 45,5 Prozent zurück, bei Betreibern von Campingplätzen fielen die Einbußen aber mit 22,1 Prozent geringer aus.
- Die Gesundheitswirtschaft ist ebenfalls sehr heterogen. In der Branche mit dem Gesundheits- und Sozialwesen finden sich unter anderem Arztpraxen, Krankenhäuser und Pflegeheime, die sehr unterschiedliche Betriebsgrößen aufweisen.

- Die unternehmensnahen Dienstleistungen sind in Baden-Württemberg ebenfalls sehr heterogen: Hierzu zählen Branchen wie „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“, „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“, „Verkehr und Lagerei“ sowie „Information und Kommunikation“, deren Umsätze sich im Zeitraum 2015 bis 2019 sehr unterschiedlich entwickelt haben. So konnte die Branche „Information und Kommunikation“ ihre Umsätze um 29,8 Prozent steigern, während sie in der Branche „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“, nur um 15 Prozent zulegte. Im Jahr 2020 hat die Corona-Pandemie die Branchen ebenfalls sehr unterschiedlich getroffen: So weist die „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit einem Minus von 13,9 Prozent die höchsten Umsatzeinbußen auf.
- Das Handwerk als branchenübergreifende Gruppe spielt im baden-württembergischen Mittelstand eine wichtige Rolle. Zum einen unterscheidet sich das Handwerk von anderen Wirtschaftsbereichen wie der Industrie, zum anderen hat sich das Handwerk selbst sehr heterogen entwickelt. Zwar konnten laut Mittelstandbericht 2021 alle sieben Gewerbegruppen des baden-württembergischen Handwerks (zulassungspflichtiges und zulassungsfreies Handwerk) in den Jahren 2015 bis 2019 ihre Umsätze steigern, allerdings in sehr unterschiedlichem Maße: Das Bauhauptgewerbe verzeichnete einen Umsatzzanstieg von 32,2 Prozent, das Kraftfahrzeuggewerbe von 18 Prozent, die Handwerke für den gewerblichen Bedarf von 14 Prozent, das Ausbaugewerbe von 11,2 Prozent, das Gesundheitsgewerbe von 10,5 Prozent, die Handwerke für den privaten Bedarf von 4,1 Prozent und das Lebensmittelgewerbe von nur 2,9 Prozent. Auch die Zahl der tätigen Personen hat sich im baden-württembergischen Handwerk im Zeitraum 2015 bis 2019 sehr unterschiedlich entwickelt, obwohl sie insgesamt um 2,3 Prozent gestiegen ist: Die Heterogenität im Handwerk zeigt sich in den Gewerbegruppen: Das Bauhauptgewerbe konnte die Zahl der tätigen Personen um 6,6 Prozent erhöhen, das Ausbaugewerbe und das Gesundheitsgewerbe um 3,6 Prozent, das Kraftfahrzeuggewerbe um 3,4 Prozent und die Handwerke für den gewerblichen Bedarf um 1,7 Prozent. Dagegen verzeichneten das Lebensmittelgewerbe einen Rückgang um 2,8 Prozent und die Handwerke für den privaten Bedarf um 3,6 Prozent. Auch die Betroffenheit durch die Corona-Pandemie im Jahr 2020 war sehr heterogen: Während das Bauhauptgewerbe seinen Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Prozent und das Ausbaugewerbe um 4,3 Prozent steigern konnten, brachen die Umsätze im Lebensmittelgewerbe um 1 Prozent, im Kfz-Gewerbe um 2 Prozent, im Gesundheitsgewerbe um 2,9 Prozent, in den Handwerken für den gewerblichen Bedarf um 6,4 Prozent und in den Handwerken für den privaten Bedarf um 8,1 Prozent ein.
- Der Tourismus als Querschnittsbranche ist ein weiterer wichtiger Teil des Mittelstands in Baden-Württemberg, der im Zeitraum 2015 bis 2019 Rekordergebnisse erzielte. Die Heterogenität im Tourismus zeigt sich vor allem in der unterschiedlichen regionalen Verteilung im Land, der insbesondere im Schwarzwald, aber auch im nördlichen Baden-Württemberg, Bodensee-Oberschwaben sowie Stuttgart und Schwäbische Alb stärker vertreten ist.

3.3 Die DNA des baden-württembergischen Mittelstands

Der Mittelstand ist in Baden-Württemberg eine tragende Säule der Wirtschaft. Wie auch in anderen Teilen Deutschlands, zählen im Südwesten über 99 Prozent der Unternehmen zum Mittelstand. Mehr als jeder zweite abhängig Beschäftigte ist in Baden-Württemberg im Mittelstand tätig. Beim Umsatz erwirtschaftet der baden-württembergische Mittelstand gut 30 Prozent der landesweiten Umsätze. Das ist weniger als in Deutschland, wo der Mittelstand auf knapp 36 Prozent kommt. Gleichwohl heißt das nicht, dass der baden-württembergische Mittelstand weniger erfolgreich wäre als der Mittelstand in anderen Teilen Deutschlands. Im Gegenteil, der Mittelstand im Südwesten ist stark: Er erzielt überproportionale Umsatzanteile am deutschen Umsatz und die durchschnittlichen Betriebsgrößen der

mittelständischen Unternehmen fallen in Baden-Württemberg höher aus als im übrigen Deutschland. Diese Stärke wird überdeckt durch die großen Unternehmen, vor allem aus der Industrie, die nochmals höhere Anteile am deutschen Umsatz aufweisen, weshalb der Mittelstand im Land im Vergleich eine etwas geringere Bedeutung hat.

Der industrielle Mittelstand ist eine Stärke des baden-württembergischen Mittelstands. Die Industrie, im engeren Sinne definiert als Verarbeitendes Gewerbe, spielt in Baden-Württemberg für den im Vergleich zu ganz Deutschland überproportionalen Wohlstand eine herausragende Rolle. Dies gilt auch im Mittelstand: Zwar machen die mittelständischen Industrieunternehmen nur 8,2 Prozent der Unternehmen bis zu 499 Beschäftigten und einem Umsatz von unter 50 Millionen Euro aus, sie beschäftigen aber 21,4 Prozent aller abhängig Beschäftigten im Mittelstand und erwirtschaften 25,3 Prozent der Umsätze. Nur der Wirtschaftsbereich Handel/Instandhaltung, Reparatur von Kfz weist einen noch höheren Umsatzanteil auf, wobei die Wertschöpfung dort deutlich geringer ausfallen dürfte. Die hohe Bedeutung der Industrie zeigt sich auch bei einem Vergleich der Umsatzanteile innerhalb des Mittelstands: In Baden-Württemberg fällt dieser Anteil mit 25,4 Prozent um 6,3 Prozentpunkte höher aus als in Deutschland. Allerdings sind die Branchengrenzen immer weniger relevant, da viele Leistungen der Industrie in einen starken Industrie-Dienstleistungsverbund eingebunden sind. Daher fällt der Anteil des Bereichs Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen in Baden-Württemberg ebenfalls höher aus. Damit weist der Südwesten auch bei den wissensintensiven und technischen Dienstleistungen eine Stärke auf.

Gleichwohl weist der Mittelstand seltener Innovationsaktivitäten auf als große Unternehmen (siehe unten in Kapitel 6). Dies könnte sich vor den unten geschilderten Herausforderungen als Schwäche des Mittelstands erweisen, da Innovationen zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen beitragen.

Die direkten Exporte des Mittelstands werden de facto durch zwei Wirtschaftsbereiche durchgeführt: das Verarbeitende Gewerbe sowie der Handel und Instandhaltung von Kfz. Andere, vor allem industrie-nahe Dienstleister, dürften indirekt über die Industrieunternehmen im Industrie-Dienstleistungsverbund in die Exporte eingebunden sein. Hier besteht noch Potenzial, insbesondere bei den Exporten der wissensintensiven und technischen Dienstleistungen, die durch die Digitalisierung erleichtert werden. Dadurch könnten die Exporttätigkeiten weiter diversifiziert werden, was die Anfälligkeit für Krisen verringern könnte. Nicht nur die Absatzseite, sondern auch die Beschaffungsseite ist heute stark internationalisiert, vor allem im industriellen Mittelstand. Die derzeitige Störung der internationalen Wertschöpfungsketten dürfte daher auch den baden-württembergischen Mittelstand erheblich treffen.

Insgesamt ist der Mittelstand in Baden-Württemberg durch eine große Heterogenität gekennzeichnet. Der Beschäftigtenanteil an der Gesamtbeschäftigung reicht von 31,7 Prozent in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie, bis zu 95,8 Prozent im Gastgewerbe. Auch bei den Umsatzanteilen und den durchschnittlichen Betriebsgrößen gibt es erhebliche Unterschiede. Zugleich haben sich die Umsätze des Mittelstands im Branchenvergleich sehr unterschiedlich entwickelt. Diese Heterogenität ist zu berücksichtigen, wenn die Politik den Mittelstand adressiert.

4 Mittelstandspolitik im Wandel

Eingriffe des Staates in die Wirtschaft bedürfen einer ordnungspolitischen Begründung. Die Mittelstandspolitik greift zugunsten eines bestimmten Teils der Wirtschaft ein. Die Begründung der Mittelstandsförderung im baden-württembergischen Mittelstandsförderungsgesetz liegt insbesondere im Nachteilsausgleich. In diesem Kapitel wird untersucht, ob es in der Literatur weitere Formen der Begründung von Mittelstandspolitik gibt. Zudem wird weiter unten in Kapitel 6 geschaut, wie sich die Praxis anderer Länder gestaltet und welche Begründungen dort verwendet werden. Damit soll aufgezeigt werden, inwiefern diese Begründungen für die zukünftige baden-württembergische Mittelstandspolitik sinnvoll sein können.

In Deutschland hat die Mittelstandspolitik eine lange Tradition (Welter, 2019). In der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde Artikel 164 aufgenommen. Demnach ist der „selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen“ (Reichsgesetzblatt, 1919). In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahr 1956 der Mittelstandsbeirat im Bundeswirtschaftsministerium gegründet, 1958 nahm das Institut für Mittelstandsforschung seine wissenschaftliche Tätigkeit in Köln und Bonn auf (Gröschl, 2018). Im Jahr 1970 legte die damalige Bundesregierung die „Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen“ vor (BT-Drs. 6/1666). Ein direkter Verweis auf einen Nachteilsausgleich kommt darin nicht vor. Vielmehr müsse das Ziel einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen sein, etwaige Wettbewerbsnachteile als Auswirkung der allgemeinen Gesetzgebung, beispielsweise im Steuer-, Gesellschafts-, Patent-, Wettbewerbs- oder im Arbeits- und Sozialrecht zu vermeiden. Allenfalls werden Wettbewerbsnachteile bei der Finanzierung gesehen. Weiterhin sei technisches und ökonomisches Wissen den kleinen und mittleren Unternehmen besser zugänglich zu machen. Letztlich könne es aber kein Ziel der KMU-Strukturpolitik sein, bestimmte Unternehmensgrößen zu garantieren. (BT-Drs. 6/1666).

Ein Befürworter des Nachteilsausgleichs für mittelständische Unternehmen ist Sölter (1974). Er sieht bei kleinen und mittleren Unternehmen eine fehlende Voraussetzung für eine optimale Wettbewerbsposition und Vorteile der „Größe an sich“. Großunternehmen besitzen demnach eine Vielzahl von Vorteilen:

- technische und wirtschaftliche Vorteile aufgrund des Massenkostengesetzes bei vergleichbaren Waren und Dienstleistungen

- mehr und bessere Marktinformationen
- günstigere Einkaufsbedingungen
- erhöhtes Durchsetzungsvermögen auf In- und Auslandsmärkten
- bessere Möglichkeiten der Fremd- und Selbstfinanzierung
- bessere Sicherung von Rohstoffbasis und Absatzmärkten
- größere Chancen der öffentlichen Stützung in Krisenzeiten und so weiter

Grundsätzlich könnten Wandel, Wachstum und Wettbewerbsbehauptung durch „Größe an sich“ besser bewältigt werden, weshalb ein Nachteilsausgleich für kleine und mittlere Unternehmen erforderlich sei. Der Staat müsse deshalb eine bewusste Unternehmensgrößenpolitik betreiben, wenn eine „gesündere Mischstruktur der Wirtschaft“ aus gesellschaftspolitischen Gründen und zum Erhalt des freiheitlichen Marktsystems unerlässlich ist (Sölter, 1974). Ansatzpunkte sieht Sölter (1974) vor allem im Wettbewerbs- und insbesondere im Kartellrecht. So könnten beispielsweise „Machtrabatten“ „Rabattkartelle“ gegenübergestellt werden, um eine Chancen- und Machtgleichheit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen auf der einen Seite und großen Unternehmen auf der anderen Seite herzustellen.

Günther (1974) widerspricht in seiner Erwiderung den Thesen Sölters. Die These der wirtschaftlichen und technischen Überlegenheit von Großbetrieben solle nicht generalisiert werden, da nach Untersuchungen zur optimalen Betriebsgröße nicht „Größe an sich“ zählt, sondern kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Anpassungsflexibilität und ihrem Beitrag zum technischen Fortschritt durchaus großen Unternehmen überlegen sein können. Zudem würden größere Unternehmen mehr Bürokratie aufweisen, was sie träge mache. Auch lehnt Günther (1974) die Aussetzung von Kartellverboten für KMU ab.

Im Jahr 1977 brachte die damalige Opposition einen Entwurf für ein Bundesmittelstandsförderungsgesetz ein (BT-Drs. 8/708). Ziel des Gesetzesentwurfes war es unter anderem, die strukturpolitischen Instrumente, von denen es in dieser Zeit bereits eine Vielzahl gab, in ähnlicher Weise zu bündeln, wie dies in der Konjunkturpolitik durch das Stabilitätsgesetz und in der Ordnungspolitik durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen erfolgt war. So sollte die Zersplitterung der Förderprogramme verringert werden. Eine wesentliche Begründung für den Entwurf eines Bundesmittelstandsförderungsgesetzes war der Nachteilsausgleich (Deutscher Bundestag, 1980). Die dort enthaltenen Maßnahmen sollten – vor dem ordnungspolitischen Hintergrund der Sozialen Marktwirtschaft – dort greifen, wo Wettbewerbsverzerrungen und Wettbewerbsverfälschungen bestehen, die durch die kleinen und mittleren Unternehmen nicht in Selbsthilfe und mit Eigeninitiative verhindert werden können (BT-Drs. 8/708). Ziel des Gesetzesentwurfes waren der Erhalt und die Förderung der Wettbewerbskraft mittelständischer Unternehmen. Mit einer betriebsgrößenorientierten Strukturpolitik sollten ein wettbewerbspolitischer Nachteilsausgleich und Chancengleichheit zwischen großen und kleinen Unternehmen erreicht werden. Nur durch einen Nachteilsausgleich seien die Stellung, die Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen in ihren Funktionen für die Soziale Marktwirtschaft zu sichern und zu stärken. Zudem trage der Nachteilsausgleich zur Sicherung und Vermehrung der Arbeits- und Ausbildungsplätze im Mittelstand bei. Durch eine betriebsgrößenorientierte Strukturpolitik könne die Anpassung an den wirtschaftlichen, raumordnungspolitischen und technologischen Wandel erleichtert sowie die Voraussetzungen zur Bildung des notwendigen Eigenkapitals in der mittelständischen Wirtschaft verbessert werden. Die Maßnahmen des Gesetzesentwurfes konzentrierten sich auf die Bereiche „zwischenbetriebliche Maßnahmen zur Steigerung der fachlichen und betrieblichen Leistungsfähigkeit“ und „Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalausstattung“ (BT-Drs. 8/708), nicht aber auf das Wettbewerbsrecht, wie oben von Sölter gefordert.

Der Entwurf des Bundesmittelstandsförderungsgesetzes wurde im Bundestag abgelehnt (Deutscher Bundestag, 1980). Dies hatte auch der Ausschuss für Wirtschaft empfohlen und als Alternative auf die

bestehenden Förderprogramme verwiesen (BT-Drs. 8/4316). Förderprogramme gibt es viele. Mitte der 1990er-Jahre stellte das Bundeswirtschaftsministerium fest, dass auf den Ebenen Europäische Union, Bund und Länder rund 400 Programme der Mittelstandsförderung existieren (BMW, 1998).

Im Kern geht es bei der älteren Diskussion um die Frage, ob „KMU an sich“ gefördert werden sollten. Dies setzt einen generellen Nachteil der kleinen und mittleren Unternehmen voraus. Angesichts der in Kapitel 3.2 aufgezeigten Heterogenität des Mittelstands ist aber nicht zu erwarten, dass alle Unternehmen gleichermaßen Nachteile aufweisen. Zudem verändert sich die Situation im Laufe der Zeit, wenn beispielsweise neue technologische Möglichkeiten oder neue Organisationsformen vormalige Nachteile überwinden helfen. Dennoch existiert in Deutschland eine Vielzahl von Förderprogrammen, die sich an kleine und mittlere Unternehmen richten. Oftmals gehen sie auf vermutete oder empirisch nachgewiesene Nachteile beziehungsweise Hemmnisse zurück. Die Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen sind auch vor dem Hintergrund des europäischen Beihilfeverbots zu sehen. Eigentlich sind nach Artikel 107 Absatz 1 AEUV staatliche Beihilfen für Unternehmen, die den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Gleichwohl gibt es für KMU eine Vielzahl von Ausnahmen. Auch die De-minimis-Ausnahmen (VERORDNUNG (EU) Nr. 1407/2013) begünstigen eher kleinere Unternehmen und greifen die Idee des größenbedingten Nachteilsausgleichs implizit auf. Als Begründung wird aber nicht explizit der größenbedingte Nachteilsausgleich angeführt, sondern die fehlende Verfälschung des Wettbewerbs (EU-Kommission 2014/C 291/01).

Auch im Mittelstandsbericht 2021 des Landes Baden-Württemberg wird auf größenspezifische Nachteile hingewiesen, die eine besondere Befassung mit der betroffenen Gruppe – der Soloselbstständigen – erfordern. Die Nachteile seien durch die Pandemie sichtbar gemacht worden. Demnach sind die sogenannten „Soloselbstständigen“ durch eine höhere wirtschaftliche Verwundbarkeit gekennzeichnet. Soloselbstständigkeit findet sich häufig in freiberuflichen, wissenschaftlichen und technologischen Dienstleistungen, im Bereich Information und Kommunikation sowie unter den Kulturschaffenden, Medien- und pädagogischen Berufen, alles moderne wissensbasierte Dienstleistungen, die auf die eigenen Kompetenzen, seltener aber auf die Mitarbeit von Lohnbeschäftigten setzen. Entsprechend finden sich Soloselbstständige seltener im Verarbeitenden Gewerbe, Bauhandwerk oder Gastgewerbe. Bei der formalen Berufsbildung finden sich unter den Soloselbstständigen mehr akademisch Gebildete (36 Prozent zu 31 Prozent) und weniger Selbstständige mit einem Meister- oder Technikerabschluss, die häufig im Handwerk zu finden sind. Allerdings gibt es auch unter Soloselbstständigen eine große Heterogenität, weshalb es innerhalb dieser Gruppe unterschiedliche Betroffenheit durch die Corona-Pandemie gegeben hat. Diese Unterschiede bestehen in den Tätigkeits- und Kundenstrukturen, die mit unterschiedlichen Abhängigkeiten und Freiheitsgraden in der Arbeitsgestaltung und im Marktauftritt einhergehen (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, 2021). So dürfte die Betroffenheit durch die Corona-Pandemie weniger von der strukturellen Größe als von der Frage abhängen, ob das Erbringen der Leistung aufgrund der politischen Einschränkungen möglich war.

Im Jahr 2016 hat das IfM Bonn eine Debatte über die Mittelstandspolitik in Deutschland angestoßen (Welter et al., 2016). Für die Mittelstandspolitik sollte geklärt werden, welche Ziele sie verfolgt, also ob sie ausschließlich dazu dient, das volkswirtschaftliche Wachstum zu steigern, und/oder auch zur Erhöhung der Lebensqualität in der Gesellschaft beitragen soll. Zudem wird die Festlegung der Adressaten gefordert. Angesichts der Heterogenität des Mittelstands, wie sie auch in Kapitel 3 aufgezeigt wurde, stelle sich die Frage, welche Unterschiede innerhalb des Mittelstands beachtet werden sollten. Zudem solle Mittelstandspolitik primär an den Besonderheiten des Mittelstands ansetzen und weniger an der Unternehmensgröße. Deshalb müsse sich Mittelstandspolitik auch von KMU-Politik unterscheiden (Welter et al., 2016).

Die Debatte hat drei wesentliche Stränge, die im Folgenden vorgestellt und diskutiert werden:

- ▶ Begründung der Mittelstandspolitik: Wird sie mit den positiven (gesellschaftlichen) Effekten des Mittelstands oder mit dessen Nachteilen begründet?
- ▶ Adressat der Mittelstandspolitik: Sollten nach der Größe oder nach der Einheit von Eigentum und Leitung abgegrenzte Unternehmen adressiert werden?
- ▶ Art der Mittelstandspolitik: Sollte ausschließlich Rahmenpolitik oder auch einzelwirtschaftliche Förderpolitik betrieben werden?

Legitimierung der Mittelstandspolitik

Aus Sicht der Forschung können verschiedene Argumente eine spezielle Politik für den Mittelstand legitimieren. Marktversagen und Marktunvollkommenheiten lassen sich theoretisch ableiten und objektiv bestimmen, während andere Begründungen wie meritorische Güter, die aus gesellschaftlicher Sicht mehr nachgefragt werden sollten, einzig auf Werturteilen basieren (Welter et al., 2016). Der Nachteilsausgleich wird von Welter et al. (2016) ebenfalls dem Bereich der Werturteile zugewiesen. Die Begründung staatlicher Eingriffe in den Marktprozess ist ein wichtiges Element der Sozialen Marktwirtschaft, um beliebigen Eingriffen vorzubeugen und den Marktmechanismus zu erhalten. Gleichwohl gibt es viele Begründungen für staatliche Eingriffe aufgrund von Marktversagen oder Marktmängeln, weshalb vor der Ubiquität des Marktversagens gewarnt wird (Fritsch et al., 2007).

Welter et al. (2016) beschäftigten sich mit zwei Begründungslinien für die Mittelstandspolitik: positive Effekte des Mittelstands und Nachteile des Mittelstands. Dem Mittelstand wird nach Welter et al. (2016) eine Vielzahl von positiven Wirkungen zugesprochen, die in positiven Effekten sowohl für Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und strukturellen Wandel als auch für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe, Nachhaltigkeit und Unterstützung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung liegen. Anhand der vorliegenden Literatur wird ausführlich diskutiert, inwieweit die einzelnen positiven Effekte vorliegen. Anknüpfend daran hat das IfM Bonn jüngst ein mehrjähriges Forschungsprojekt gestartet, um den gesellschaftlichen Beitrag des Mittelstands konzeptionell besser zu verstehen und empirisch zu prüfen (Welter/Schlepphorst, 2020). Auch andere Autoren schaffen hier neues Wissen. So untersuchen Berlemann et al. (2021) anhand der Rezession der Jahre 2008/2009 mit Mikro-Paneldaten aus dem ifo Konjunkturtest, ob der deutsche inhabergeführte Mittelstand zur Erhöhung der Krisenresistenz einer Volkswirtschaft beiträgt. Im Ergebnis zeigen sich Belege für die Hypothese, dass mittelständische Unternehmen während dieser Rezession stabiler waren als nicht mittelständische Unternehmen. Eigentümergeführte KMU haben dabei deutlich besser abgeschnitten als nicht eigentümergeführte KMU und eigentümergeführte Großunternehmen. Deshalb kommen Berlemann et al. (2021) zu dem Schluss, dass es eher die Kombination aus Unternehmensgröße und Eigentümerführung ist, die zu mehr Krisenresistenz führt.

Den positiven Effekten werden größenbedingte Nachteile gegenübergestellt. Diese wurden dem Mittelstand nach Welter et al. (2016) früher aufgrund von Alter und Größe attestiert, die aus Lernkurveneffekten, Skaleneffekten, Synergieeffekten und einer geringeren Ressourcenausstattung resultierten. Als Problemfelder wurden auch der Zugang zu Finanzmitteln und zum Beratungsmarkt, die Bürokratiebelastung und Standortnachteile diskutiert. Welter et al. (2016) zeigen auch hier anhand der Literatur die verschiedenen Argumente auf. Der Fokus liegt dabei auf dem Hinweis auf Studien, die zeigen, dass sich aufgrund geänderter Rahmenbedingungen die Nachteile abgeschwächt haben, weshalb größen- und altersbedingte Nachteile nur noch eine untergeordnete Rolle spielen würden. Zudem ist nach Welter et al. (2016) der Zusammenhang zwischen bestimmten Nachteilen und gewünschten positiven Effekten des Mittelstands unsicher, weshalb sich keine eindeutigen Anhaltspunkte für einen Nachteilsausgleich aus der Forschung ableiten ließen. Stattdessen könne die Mittelstandspolitik an den positiven Effekten des Mittelstands ansetzen und seine Stärken unterstützen. Da es aber schwierig sei, bestimmte Teile des heterogenen Mittelstands als Verursacher der positiven Effekte zu identifizieren,

könnten durch Verbesserungen der regionalen Standortfaktoren oder des Klimas für Unternehmertum die Potenziale des Mittelstands besser ausgeschöpft werden (Welter et al., 2016).

Zudem fordert Welter (2019) eine Weitung der mittelstandspolitischen Zielsetzung über allgemeine wirtschaftspolitische Ziele hinaus. Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Ziele können als magisches Vieleck beschrieben werden und sind teils im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verankert. Dazu zählen ein hoher Beschäftigungsgrad, ein angemessenes Wirtschaftswachstum, die Stabilität des Preisniveaus, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung und ein ökologisches Gleichgewicht.

Die mittelstandspolitische Zielsetzung geht nach Welter (2019) aber darüber hinaus. Sie nennt folgende Ziele der Mittelstandspolitik, die nur teilweise aus den allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielen abgeleitet werden können:

- ▶ Schaffung von Arbeitsplätzen
- ▶ Stabilisierung des Arbeitsmarktes
- ▶ quantitatives Wachstum
- ▶ qualitatives Wachstum
- ▶ struktureller Wandel und Innovation
- ▶ Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
- ▶ Stützung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung
- ▶ Aufbau einer Kultur der Selbstständigkeit
- ▶ Gewährleistung von Erwerbsalternativen und Teilhabe
- ▶ soziale Absicherung von Selbstständigen
- ▶ Sicherstellung regionaler Versorgung und Entwicklung inklusive Arbeitsplatzangebot

Diese Ziele sind teils schon in früheren Zeiten genannt worden, wie beispielsweise in der Begründung für den Entwurf eines Bundesmittelstandsförderungsgesetzes. Demnach sind leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen im Interesse einer gesellschaftspolitisch befriedigenden Wirtschaftsstruktur und dienen der Sozialen Marktwirtschaft. Zudem erfüllen sie unverzichtbare ökonomische Funktionen für den Verbraucher und auf dem Arbeitsmarkt. Weitere gesellschaftspolitische Bedeutung erhalte der Mittelstand durch die Sicherung des für eine freie Gesellschaft notwendigen Pluralismus, die Entfaltung der persönlichen Eigenverantwortlichkeit und die Festigung der Freiheit. Schließlich gleiche die durch den Mittelstand begünstigte Streuung des Eigentums gesellschaftliche Spannungen aus und wirke der Entfremdung von Mensch und Arbeit sowie der Machtkonzentration entgegen (BT-Drs. 8/708).

Nach Welter (2019) geht es der Mittelstandspolitik um den Erhalt der sozialen Marktwirtschaft, indem Marktversagen ausgeglichen, dynamischer Wettbewerb ermöglicht und wettbewerbshemmende Strukturen verhindert werden sowie „Selbstständigkeit und Freiheit als Grundpfeiler einer demokratischen bürgerlichen Gesellschaft“ gefördert werden (Welter, 2019). Darüber hinaus sollte Mittelstandspolitik aber auch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag des Mittelstands heben, indem die Potenziale des Mittelstands für das Erreichen übergeordneter Ziele genutzt werden (Welter, 2019).

Damit befindet sich die Mittelstandspolitik in einem Spannungsfeld von wirtschaftspolitischen und mittelstandspolitischen Zielsetzungen (Welter, 2019). Das Erreichen mittelstandspolitischer Ziele kann Zielkonflikte mit den wirtschaftspolitischen Zielen hervorrufen. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn durch die Mittelstandspolitik die regionale Versorgung gesichert würde, die aus einer reinen Marktperspektive aber nicht zum höchstmöglichen Wachstum führen muss. Weitere Spannungsfelder sieht Welter (2019) zwischen der KMU-Politik, der selektiven Förderung und der rahmenorientierten Politik

sowie zwischen dem globalen, europäischen und nationalen Rahmen, in dem Mittelstandspolitik stattfinden kann.

Bei der Begründung von Mittelstandspolitik zeigen sich somit zwei Stränge: positive Effekte des Mittelstands und Nachteilsausgleich. Diese werden teils dichotom gesehen, was allerdings nicht zielführend ist. Eine Begründung der Mittelstandspolitik ausschließlich mit den positiven Effekten hätte unter anderem zur Folge, dass die Mittelstandspolitik beliebig in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen könnte. Aus den positiven Effekten lässt sich keine Begrenzung für staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen ableiten. Anders hingegen beim Nachteilsausgleich: Liegen Nachteile beziehungsweise Hemmnisse für den Mittelstand im Marktprozess vor, sollte eingegriffen werden; sind diese Hemmnisse obsolet, sollte nicht mehr eingegriffen werden.

Gleichzeitig muss begründet werden, warum beim Vorliegen von Nachteilen beziehungsweise Hemmnissen eingegriffen werden sollte, anstatt das Marktergebnis zu akzeptieren. Dies lässt sich weniger durch Marktversagen oder -unvollkommenheiten begründen als durch die gesellschaftlichen Funktionen des Mittelstands. Daher sind die positiven Effekte und der Nachteilsausgleich keine sich ausschließenden Konzepte, sondern sollten kombiniert werden: Nachteile respektive Hemmnisse können einen Eingriff des Staates rechtfertigen, weil der Mittelstand sonst nicht seine gesellschaftlichen Funktionen erfüllen kann. Liegen keine Nachteile/Hemmnisse vor, sollte der Staat auch nicht eingreifen. Die von Welter et al. (2016) genannten gesellschaftlichen Aufgaben des Mittelstands können somit eine Mittelstandspolitik rechtfertigen, da damit auch viele der in Kapitel 5.2 aufgezeigten Herausforderungen aus den aktuellen Trends adressiert und gelöst werden können, bestehende Hemmnisse aber eine zügige Bewältigung der Herausforderungen im Mittelstand behindern (siehe Kapitel 5.3).

Zwar unterliegen die größen- und altersbedingten Nachteile einem Wandel, wie von Welter et al. (2016) nachgewiesen wurde. Ob größen- und altersbedingte Nachteile aber in Gänze obsolet geworden und deshalb Mittelstandspolitiken auf Grundlage eines Nachteilsausgleichs nicht mehr zeitgemäß sind, ist nicht ausgemacht. Stattdessen sollte immer wieder geprüft werden, ob vermutete Nachteile immer noch Bestand haben und ob neue Nachteile entstanden sind, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben. Zudem kann angemerkt werden, dass Mittelstandspolitik noch nie ausschließlich am Nachteilsausgleich ausgerichtet war, sondern immer auch gesellschaftliche Ziele verfolgt hat.

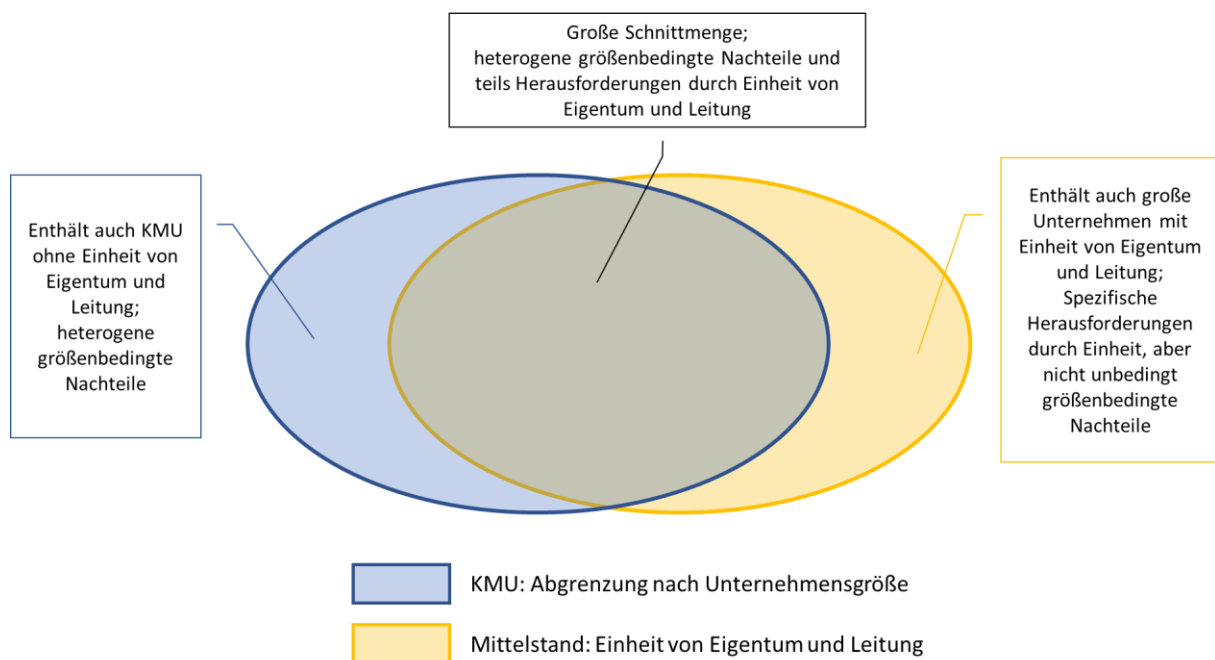
Adressat der Mittelstandspolitik

Welter et al. (2016) erheben die Forderung, dass Mittelstandspolitik nicht an der Unternehmensgröße oder dem Alter eines Unternehmens, sondern an der Identität von Eigentum und Leitung ansetzen sollte. Mittelstand lasse sich nicht durch eine rein größenmäßige Abgrenzung definieren, weshalb Mittelstandspolitik auch nicht mit KMU-Politik gleichzusetzen sei. Stattdessen liege eine zentrale Herausforderung der Mittelstandspolitik im Herausarbeiten der Unterschiede zur KMU-Politik, im Umgang mit der Heterogenität im Mittelstand sowie in der Passfähigkeit der Mittelstandspolitik mit der übrigen Wirtschaftspolitik (Welter, 2019).

Die Unterscheidung zwischen Mittelstands- und KMU-Forschung greifen auch Cassel/Thomas (2019) auf. Für sie zeichnet sich der Mittelstand ebenfalls durch qualitative Kriterien wie die Einheit von Eigentum und Leitung aus und nicht durch ihre Größe. Deshalb liege auch der Anteil mittelständischer Unternehmen in Deutschland mit 71 bis 82 Prozent deutlich unter dem Anteil der KMU mit 99,6 Prozent. Vor allem wegen des Mangels amtlicher Daten würden mittelständische Unternehmen oftmals mit KMU gleichgesetzt, weshalb Mittelstandsforschung nur KMU-Forschung sei. Sie fordern daher mehr Mittelstandsforschung auf Basis tatsächlicher Daten zum Mittelstand und die Ausrichtung der evidenzbasierten Mittelstandspolitik an echter Mittelstandsforschung, nicht aber an KMU-Forschung (Cassel/Thomas, 2019).

Allerdings stellt sich die Frage, ob hier nicht eine künstliche Unterscheidung vorgenommen wird, die zu mehr Komplexität in der Mittelstandspolitik führt. In Abbildung 4-1 sind die beiden Zielgruppen aufgezeigt. Zwischen beiden Gruppen dürfte es eine große Schnittmenge geben, wie auch die zuvor genannten Zahlen von Cassel/Thomas (2019) belegen. Sicherlich gibt es in Teilen andere Herausforderungen im qualitativ abgegrenzten Mittelstand, die sich vor allem aus der Eigentümerstruktur ableiten. Zu nennen sind hier beispielsweise die Nachfolgefrage, Finanzierungsentscheidungen oder Familienkonflikte. Gleichzeitig dürfte es viele größenbedingte Nachteile und Hemmnisse geben. Insofern stellt sich die Frage, ob die KMU- und Mittelstandspolitik nicht große Überschneidungen aufweisen oder ob die Politikansätze unterschiedlich auf beide Gruppen wirken. Insofern ist eine Mittelstandsforschung, die gleichzeitig auch KMU-Forschung ist, sinnvoll, da Unterschiede zwischen nicht eigentümer- und eigentümergeführten Unternehmen erfasst würden und bei unterschiedlichen Problemlagen passgenauere Angebote erstellt werden können. Gleichzeitig dürften aber viele Problemlagen identisch sein, weshalb eine allein an der Einheit von Eigentum und Leitung ausgerichtete Mittelstandspolitik häufig zu kurz greifen dürfte (siehe unten Abbildung 4-1). Daher erscheint es sinnvoll, die spezifischen Problemlagen häufiger zu erfassen und nur dort getrennte Lösungen anzubieten, wo dies erforderlich ist.

Abbildung 4-1: Zielgruppen der Mittelstandspolitik



Quelle: eigene Darstellung

Art der Mittelstandspolitik

Welter et al. (2016) plädieren für eine Rahmenpolitik als Mittelstandspolitik. Da es schwierig sei, bestimmte Teile des heterogenen Mittelstands als Verursacher der positiven Effekte zu identifizieren, könnten durch Verbesserungen der regionalen Standortfaktoren oder des Klimas für Unternehmertum die Potenziale des Mittelstands besser ausgeschöpft werden. Auf mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen würden auch die Bildungs-, Regional- oder Technologiepolitik auf die Mittelstandspolitik einzahlen (Welter, 2019). Deshalb sei Mittelstandspolitik Querschnittspolitik. Der Mittelstand müsse in seiner Vielfalt in allen Politikfeldern mitberücksichtigt und in der Wettbewerbspolitik die Wettbe-

werbsbedingungen für neue und alte Formen des mittelständischen Wirtschaftens einbezogen werden. Zudem sollten Antworten in der Sozialpolitik für die hybriden Erwerbs- und diskontinuierlichen Unternehmensverläufe gefunden werden und Mittelstandspolitik auch als verlässliche rahmenorientierte Politik wirken, die Anreize für Unternehmertum setzen und dem Mittelstand Planungssicherheit bietet (Welter et al., 2016). Nach den von Welter et al. (2016) skizzierten Bausteinen einer „zukunftsorientierten Mittelstandspolitik“ sollte sich die Mittelstandspolitik an gesellschaftlich anerkannten Werten orientieren. Sie sollte langfristorientiert, konstant und regelgebunden sein. Schließlich solle Mittelstandspolitik Anreize für die Aufnahme einer unternehmerischen Betätigung setzen.

Levering et al. (2016) vom IfM Bonn fordern ebenfalls eine stärkere Positionierung als rahmensetzende Politik. Zwar liege der allgemeine Ordnungsrahmen vor allem im Kompetenzbereich des Bundes, weshalb den Ländern auf den ersten Blick nur die Förderpolitik bleibt. Kritisiert wird von Levering et al. (2016) insbesondere die Gewerbeförderung, die auf Länderebene in der Förderpolitik eine wichtige Rolle spielt. Auch die Förderung von Teilgruppen im Mittelstand, von denen sich die Länder Impulse für die heimische Wirtschaft erhoffen, wird kritisiert, da eine einzelwirtschaftliche Förderung dem heterogenen Mittelstand als Ganzem nicht gerecht werden kann. Daher sei der Fokus stärker auf eine rahmensetzende Mittelstandspolitik zu legen. Diese Politik könne – neben der unternehmensfreundlichen Verwaltung – auch sensibilisierende Maßnahmen, die Schaffung eines guten Klimas für Unternehmertum und die Bereitstellung von Angeboten der Informations- und Wissensvermittlung enthalten (Levering et al., 2016). Zudem sollte die Zusammenarbeit der Ressorts gestärkt werden, da diese grundlegende Ressourcen und Standortfaktoren für den Mittelstand bereitstellen. Da Mittelstandspolitik eine Querschnittsfunktion habe, könne sie nur in Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts gestaltet werden. Kritisiert wird, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts derzeit eher anlassbezogen und informell erfolge. Deshalb sollten Mittelstandsreferate in den Landesministerien auch stärker bei anderen Ressorts als „Interessenvertretung des Mittelstands“ auftreten und die Zusammenarbeit verstetigt werden (Levering et al., 2016).

Die genannten Maßnahmen, die der Ausschöpfung des Potenzials im Mittelstand dienen, haben alleamt ihre Berechtigung. Der geplante Masterplan Mittelstand sollte die Entwicklung guter Rahmenbedingungen thematisieren. Zudem bietet gerade ein Masterplan die Chance, den Querschnittscharakter der Mittelstandspolitik aufzugreifen und die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts zu verstetigen. Gleichwohl dürfte eine reine Rahmenpolitik kaum ausreichen, wenn sich doch größen- und altersbedingte Nachteile ergeben. Offensichtliche Nachteile sollten ausgeglichen werden können, da sonst die Mittelstandspolitik im Zweifelsfall ineffektiv würde. Allerdings sollte die Mittelstandspolitik zwei Bedingungen erfüllen: Erstens sollte die Geltung des Nachteils immer wieder nachgewiesen werden, damit die Förderung eingestellt wird, wenn sich aufgrund geänderter Bedingungen der Nachteil verringert (siehe oben). Zweitens sollten die Effektivität und Effizienz der eingesetzten Förderung bei der Beseitigung des Nachteils untersucht werden, damit weniger wirksame Maßnahmen durch besser wirkende Maßnahmen ersetzt werden. Hier ist mehr Forschung erforderlich. Deshalb sollte auf die einzelwirtschaftliche Gewerbeförderung auch zukünftig eher nicht vollständig verzichtet werden. Allerdings sind hier Anpassungen erforderlich: Die Gewerbeförderung umfasst ein sehr breites Spektrum und reicht von der Förderung von Existenzgründungen über die Unterstützung bei der Beratung bis hin zur Förderung von Innovations- oder Auslandsvorhaben oder der Förderung von Umwelt und Energie. Solange hier Nachteile im Mittelstand konstatiert werden können, sollte eine entsprechende Förderung erfolgen. Gleichwohl ist die Kritik von Welter et al. (2016) zu beachten, dass die Vielfalt im Mittelstand keine Vielfalt an Förderungen bedingt. Angesichts der Vielzahl von bestehenden Förderprogrammen für den Mittelstand und der häufigen Änderungen der Förderprogramme wird der Mittelstand zur Sicherung der Übersichtlichkeit unterstützt (Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.), 2021). Um die Inanspruchnahme von Förderprogrammen zu verbessern, kann die Übersichtlichkeit der Fördermaßnahmen stärker in den Blick genommen werden. So könnten die

Förderprogramme regelmäßig dahingehend untersucht werden, ob der Grund für ihr Aufsetzen (Nachteile beziehungsweise Hemmnisse im größenabgegrenzten Mittelstand) noch existiert und ob die Programme mit anderen Programmen zusammengefasst werden können, sodass der Informationsbedarf der Unternehmen sinkt.

Diskussion in internationalen Journalen

Im Rahmen dieser Studie sind verschiedene internationale Journale nach neuen Ansätzen der Mittelstands- beziehungsweise KMU-Politik durchsucht worden:

- ▶ Environment and Planning C: Politics and Space
- ▶ The International Small Business Journal (ISBJ)
- ▶ Small Enterprise Research
- ▶ Entrepreneurial Business and Economics Review (EBER)

In den Journalen zeigt sich eher eine andere Herangehensweise. So fragt eine Sonderausgabe des International Small Business Journals nach der Evidenzbasierung einer Politik zur Stärkung des Mittelstands. Zwei Fragen stehen in den verschiedenen Beiträgen im Fokus (Wright et al., 2015):

- ▶ Was wirkt, was wirkt nicht?
- ▶ Was wissen wir, was wissen wir nicht?

Ausgangspunkt der Überlegungen ist das Ziel, das Potenzial der KMU zu maximieren, das Wachstum zu fördern und ein wachstumsförderndes Unternehmensumfeld zu schaffen. Dazu soll eine wirksame faktengestützte Politik eingesetzt werden. Daher wird mit Fokus auf das Vereinigte Königreich gefragt, wo es belastbare Erkenntnisse gibt und wo diese fehlen. Weiterhin wird gefragt, welche Konsequenzen sich daraus für die Politikentwicklung und welche für die künftige Forschung ergeben (Wright et al., 2015). Thematisiert werden im Sonderheft unter anderem die Fragen, welche Arten von Unternehmen die meisten Arbeitsplätze in der britischen Wirtschaft schaffen, wie Innovationen und Exporte zusammenhängen, welche Rolle und Hemmnisse Unternehmen ethnischer Minderheiten aufweisen, welche Probleme es bei der Wachstumsfinanzierung gibt und wie sich Management und Führung in KMU auf deren Wachstum auswirken.

Bhaumik et al. (2015) untersuchen die Finanzierungsfragen. Sie zeigen auf, dass die in der Literatur diskutierten Probleme weit über das traditionelle Marktversagen hinausgehen und auch Faktoren wie Unterschiede in der unternehmerischen Wahrnehmung, den unternehmerischen Zielen, den Eigentumsverhältnissen und den Lebenszyklusphasen des Unternehmens eine Rolle spielen. Zugleich sehen sie noch erhebliche Verständnislücken beim Zusammenhang zwischen Unternehmensfinanzierung und Wachstum. Deshalb solle mehr zu typischen Finanzierungsentscheidungen, Antrags-, Genehmigungs- und Ablehnungsentscheidungen, der Kombination von Finanzprodukten, Nicht-Standard-Finanzierungsquellen sowie den Auswirkungen finanzieller Zwänge auf das Wachstum kleiner Unternehmen geforscht werden. Zudem bestehe ein Forschungsbedarf zum besseren Verständnis unterschiedlicher Eigentums- und Governance-Regelungen auf die Finanzierung, wie längerfristige, weniger risikofreudige Perspektiven, wie sie Familienunternehmen zugeschrieben werden.

Love/Roper (2015) untersuchen die Zusammenhänge zwischen Innovation, Exporten und der Leistung von KMU anhand ökonometrischer Studien. Demnach gibt es eine Fülle von Hinweisen auf eine positive Beziehung zwischen Innovation und Unternehmensleistung im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Gleichwohl ist die Evidenz speziell für KMU begrenzt. Beim Zusammenhang zwischen Exporten und Produktivität gibt es zwei Ansätze: zum einen die Selbstselektionsthese, wo-

nach hochproduktive Unternehmen mit größerer Wahrscheinlichkeit zu Exporteuren werden, zum anderen die These, dass Unternehmen durch den Export produktiver werden. Die Hypothese der Selbstselektion wird demnach durch empirische Evidenz gestützt, während die empirischen Belege für die Produktivitätsvorteile des Exports uneinheitlich sind. Beim Zusammenhang zwischen Innovationen und Exporten gibt es empirische Hinweise für einen positiven Zusammenhang zwischen Innovation und Export, nicht aber für einen Effekt der Exporte auf die Innovationen. Zudem gibt es Hinweise, dass Innovationen und Exporte komplementär für das Umsatzwachstum sind. Gleichwohl ist das Wissen unvollständig, da KMU-Paneldatensätze für die Untersuchung der Kausalität meist fehlen, ebenso wie Daten zu organisatorischen Innovationen.

Auch bei den Hemmnissen gibt es in der internationalen Literatur Untersuchungen. Brown et al. (2022) analysieren in einer neueren Studie, ob innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eher von der Beantragung externer Finanzierung abgehalten werden als Nichtinnovatoren. Sie zeigen, dass KMU mit reinen Produktinnovationen oder Produkt- und Prozessinnovationen deutlich häufiger von der Kreditaufnahme abgehalten werden als nicht innovative Unternehmen. Deshalb fordern sie gezielte politische Maßnahmen für Kreditnehmer in innovativen KMU.

Die Evidenzbasierung von Politik hat in der Vergangenheit an Bedeutung gewonnen. Dies gilt auch für die Mittelstandspolitik. Zwei Dinge lassen sich empirisch erheben: Bestehen Nachteile beziehungsweise Hemmnisse für bestimmte Unternehmen und wirken getroffene Maßnahmen wie gewünscht? Vor dem Hintergrund der in Kapitel 5 aufgezeigten Trends stellt sich für die zukünftige Mittelstandspolitik die Frage, ob der Mittelstand bei der Transformation Nachteile oder Hemmnisse aufweist, weshalb die Transformation dort weniger gut gelingt. Diese Hemmnisse bei der Transformation werden sich kaum ausschließlich durch eine geeignete Rahmenpolitik auflösen lassen, weshalb darüber hinausgehende Maßnahmen erforderlich sind. Kaum zu beantworten ist zum jetzigen Zeitpunkt dagegen die Frage, ob angedachte Maßnahmen zur Bewältigung der Trends wirken. Die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Bewältigung neuer Herausforderungen lässt sich kaum ex ante empirisch messen. Allenfalls kann es Hinweise geben, was in der Vergangenheit bei ähnlich gelagerten Problemen geholfen hat. Gleichwohl sind solche Erkenntnisse zu ähnlich gelagerten Problemen nicht eins zu eins übertragbar auf die neuen Herausforderungen.

Ableitungen für die zukünftige Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg

Aus der wissenschaftlichen Literatur lassen sich verschiedene Aspekte beziehungsweise Fragen ableiten, die für die zukünftige Mittelstandspolitik und den Masterplan Mittelstand beantwortet werden sollten:

- ▶ Wie wird die zukünftige Mittelstandspolitik begründet? Anhand der positiven Effekte des Mittelstands oder anhand größenspezifischer Nachteile?
- ▶ An wen richtet sich die zukünftige Mittelstandspolitik (und auch Mittelstandsforschung)? An eine qualitativ oder quantitativ nach Unternehmensgröße abgegrenzte Zielgruppe?
- ▶ Ist zukünftige Mittelstandspolitik ausschließlich Rahmenpolitik oder enthält sie einzelbetriebliche Fördermaßnahmen?
- ▶ Wer sollte für die zukünftige Mittelstandspolitik zuständig sein?
- ▶ Ist die zukünftige Mittelstandspolitik einzig evidenzbasiert oder kommen auch Ansätze zum Einsatz, für die noch keine empirische Überprüfung ihrer Wirksamkeit vorliegt?

Die Begründung der zukünftigen Mittelstandspolitik und der Masterplan Mittelstand sollten sowohl auf gesellschaftlichen Funktionen des Mittelstands als auch auf konkreten Nachteilen und Hemmnissen basieren. Erstere Begründung zeigt auf, warum nicht alles den Marktkräften überlassen werden

sollte. Diese Kräfte sind beispielsweise blind für die regionale Verteilung des Wohlstands und damit blind gegenüber dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Der Mittelstand leistet hier einen wichtigen Beitrag, da er oftmals ortsgebunden ist und so auch abgelegene Regionen stärkt. Allerdings begrenzt das erste Argument nicht die staatlichen Eingriffe in den Markt, weshalb als zweites Argument konkrete Nachteile beziehungsweise Hemmnisse des Mittelstands nachgewiesen werden sollten. Damit soll sichergestellt werden, dass die Eingriffe die gesellschaftlichen Funktionen nachhaltig unterstützen und nicht beliebig eingesetzt werden.

Die zukünftige Mittelstandspolitik sollte sich auch in Zukunft eher an eine nach Unternehmensgröße abgegrenzte Zielgruppe richten. Viele Nachteile und Hemmnisse dürften aus der Unternehmensgröße resultieren. Zugleich könnte der Masterplan Mittelstand aufzeigen, wie die Forschung zum qualitativen Mittelstand gestärkt werden kann, um spezifische Herausforderungen zu erkennen, die sich aus der Einheit von Eigentum und Leitung ergeben. In entsprechenden empirischen Studien ist dies leicht möglich, wenn neben der Unternehmensgröße auch das qualitative Kriterium erfasst wird. So kann leicht erkannt werden, ob bei den Herausforderungen innerhalb bestimmter Unternehmensgrößen zwischen eigentümer- und nicht eigentümergeführten Unternehmen Unterschiede bestehen. Darüber hinaus sollten größere eigentümergeführte Unternehmen und ihre spezifischen Herausforderungen gesondert in den Blick genommen werden.

Die zukünftige Mittelstandspolitik kann nicht ausschließlich Rahmenpolitik sein. Bestehende Nachteile und Hemmnisse erfordern auch einzelbetriebliche Fördermaßnahmen. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Förderung nicht grundsätzlich vereinfacht werden sollte, trotz der Heterogenität im Mittelstand. Die derzeitige Förderkulisse ist sehr komplex und unterliegt häufigen Änderungen, weshalb der Mittelstand Abstand von der Inanspruchnahme einer Förderung nehmen könnte. Es könnte daher für den Masterplan Mittelstand geprüft werden, inwieweit die Förderkulisse vereinfacht werden kann, ohne dabei konkrete Hemmnisse außer Acht zu lassen. Gleichzeitig ist die Rahmenpolitik ein wichtiger Teil der zukünftigen Mittelstandspolitik, weshalb die Träger der Mittelstandspolitik näher betrachtet werden könnten.

Aufgrund der aufgezeigten zunehmenden Bedeutung der Rahmenpolitik und der neuen Herausforderungen (siehe unten) sollte die Mittelstandspolitik auch in Zukunft als Querschnittsaufgabe gesehen werden. Dies ist in Baden-Württemberg bereits heute der Fall. Die Querschnittsaufgabe ist in § 2 des baden-württembergischen Gesetzes zur Mittelstandsförderung seit Langem implementiert. Demnach sind die Behörden des Landes, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts verpflichtet, bei ihren Planungen, Programmen und Maßnahmen den Mittelstand zu beachten, was in den Maßnahmen der Mittelstandspolitik aus den verschiedenen Ressorts (siehe Kapitel 7) zum Ausdruck kommt. Insofern bietet es sich bei der vom Mittelstandsreferat koordinierten Erstellung des Masterplans Mittelstand an, die übrigen Ressorts beispielsweise in den Workshops einzubeziehen. Der Masterplan Mittelstand verbindet konkrete Lösungsansätze aus allen Politikbereichen und kann so allen Ressorts Orientierungshilfe in Form eines „Informieren – Sensibilisieren – Motivieren“ bei der erfolgreichen Bearbeitung der verschiedenen Trends bieten.

Zusätzlich könnte bei der Ausrichtung der zukünftigen Mittelstandspolitik, wo immer möglich, eine Evidenzbasierung bei der Etablierung neuer Maßnahmen geprüft werden, wobei Kosten und Nutzen abgewogen werden müssen. Die empirische Analyse kann aufzeigen, bei welchen Zielgruppen welche Maßnahmen bei der Bewältigung der Herausforderungen helfen beziehungsweise wo die Maßnahmen angepasst oder abgeschafft werden sollten. Dies ist für eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik unerlässlich. Zugleich führen neue Herausforderungen (siehe Kapitel 5) dazu, dass noch keine empirische Evidenz vorliegen kann, da diese immer ex post, also im Nachhinein, geschaffen werden kann. Insofern

sind die Träger der Mittelstandspolitik gezwungen, auf die empirischen Ergebnisse aus anderen Zusammenhängen oder auf ungeprüfte Maßnahmen zurückzugreifen, um die neuen Herausforderungen anzugehen. Sollte der Masterplan Mittelstand bereits erste konkrete Maßnahmen enthalten, wird für diese nicht immer auch eine empirische Evidenz vorliegen. Gleichwohl könnte der Masterplan Mittelstand die Schaffung empirischer Evidenz anlegen, indem eine Messung der Nulllinie gefordert wird, anhand derer spätere Fortschritte der Maßnahmen gemessen werden können.

5 Neue Herausforderungen für den Mittelstand

5.1 Aktuelle wirtschaftliche Trends

Die von Steffen et al. (2004) veröffentlichten Diagramme zur „Great Acceleration“ (Große Beschleunigung) zeigen für den Zeitraum 1750 bis 2000, wie die Wirtschaftstätigkeit der Menschen rasant gewachsen ist. In ihrer Aktualisierung der Diagramme zeigt sich, dass die Erdsystemindikatoren – mit wenigen Ausnahmen – ihren langfristigen, postindustriellen Anstieg fortgesetzt haben (Steffen et al., 2015). Diese Entwicklungen haben die Erde näher an mögliche Kippunkte beim Klimawandel oder planetare Tragfähigkeit gebracht. Gleichzeitig gibt es andere exponentielle Entwicklungen wie die Digitalisierung. In dieser vernetzten und verwobenen Welt stellt die Gleichzeitigkeit von Ereignissen und Prozessen die Politik vor neuen Herausforderungen, die zu einem Bedeutungsgewinn der strategischen Vorausschau geführt hat (Bovenshulte et al., 2021). Diese wird erforderlich, da komplexe Systeme und Probleme inzwischen die Regel sind und reaktive Politikansätze in einer solchen Welt zunehmen ineffektiv werden (Törnquist/Hanson, 2020).

Eine wichtige strategische Vorausschau in Deutschland stellt der BMBF-Foresight-Prozess dar. Im Kern geht es bei diesem Prozess um die Frage, welche technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den kommenden 15 Jahren möglich, machbar und wünschenswert sind. Inzwischen führt das BMBF seinen dritten Foresight-Prozess durch.

Der BMBF-Foresight-I-Prozess, dessen Ergebnisse im Jahr 2009 vorgelegt wurden, hatte eine Perspektive von mehr als 10 Jahren in die Zukunft von Forschung und Technologie. Im Vorausschau-Prozess sollten unter anderem neue Schwerpunkte in Forschung und Technologie identifiziert und prioritäre Handlungsfelder für Forschung und Entwicklung abgeleitet werden (Cuhls et al., 2009). Aus einer Vielzahl von langfristig relevanten Zukunftsfeldern wurden anhand der Kriterien „bahnbrechenden Erkenntnisgewinn in Wissenschaft und Technologie“, „Impulsgeber für andere Forschungsgebiete“, „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ und „Steigerung der Lebensqualität der Menschen“ sieben Zukunftsfelder ausgewählt (Cuhls et al., 2009), unter anderem Mensch-Technik-Kooperation (stärkere Integration der Human- und Technikwissenschaften), Produzieren – Konsumieren 2.0 (systematische Innovationen für zukunftsfähige Formen des Produzierens und Konsumierens) oder zukunftsfähige Energielösungen. Viele Ergebnisse bilden heute die Grundlage für grundsätzliche Trans-

formationen, die derzeit in Deutschland und Europa angegangen werden. Das Forschungsfeld „zukunftsfähige Energielösungen“ liefert viele Blaupausen für den Umbau des deutschen Energiesystems, das bis zum Jahr 2045 klimaneutral sein soll.

Während der erste Foresight-Prozess (2007-2009) stärker auf die Identifizierung wissenschaftlich-technischer Entwicklungsmöglichkeiten setzte, bezog der zweite Foresight-Prozess (2012-2014) stärker gesellschaftliche Entwicklungen und damit verbundene Herausforderungen und Chancen für die Politik und Verwaltung ein. Zunächst wurden gesellschaftliche Veränderungen bis zum Jahr 2030 identifiziert sowie Forschungs- und Technologieperspektiven aufgezeigt. Aus diesen beiden Aspekten wurden dann Innovationskeime abgeleitet und für jeden Keim beispielhaft Zukunftsbilder aus dem Jahr 2030 entworfen (Hirt et al., 2016). Diese Bilder beinhalten Herausforderungen und Chancen und vor allem kurze fiktive Geschichten, die das Leben in der Zukunft veranschaulichen sollen (Zweck et al., 2015). Der Foresight-II-Prozess mit seiner Suchphase 2012-2014 enthält keinerlei Hinweis für das schnelle Anstreben der Klimaneutralität. Zwar finden sich bei den gesellschaftlichen Herausforderungen 52 Erwähnungen des Begriffs „Klima“, in den Geschichten der Zukunft findet er aber kaum prominente Erwähnung. Wasserstoff wird lediglich bei den Forschungs- und Technologiebereichen erwähnt. Die nationale Wasserstoffstrategie und das Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft, wie es derzeit erfolgt, waren offensichtlich noch nicht absehbar. Hier zeigt sich, dass die Vorausschau oftmals auch nur eine Momentaufnahme ist und die gesellschaftlichen Prioritäten schnell in andere Richtungen gelenkt werden können.

Im dritten Foresight-Prozess geht es im Rahmen der Strategischen Vorausschau erneut um die Identifikation von Zukunftsthemen, die für die handelnden Akteure relevant sind. Zunächst wurden in einem ergebnisoffenen Prozess Themen, Trends und schwache Signale erfasst. Betrachtet werden aktuelle Entwicklungen, die voraussichtlich in naher oder ferner Zukunft eine große Dynamik entfalten werden, systematisierende Suchfelder (STEEP: Society, Technology, Economy, Ecology, Politics, PESTEL: Political, Economic, Social, Technological, Ecologic, Legal), zu erwartende wissenschaftliche Durchbrüche und Technologien in unterschiedlichen Reifegraden mit hohem gesellschaftlichen Impact. In einem ersten Schritt wurden im Jahr 2020 insgesamt 50 Themen vorgestellt, die im Folgejahr um weitere 30 Themen ergänzt wurden. Unter den 50 Themen befinden sich unter anderem folgende Themen, die das Potenzial haben, den Mittelstand der Zukunft nachhaltig zu beeinflussen: Wasserstoffökonomie, Einkommensgenerierung im Zeitalter der (Hyper-)Automatisierung, Data Trusts als neue Formen des Datenmanagements, verantwortungsvolle künstliche Intelligenz, 2-D-Materialien, Mikrobiome (Einzelner) als neue Lösung, Nahrung für die Welt von morgen, wachsende kulturelle Einflussnahme Chinas, Migration im 21. Jahrhundert, Sensemaking Economy, Landwirtschaft im Klimawandel, leistungsstarke Quantencomputer, Cybersicherheit im IoT, „lebendige“ Roboter, 3-D-Druck im Bau, Blockchain, zirkuläre Wirtschaft, New Space Economy oder CO₂ als Rohstoff (Zukunftsbüro des BMBF, 2020). Zu den 30 Themen, die sich ebenfalls auf den Mittelstand auswirken könnten, zählen unter anderem virtuelle Büros, E-Sport, autofreie Städte, neue Rohstoffkonflikte durch neue Technologien, Klima-Klubs, Digital Twins in fast allen Lebensbereichen, neue Akku- und Speichertechnologien, neue Schutzimpfungen, digitale Kompetenzen als Basiswissen für die Zukunft, Urban Mining, neue Chiptechnologien, unbemannte Luftfahrzeuge oder 3-D-Druck im Mikro- und Nanometerbereich (Zukunftsbüro des BMBF, 2021).

Die Ausführungen zum Foresight-Prozess zeigen, dass einige der früh aufgezeigten Trends heute das Wirtschaftsleben und damit auch den Mittelstand stark beeinflussen. Zugleich wird aber auch erkennbar, dass Trends, die bereits wenige Jahre nach dem Foresight-Prozess erhebliche Wirkung entfalten, nicht immer treffsicher erkannt werden können, wie die Wasserstoffwirtschaft und die Klimaneutralität im Foresight-II-Prozess. Insofern entbindet der hier vorgenommene Blick auf die Trends nicht davon, in naher Zukunft nochmals den Blick auf eingetretene Veränderungen zu legen. Zudem wird eine

Vielzahl von Trends aufgezeigt. Aufgrund der großen Zahl ist es wahrscheinlich, dass einer der vielen Trends zukünftig eine gewisse Wirkung entfalten wird.

Eine stärker ökonomische Perspektive nimmt das am dritten Foresight-Prozess beteiligte Unternehmen Z_Punkt ein, das regelmäßig Updates zu Megatrends erstellt. Diese übergreifenden Treiber des globalen Wandels führen demnach zu neuen Wachstumsfeldern und Wertschöpfungspotenzialen. Zugleich verdichten sich in den Megatrends tiefgreifende Verwerfungen und damit zu globalen Risiken für Unternehmen werden können. Unter anderem werden folgende Megatrends genannt (Z_Punkt, 2022):

- ▶ **Demographischer Wandel:** Bis zum Jahr 2030 soll die Weltbevölkerung um eine Milliarde auf 8,5 Milliarden Menschen wachsen. Rund die Hälfte des Bevölkerungswachstums soll in Afrika erfolgen, während die Bevölkerung in Europa schrumpft. Zudem wird die Weltbevölkerung – mit Ausnahme Afrikas – altern.
- ▶ **Anthropogene Umweltbelastung:** Die menschliche Lebensweise wirkt sich immer negativer auf die Umwelt aus. Es wird versucht, durch Gesetze, Regularien und Initiativen die Lebensgrundlage zu erhalten und den Klimawandel aufzuhalten.
- ▶ **Neue politische Welt(un)ordnung:** In der Welt von morgen sollen viele Akteure an Einfluss gewinnen. Dazu gehören große Länder wie Indien oder China, aber auch nicht-staatliche Akteure. In Zukunft dürfte es deshalb mehr Volatilität, Instabilität und asymmetrische Konfliktlinien sowie neue Verteilungskämpfen um Macht und Ressourcen geben. Erwartet wird ein neuer Systemwettstreit, diesmal zwischen liberal-marktwirtschaftlichen Demokratien und staatskapitalistisch-autoritären Staaten. Weiterhin wird von Machtverschiebungen ausgegangen und einer dezentraleren Verteilung des globalen Wohlstands ausgegangen.
- ▶ **Digitale Transformation:** Die Verbreitung digitaler Technologien soll sich bis zum Jahr 2030 nochmals beschleunigen und nach und nach alle Lebensbereiche durchdringen. Immer schnellere Datenverbindungen, kleinere Sensoren und Prozessoren sowie neue Anwendungsfunktionen treiben die Entwicklung, das Internet der Dinge wird Realität. Künstliche Intelligenz ermöglicht die Analyse und Interpretation großer Datenmengen in Echtzeit, was Automatisierungslösungen hochkomplexer Aufgaben vorantreibt. Gleichzeitig entstehen neue Risiken, beispielsweise durch Cyberkriminalität.
- ▶ **Veränderte Arbeitswelten:** Die Arbeit wird in Zukunft räumlich und zeitlich stärker flexibilisiert. Die Organisationen, Arbeitsmittel, Tätigkeitsprofile oder Kompetenzanforderungen wandeln sich. Digitale Assistenzsysteme und Robotik führen zu neuen Arbeitsweisen. Die Komplexität wächst in Zukunft, ebenso das Maß an Eigenverantwortung und Selbstorganisation der Beschäftigten. Deshalb müssen diese ihre persönlichen Kompetenzprofile weiterentwickeln. Zudem stellen diversere Belegschaften neue Anforderungen an das Management und die Beschäftigten.
- ▶ **Volatile Ökonomie:** Nicht aufgrund der neuen globalen (Un-)Ordnung wird die Wirtschaft in ihrer Entwicklung volatiler. Lokale Störereignisse führen immer häufiger zu globalen Wirkungen. Die Häufigkeit von Krisen mit internationalem Charakter steigt. Kurzfristiges Investmentverhalten gewinnt immer mehr an Bedeutung.
- ▶ **Business Ökosysteme:** Das Umfeld von Unternehmen verändert sich immer dynamischer. Technischer Wandel erfordert immer häufiger branchenübergreifender Innovationen, die häufig auch Geschäftsmodelle und Organisationsprozesse betreffen. Integrierte Produkte und Dienstleistungen verwischen zunehmend die Branchengrenzen. Es entwickeln sich immer mehr branchenübergreifende Wertschöpfungsnetzwerke und -strukturen. Plattformökonomien oder aber das kollaborative Wirtschaften können eine Rolle spielen. Die Produktion wird durch „Industrie 4.0“, Robotik, 3D-Druck und anderen Technologien neu ausgerichtet, die Produktionsprozesse werden immer flexibler. Zudem verändern sich die Geschäftsziele, indem positive Effekte für Umwelt und Gesellschaft stärker berücksichtigt werden.

Weitere Megatrends sind die Urbanisierung, gesellschaftliche Disparitäten und ausdifferenzierte Lebenswelten.

5.2 Bedeutung der Trends für den baden-württembergischen Mittelstand

Der Mittelstand in Baden-Württemberg ist durch die genannten Trends betroffen. Um den Wohlstand im Land zu sichern, ist es erforderlich, dass der Mittelstand die sich ergebenden Chancen nutzt und den sich abzeichnenden Risiken wirkungsvoll begegnet. Damit wird der Mittelstand gleichzeitig Teil der Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Vermeidung des Klimawandels. So erfordern Klimawandel und Digitalisierung auch im Mittelstand den Um- oder Neubau von Infrastrukturen. Durch die neuen Business Ökosysteme besteht das Risiko, dass Produktivität und Profite konzentriert werden. Die volatile Ökonomie geht einher mit einer unbeständigen Wirtschafts- und Handelspolitik. Die neuen Technologien können zu einem disruptiven Wandel von Industriestrukturen führen. Kurzfristiges Investmentverhalten stellt den eher langfristig denkenden Mittelstand vor neuen Herausforderungen. Zugleich ergeben sich neue Chancen für den Mittelstand, sei es durch neue Schnittstellenmärkte, durch Teilen als Geschäftsmodell, oder die Flexibilisierung von Produktionssystemen. Auch bei der Bewältigung erwarteter gesellschaftspolitischer Herausforderungen durch weitere Trends, wie die Zunahme prekärer Lebensverhältnisse, die zunehmende Wohlstandskonzentration, intensivierte gesellschaftliche Konflikte oder wachsendes Stadt-Land-Gefälle, kann der Mittelstand einen Beitrag leisten, da er oftmals diesen Trends entgegenwirkt.

Neue Herausforderungen für Mittelstand zeigen sich auch in einer aktuellen Befragung (Brink et al., 2020). Demnach sehen sich mittelständische Unternehmen und Politik vor neuen Herausforderungen. Die größte Herausforderung sehen die Unternehmen dabei in der Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Es wird ein enger Bezug zur Digitalisierung gesehen. Die Corona-Pandemie haben Teile des Mittelstands als Anlass gesehen, neue Ideen zu entwickeln und Innovationen umzusetzen. Angepasst wurden vor allem die eigenen Geschäftsmodelle. So hat die Corona-Pandemie die Digitalisierung beschleunigt und immer mehr Unternehmen sehen, dass die Digitalisierung zum wirtschaftlichen Erfolgsfaktor geworden ist. Damit die Digitalisierung gelingt, sollten mittelständische Unternehmen nach Brink et al. (2020) strategisch an ihre Digitalisierungsaktivitäten herangehen und einen steigenden Investitionsbedarf einkalkulieren. Die Politik sollte die digitale Infrastruktur weiter ausbauen und die IT-Sicherheit erhöhen. Zudem seien die digitalen Kompetenzen und Arbeitsmodelle aufgrund des veränderten Arbeitsalltags der Beschäftigten weiterzuentwickeln. Eine weitere aktuelle Herausforderung sehen die mittelständischen Unternehmen nach Brink et al. (2020) im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Hier sollten sich mittelständische Unternehmen vermehrt auf ein verändertes Konsumverhalten einstellen. Zugleich sollten die Unternehmen nachhaltige Geschäftsmodelle entwickeln. Die Politik sollte diesen Prozess mit einer mittelstandsfreundlichen Klima- und Umweltschutzpolitik begleiten und insbesondere die Bürokratie im Blick behalten.

Die Demografie und die daraus resultierenden Fachkräfteengpässe zeigen sich auch in den sogenannten IREUS Studien des Landes Baden-Württemberg. Die Herausforderungen durch die Demografie treffen die Unternehmen in unterschiedlichem Maße. In Baden-Württemberg ist der Ländliche Raum von Fachkräftemangel und demographischem Wandel stärker betroffen als andere Raumkategorien (IREUS/ILS, 2020).

Die Bedeutung der verschiedenen Trends resultiert auch daraus, ob sie in der Wirtschaft einen Strukturwandel auslösen. Darunter verstehen Hünecke et al. (2021) volkswirtschaftliche und regionale Verschiebungen zwischen Wirtschaftszweigen und Branchen, aber auch grundlegende Veränderungen

von Produktionsprozessen beziehungsweise Produkten in den Branchen. Dazu bewerten sie die Auswirkungen ökologischer und ökonomischer Megatrends auf Branchen, wobei sich die Analyse auf sogenannte Hotspotbranchen mit hohem Impact auf die Umwelt konzentriert. Diese sind vorwiegend in der Industrie zu finden. Der Strukturwandel kann ressourcenbezogen, produktionstechnisch bedingt oder produktbezogen erfolgen, wobei der ressourcenbezogene Strukturwandel dominiert. Sehr stark durch die ökologischen und ökonomischen Megatrends von einem Strukturwandel betroffen sind demnach der Fahrzeugbau und die Landwirtschaft. Stark betroffen sind die Energieversorgung, die Chemieindustrie und die Pharmaindustrie. Moderat vom Strukturwandel betroffen sind die Bauwirtschaft, der Maschinenbau, die Lebensmittelverarbeitung, die Forstwirtschaft und die Wasserwirtschaft (Hünecke et al., 2021). Für die Hotspotbranchen, darunter sind auch Branchen, die im baden-württembergischen Mittelstand eine besondere Rolle spielen (siehe Kapitel 3.1), werden die Betroffenheiten durch die ökologischen und ökonomischen Megatrends näher dargestellt (Hünecke et al., 2021):

- Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind der Maschinenbau (3,6 Prozent der abhängig Beschäftigten und 4,9 Prozent des Umsatzes der Unternehmen unter 500 Beschäftigten und mit weniger als 50 Millionen Euro Umsatz) sowie die Lebensmittel- und Ernährungswirtschaft (2,9 Prozent der Beschäftigten und 2,3 Prozent des Umsatzes) direkt relevant für den Mittelstand. Der Fahrzeugbau (0,7 Prozent der abhängig Beschäftigten und 0,8 Prozent des Umsatzes der Unternehmen unter 500 Beschäftigten und mit weniger als 50 Millionen Euro Umsatz), der ebenfalls von vielen Trends massiv betroffen ist, ist dagegen eher indirekt für den Mittelstand relevant, beispielsweise über Wertschöpfungsketten mit den Herstellern von Metallerzeugnissen, die 4,7 Prozent der Beschäftigten und 5,2 Prozent des Umsatzes im Mittelstand stellen. Der Maschinenbau ist von den ökologischen Megatrends direkt weniger betroffen. Indirekt kann er durch Vorprodukte betroffen sein. Gleichzeitig steigern die ökologischen Megatrends den Bedarf an energieeffizienten Technologien in vielen Wirtschaftssektoren, weshalb sich hier dem Maschinenbau Chancen ergeben. Chancen für den Maschinenbau werden auch in der Digitalisierung gesehen, beispielsweise in der Umwelttechnik und in Umweltschutztechnologien, aber auch mit Innovationen aus der Mess- und Regelungstechnik oder Automatisierungsverfahren. Auch bei der Herstellung von Investitionsgütern im Kraftwerksbau, Heizungsbau und der Wassertechnologie werden Chancen durch die Digitalisierung gesehen (Hünecke et al., 2021). Die Lebensmittel- und Ernährungswirtschaft ist direkt und indirekt durch ökologische Megatrends betroffen, wie dem Klimawandel, der Süßwasserverfügbarkeit oder Biodiversität. Zudem können regulatorische Vorgaben zur Reduzierung von Treibhausgasen in der Landwirtschaft zu indirekten Effekten in der Branche führen, wenn durch die Extensivierung der Landwirtschaft oder die Verringerung des Tierbestands sich die Verfügbarkeit von Rohstoffen in der weiterverarbeitenden Industrie einschränkt. Sozioökonomische Megatrend wie die demografische Entwicklung und verändertes Konsumverhalten hin zu mehr gesundheitsfördernden Lebensmitteln bieten Chancen, ebenso die Digitalisierung, die helfen kann, mit Echtzeitinformationen eine ressourcensparende Produktion umzusetzen oder die lückenlose Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln sicherzustellen. Die Globalisierung hat zu einer stärkeren Regulierung der Branchen in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit bei Einführung von neuen Produkten geführt, mit entsprechendem Erfüllungs- und Umstellungsaufwand. Zudem sind der weltweite Wettbewerb und der damit verbundene Kostendruck gestiegen. Auswirkungen hat auch die zunehmende Volatilität auf den Rohstoffmärkten. Weiterhin beklagt die Branche Exporthemmnisse (Hünecke et al., 2021). Der Fahrzeugbau ist von den ökologischen Megatrends vor allem durch Ressourcenknappheiten betroffen sowie durch die regulatorischen Vorgaben zur Begrenzung der Emissionen. Die Globalisierung und die Digitalisierung gelten als wesentliche ökonomische Treiber der Branche. In den Zuliefererunternehmen spielt die Fachkräftesicherung eine große Rolle. Zudem ist die Automobilproduktion durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet, weshalb sie von der Digitalisierung profitieren kann. Innovationszyklen können weiter beschleunigt werden, Produktivitätssteigerungen können realisiert werden. Die Digitalisie-

rung des Produkts ist ebenfalls ein wichtiges Feld. Eingebaute Sensoren können wichtige Informationen erfassen. Um mit den gewonnenen Daten umgehen zu können, ergibt sich bei den Beschäftigten ein Qualifizierungsbedarf, um an den neuen Entwicklungen teilhaben zu können. Vom Erfolg des Fahrzeugbaus wird es abhängen, ob die Zulieferer der Metallerzeugung ausreichende Aufträge erhalten können. Zudem müssen auch die Zulieferer die Digitalisierung in der Produktion vorantreiben (Hünecke et al, 2021).

- Die Bauwirtschaft, die im baden-württembergischen Mittelstand für 8,2 Prozent der abhängig Beschäftigten und 10,2 Prozent des Umsatzes steht, gilt als wenig verletzlich durch die ökologischen Megatrends. Indirekt führen die ökologischen Megatrends bei der Bauwirtschaft eher zu steigenden Aufträgen, beispielsweise durch die energieeffiziente Gebäudesanierung. Regulatorische Eingriffe wie die geringe Ausweisung neuer Siedlungsflächen könnten sich dagegen als hemmend erweisen. Durch die sozioökonomischen Megatrends ergeben sich Chancen aus einer steigenden Wohnraumnachfrage in Gegenden mit wachsender Bevölkerung. Bauen mit Holz könnte an Bedeutung gewinnen. Der Megatrend der Digitalisierung wird hingegen nicht explizit im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft genannt (Hünecke et al, 2021).

Gleichwohl haben Trends wie die Digitalisierung in der Bauwirtschaft ebenfalls an Bedeutung gewonnen, sei es in den Bauprozessen oder in den Bauten selbst, die verstärkt mit Sensoren ausgerüstet werden könnten. So kommt das Building Information Modeling (BIM) in immer mehr Bereichen zum Einsatz. Im Zuge der Digitalisierung der Bauwirtschaft sind zudem in den vergangenen Jahren viele Kompetenzzentren entstanden, die ihren Schwerpunkt auf der Wissensvermittlung haben (RKW, 2019).

Auch in weiteren, für den baden-württembergischen Mittelstand besonders relevanten Bereichen, haben die Megatrends direkte und indirekte Auswirkungen auf die Unternehmen:

- Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz: Im Bereich Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz sind 14,6 Prozent aller abhängig Beschäftigten im Mittelstand tätig. Er erzielt 29,2 Prozent der Umsätze im baden-württembergischen Mittelstand. Dem Handel kommt damit innerhalb des Mittelstands eine hohe Bedeutung zu. Beim Handel wird bei den Megatrends häufig die Digitalisierung von Märkten und Geschäftsmodellen diskutiert. Vor allem der Einzelhandel ist so großen Herausforderungen wie kaum eine andere Branche ausgesetzt, getrieben durch die Internetgiganten aus den USA und China. Das veränderte Kaufverhalten trifft den Einzelhandel. Zugleich bietet die Digitalisierung neue Chancen in neuen Märkten und Geschäftsideen (Heinemann, 2019). Gefördert durch das BMWK gibt es in Regensburg das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Handel, das als bundesweite branchenspezifische Anlaufstelle für kleine und mittlere Unternehmen fungiert. Die Bedeutung der Digitalisierung im Handel ist schon seit längerem absehbar. Bereits im Jahr 2016 wurden in der Studie „Trends im Handel 2025“ digitalaffine Trends wie Omni-Channel, die Digitalisierung der Geschäftsmodelle, Data Analytics, mobile Zahlungssysteme, digitale Prozesssteuerung, digitale Kassensysteme und so weiter aufgezeigt (Atzberger et al., 2016). Vieles davon findet sich auch in der ECC Club Jahresstudie 2020 als aktuelle Trends wieder: So hat die Corona-Pandemie die Kanalverschiebung beschleunigt, sodass Multi-Channel-Händler an Marktbedeutung zunehmen, Onlinemarktplätze, Künstliche Intelligenz und Big Data sind weiter auf dem Vormarsch und bei den Zahlungssystemen hat es coronabedingt eine große Dynamik gegeben. Neu hinzugekommen ist der Nachhaltigkeitstrend, an dem auch die Corona-Pandemie nichts geändert hat (Weinand et al., 2021)
- Immobilien, freie wissenschaftliche und technische Dienstleistungen: Auf diesen Bereich entfallen rund 20 Prozent der Unternehmen im baden-württembergischen Mittelstand, 9,4 Prozent der abhängig Beschäftigten und 12,4 Prozent der Umsätze. Davon entfallen 4,9 Prozentpunkte der Unternehmen, 1,1 Prozentpunkte der abhängig Beschäftigten und 2,9 Prozentpunkte der Umsätze auf die Immobilien, während der Großteil zu den freien wissenschaftlichen und technischen

Dienstleistungen zählt. Viele dieser Dienstleistungen gehören zu den industrienahen Dienstleistungen. In einem industriell geprägten Land wie Baden-Württemberg gibt es zahlreiche Verbindungen zwischen der eher großbetrieblich strukturierten Industrie und den häufig mittelständischen Dienstleistern.

- ▶ Indirekt sind die mittelständischen Dienstleister in Baden-Württemberg auch von den Auswirkungen der Megatrends im Verarbeitenden Gewerbe (siehe oben) betroffen. Dies liegt an den intensiven Verflechtungen zwischen der Industrie und dem Dienstleistungssektor im sogenannten Industrie-Dienstleistungsverbund. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Dienstleistungssektors haben, aber auch umgekehrt dürften die Dienstleistungen einen erheblichen Einfluss auf das Verarbeitende Gewerbe haben. Angesichts der hohen Bedeutung der Industrie für den Wohlstand in Baden-Württemberg wäre es falsch, den Blick einzig auf die Industrie zu lenken. Vielmehr sollten Industrie und Dienstleistungen aufgrund ihrer starken Verbundenheit für eine erfolgreiche Zukunft zusammen gedacht werden. Für die Politik bedeutet dies, dass in vielen wirtschaftspolitischen Fragen eine reine Branchenbetrachtung zu kurz greift. Industrie- und Dienstleistungspolitik sollten nicht getrennt, sondern zusammen entwickelt werden, wobei letztere sich stärker an den Mittelstand richtet. Eine reine Industriepolitik zur Stärkung der Industrie greift zu kurz und vernachlässigt die Impulse, die von einer Stärkung der stark mittelständisch geprägten Dienstleistungswirtschaft für die Industrie ausgehen können (Lang/Lichtblau, 2020).

Die Branchen des baden-württembergischen Mittelstands können sich aufgrund der Trends unterschiedlich entwickeln, wenn in einem Bereich besondere Unterstützung angeboten, andere Bereiche aber sich stärker selbst überlassen würden. Welche Gesamteffekte ergeben sich daraus für den Mittelstand? Was würde es bewirken, wenn es beispielsweise gelingen würde, durch geeignete Maßnahmen den Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe um 5 Prozent zu steigern, während gleichzeitig der Handel unter Druck gerät und einen 5-prozentigen Umsatzrückgang verzeichnen würde? Anhand der Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister zeigt sich, dass eine solche Entwicklung im mittelständischen Verarbeitenden Gewerbe mit einem Umsatzplus von 4,5 Milliarden Euro einhergeht. Dem würde im Bereich Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz ein Umsatzrückgang von 5,2 Milliarden Euro gegenüberstehen. Unterm Strich würde somit der Gesamtumsatz des Mittelstands um 671 Millionen Euro zurückgehen. Anhand dieses Beispiels lässt sich zeigen, dass der Fokus des Masterplans Mittelstands nicht zu eng gezogen werden sollte. Eine ausschließliche Konzentration auf vermeintliche Chancen, ohne möglichen Risiken wirksam zu begegnen, könnte die erreichten Erfolge zunichtemachen.

5.3 Wichtige Trends für den Mittelstand in Baden-Württemberg

Viele der oben aufgezeigten, wirtschaftlich relevanten (Mega-)Trends lassen sich auf vier Disruptionen verdichten, wie sie in der Studie von Demary et al. (2021) aufgezeigt wurden. So können die Trends der digitalen Transformation sowie Teile der Trends Business Ökosysteme, ausdifferenzierte Lebenswelten und veränderte Arbeitswelten zum Trend Digitalisierung zusammengefasst werden. Die Anthropogene Umweltbelastung und Teile des Trends ausdifferenzierter Lebenswelten können unter der Dekarbonisierung beschrieben werden. Die Trends demografischer Wandel sowie Teile der Trends Urbanisierung und veränderte Arbeitswelten lassen sich unter dem Trend Demografie zusammenfassen. Die Trends neue politische Welt(un)ordnung und Teile der Trends gesellschaftliche Disparitäten und volatile Ökonomie sind unter dem Trend der Globalisierung im Wandel zu fassen.

Die Bedeutung der Trends für Unternehmen haben Demary et al. (2021) im Rahmen des IW-Zukunftspanels (November und Dezember 2020) ermittelt, einer Befragung von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und der Sektoren Versorgung, Bau, Logistik/Großhandel und unternehmensnahe Dienstleistungen. Aus den Antworten von über 400 erfolgreichen Unternehmen mit positiver Rendite und Mitarbeiterentwicklung geht hervor, dass in 73,5 Prozent dieser Unternehmen die Digitalisierung einen sehr oder eher großen Stellenwert in den kommenden 5 Jahren aufweist. Für 78,9 Prozent weist die Fachkräftesicherung und für 40,9 Prozent die Energiewende eine hohe oder eher hohe Bedeutung auf. Der Protektionismus beziehungsweise die Konkurrenz zu China weist dagegen nur für 17,7 beziehungsweise 12,1 Prozent der erfolgreichen Unternehmen eine hohe oder eher Bedeutung auf (Demary et al., 2021). Hinsichtlich der Globalisierung wiederholt sich damit das obige Bild, wonach vor allem größere Mittelständler international tätig sind (siehe Kapitel 3). Die Besonderheit dieser Trends liegt darin, dass sie nicht unabhängig voneinander wirken, weshalb sie auch nicht separat bearbeitet werden können. Vielmehr bestehen Abhängigkeiten und Zusammenhänge, die Spannungen, Konflikte und Verstärkungen hervorrufen können (Demary et al., 2021). Gleichwohl werden die Trends im Folgenden zunächst einzeln vorgestellt, wobei auf erste Abhängigkeit hingewiesen wird.

5.3.1 Digitalisierung

Definition

Die Erwartungen an die Digitalisierung, neue Wertschöpfung zu generieren und vorhandene zu erhalten sind hoch, denn das Themenfeld „Digitalisierung“ kann in unterschiedlichen Geschäfts- und Arbeitsprozessen zu neuen Organisationsprozessen und unternehmerischen Geschäftsmodellen führen. Blockchain-Technologien, IOT-Anwendungen oder eine Digitalisierung der Customer Journey verbindet, dass digitale Daten und algorithmische Systeme zum Produktionsfaktor beziehungsweise zu Bestandteilen neuer oder verbesserter Prozesse und Produkte reichen. Trotz der hohen Bandbreite an Anwendungsmöglichkeiten ist allen Digitallösungen gemein, dass Produkte und Prozesse durch das (automatisierte) Teilen von Daten und der plattformbasierten Organisation und Steuerung von Wertschöpfungsketten vernetzt und virtualisiert werden. Durch diese Kombination können nicht nur bestehende Prozesse effizienter gestaltet werden, sondern sich auch neue digitale Geschäftsmodelle ergeben (Büchel et al., 2021).

Chancen und Herausforderungen für Baden-Württemberg

Der Stand der Digitalisierung von Unternehmen differenziert sich nach Unternehmensgröße und Branche. Nichtsdestoweniger zeigen Befragungsergebnisse auch, dass unabhängig der Größe die Digitalisierung für alle Unternehmen ein wichtiges Handlungsfeld darstellt.

Über 90 Prozent der Unternehmen ab 250 Beschäftigte in Deutschland schätzten im Jahr 2020 den Stellenwert der Digitalisierung in fünf Jahren mit „sehr oder eher hoch“ ein. Bei den Unternehmen mit 1 bis 49 Beschäftigten ist dieser Anteil mit 64,2 Prozent deutlich geringer ausgefallen, von den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten sind es dagegen über 80 Prozent (Demary et al., 2021). Differenziert nach Branchen haben in der gleichen Befragung 79 Prozent der unternehmensnahen Dienstleister angegeben, die Bedeutung der Digitalisierung sei für das Unternehmen in den nächsten fünf Jahren „sehr oder eher hoch“. Auch im Bereich Großhandel/Logistik geben dies mit 68 Prozent überdurchschnittlich viele Unternehmen an. Es folgen die Bauwirtschaft (60 Prozent) und der Bereich Maschinenbau/Elektroindustrie/Fahrzeugbau (58 Prozent). Den geringsten Wert weisen die Branchen Chemie/Pharma/Gummi und Kunststoff (48 Prozent) auf (Demary et al., 2021).

Mit dem von der IW Consult, IW Köln, ZEW Mannheim und dem FIR Aachen im Auftrag des BMWi entwickelten Digitalisierungsindex kann anhand von 37 Indikatoren¹ der Digitalisierungsgrad einzelner Unternehmen und Regionen aufgezeigt werden (Büchel et al., 2021). Es liegen zwar keine gesonderten Angaben für Baden-Württemberg vor, gleichwohl zeigen die Ergebnisse für die Bundeslandgruppe Süd (Baden-Württemberg und Bayern), nach Branchengruppe (deutschlandweit) sowie nach Unternehmensgröße (deutschlandweit) Strukturunterschiede, sodass Handlungserfordernisse erkannt werden können.

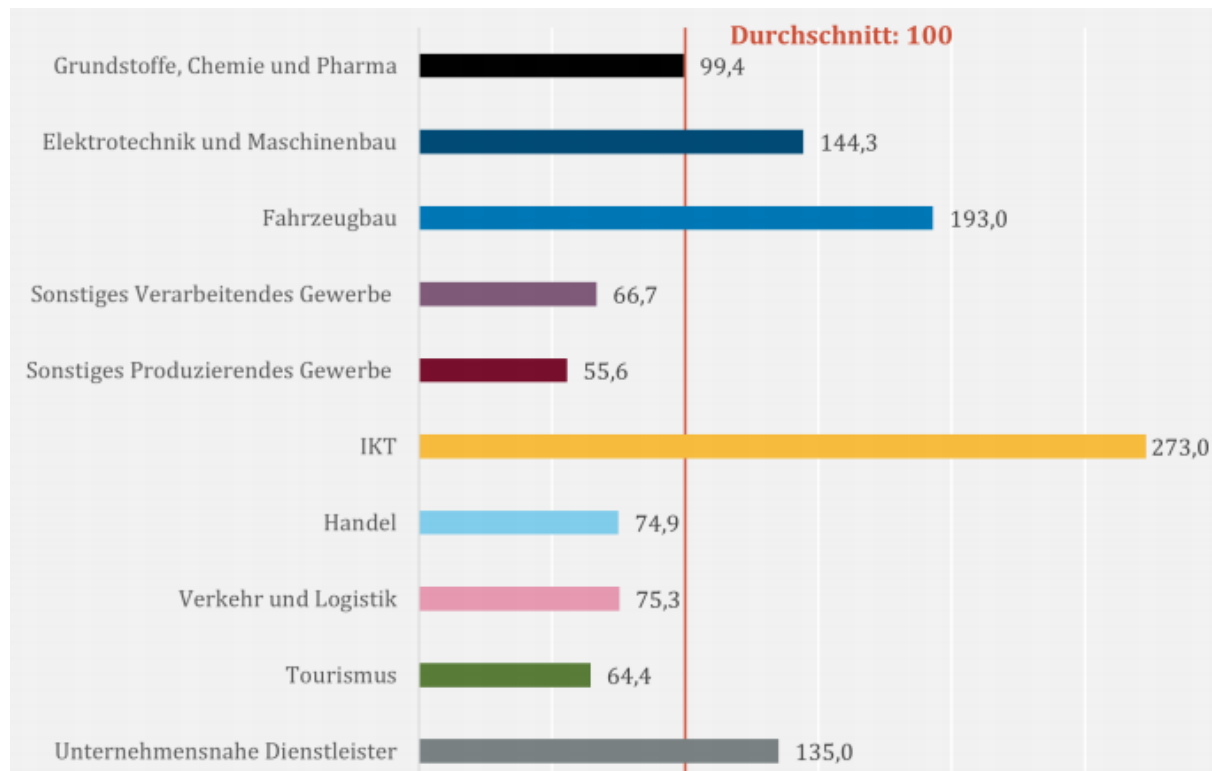
Differenziert nach Unternehmensgröße zeigt sich ein klares Größengefälle: Bezogen auf den Gesamtdurchschnitt (=100) erreichen Unternehmen mit 1 bis 49 Beschäftigten einen Wert von 88,9, die Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten einen Wert von 125,9 und die Unternehmen ab 250 Beschäftigten einen Wert von 199,9. Die Großunternehmen schneiden in allen Kategorien – mit Ausnahme der Produkte – überdurchschnittlich ab. Bei den Prozessen wird darauf verwiesen, dass aufgrund der Größe der Einsatz digitaler Anwendungen lohnender ist (Büchel et al., 2021). Auch andere Quellen zeigen ähnliche Unterschiede bei der Digitalisierung nach Unternehmensgröße. So haben im Jahr 2020 bei einer KfW-Befragung zur Digitalisierung über 94 Prozent der Unternehmen ab 50 Millionen Euro Umsatz angegeben, bis 2022 konkrete Digitalisierungsprojekte zu planen. In der Gesamtwirtschaft war dies nur bei 61 Prozent der Unternehmen der Fall, da vor allem kleinere Unternehmen seltener Digitalisierungsvorhaben geplant haben. Knapp 60 Prozent der Unternehmen mit Umsätzen zwischen einer und zehn Millionen Euro Umsatz haben konkrete Digitalisierungsvorhaben geplant, von den Unternehmen bis eine Million Euro Umsatz nur knapp 40 Prozent. Von den mittleren Unternehmen mit 10 bis unter 50 Millionen Euro Umsatz haben über 80 Prozent konkrete Digitalisierungspläne. Während bei den Unternehmen ab zehn Millionen Euro Umsatz der Unternehmensanteil mit Digitalisierungsplänen kontinuierlich gestiegen ist, ist innerhalb der Unternehmen mit unter zehn Millionen Euro Umsatz ein leichter Rückgang der Anteile erkennbar (Zimmermann, 2020). Aufgrund dieser strukturellen Unterschiede nach Unternehmensgröße im baden-württembergischen Mittelstand droht eine Spaltung in eher größere, stark digitalisierte Betriebe und eine große Masse meist kleinerer, kaum digitalisierter Unternehmen (Zimmermann, 2022).

Differenziert nach Branchen sticht die IKT-Branche mit 273 Indexpunkten und damit einer überdurchschnittlichen Digitalisierung deutlich hervor. Ebenfalls überdurchschnittliche Digitalisierungswerte weisen der Fahrzeugbau (193 Indexpunkte), die Bereiche Elektrotechnik und Maschinenbau (144 Indexpunkte) und die unternehmensnahen Dienstleister (135 Indexpunkte) auf. Deutlich unterdurchschnittlich schneiden die Branchen Verkehr und Logistik (75 Indexpunkte), Handel (75 Indexpunkte), Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe (67 Indexpunkte), Tourismus (64 Indexpunkte) sowie Sonstiges Produzierendes Gewerbe (56 Indexpunkte) ab (Abbildung 5-1).

¹ Der Digitalisierungsindex umfasst unternehmensinterne (Prozesse, Produkte, Geschäftsmodelle, Qualifizierung, Forschungs- und Innovationsaktivitäten) und unternehmensexterne Indikatoren (Technische Infrastruktur, Administrativ-rechtliche Rahmenbedingungen, Gesellschaft, Humankapital, Innovationslandschaft).

Abbildung 5-1: Ergebnisse des Digitalisierungsindex 2020 nach Branchen

In Indexpunkten, gewichteter Durchschnitt der Branchen = 100

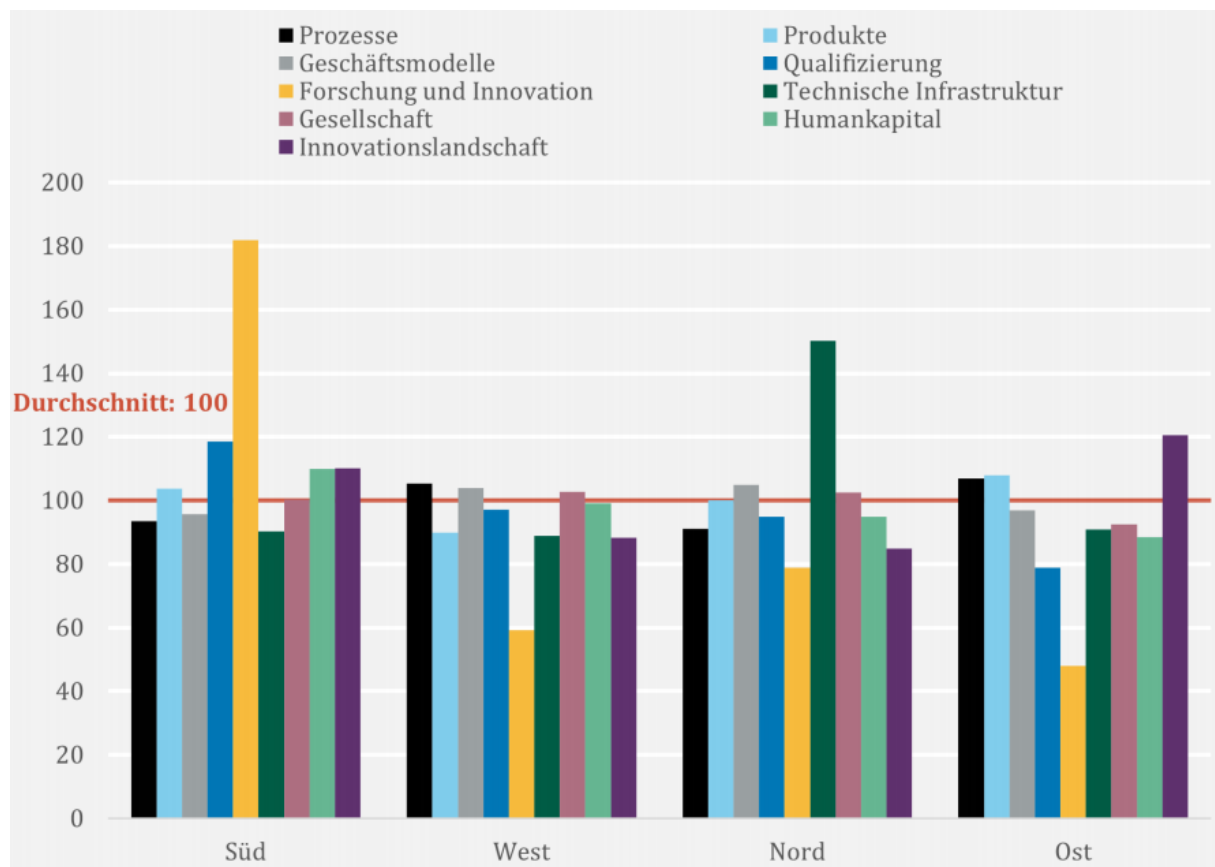


Quelle: Büchel et al. (2021)

Differenziert nach Bundesländergruppen zeigt sich im Süden (Baden-Württemberg und Bayern) eine überdurchschnittliche Digitalisierung. Die Ländergruppe Süd erreicht 110,5 Indexpunkte und damit deutlich mehr als beispielsweise die Ländergruppe West (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland) mit 93,6 Indexpunkten. Stärken weist die Ländergruppe Süd vor allem bei Forschung und Innovation und der Qualifizierung auf, aber auch beim Humankapital und der Innovationslandschaft. Schwächen finden sich am ehesten in den Bereichen Prozessen, Geschäftsmodellen und technische Infrastruktur (Abbildung 5-2).

Abbildung 5-2: Ergebnisse des Digitalisierungsindex 2020 nach Kategorien und Bundeslandgruppen

In Indexpunkten, gewichteter Durchschnitt der Bundeslandgruppen = 100



Quelle: Büchel et al. (2021)

Die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für Baden-Württemberg sind im Rahmen der Digitalisierungsstrategie digital@bw bereits zwei Mal intensiv beleuchtet worden (Bertschek et al., 2017; Andres et al., 2021). Die Digitalisierungsstrategie treibt das Thema als Querschnittsaufgabe über alle Ressorts hinweg und unter Einbeziehung von Stakeholdern aus Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft voran.

In Baden-Württemberg ist laut Metastudie die IKT-Branche am stärksten digitalisiert, während das Handwerk eher weniger digitalisiert ist. Zusätzliche Handlungsbedarfe werden in den Themen Bildung und Weiterbildung, E-Government/digitale Kommune, Gesundheitswesen/Medizin, Mobilität sowie Wirtschaft und als Querschnittsthemen Forschung, Entwicklung und Innovation, Digitale Infrastruktur inkl. Mobilfunknetz, Digitalisierung als Chance für Nachhaltigkeit und Energiewende sowie Cybersicherheit erkannt und untersucht.

Technologieseitig werden Big Data, Künstliche Intelligenz (KI), Cloud Computing und Edge Computing sowie Blockchain eine immer höhere Bedeutung attestiert (Andres et al., 2021). Beim Thema Wirtschaft hat Baden-Württemberg seinen zunächst bestehenden Fokus auf die Industrie und insbesondere auf den Maschinenbau und die Automobilbranche in den vergangenen Jahren geweitet, da insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Unterstützung bei der Digitalisierung bedürfen. Im Kern geht es dabei um den Anschluss an neue Entwicklungen, beispielsweise auf Innovationsfeldern

wie „Smart Services“ oder „Big Data“, wo Großunternehmen bisher mehr Anwendungsmöglichkeiten sehen als KMU (Andres et al., 2021).

Bei der digitalen Infrastruktur werden in Baden-Württemberg trotz Fortschritten Aufholbedarfe bei höheren Bandbreiten (≥ 50 Mbit/s) und Gigabit-Anschlüssen in ländlichen Raum gesehen, dem Standort vieler mittelständischen Unternehmen (Andres et al., 2021). Eine Chance für die Digitalisierung des Mittelstandes stellt eine Intensivierung der ressortübergreifenden Koordination dar, da die digitale Transformation sehr komplex und vielschichtig ist und deshalb die Gefahr einer Fragmentierung von Maßnahmen besteht. Eng damit verbunden ist auch die nationale sowie europäische Anschlussfähigkeit der Maßnahmen. Eine regelmäßige Evaluierung des Erfolges einzelner Maßnahmen kann Anpassungen oder Nachsteuerungen erleichtern. Zudem wird darauf verwiesen, dass die Digitalisierung ein kontinuierlicher Prozess mit ständigen Veränderungen der Technologien sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist, weshalb kontinuierliche Anpassungen und gegebenenfalls Neuausrichtungen der Politik unabdingbar sind (Andres et al., 2021).

Maßnahmen, Strategien, Lösungen

Die Konjunkturertrübung im Jahr 2019 hat zu einer Drosselung der Digitalisierungsaktivitäten im Mittelstand geführt. Im Zuge der Corona-Pandemie haben die Digitalisierungsaktivitäten allerdings einen Schub bekommen. Trotz des allgemein höheren Digitalisierungsgrades von Unternehmen in Baden-Württemberg im Vergleich zu übrigen Regionen in Deutschland ist davon auszugehen, dass strukturelle Unterschiede bei der Digitalisierung nach Unternehmensgröße und Branche auch in Baden-Württemberg persistent sind. Um den Mittelstand bei der Digitalisierung voranzubringen, sind verschiedene Punkte zu adressieren:

- ▶ Investitionsanreize setzen und Rahmenbedingungen verbessern. Um die Digitalisierungspotenziale insbesondere kleinerer Unternehmen besser zu nutzen, sollten Investitionsanreize gesetzt und die Rahmenbedingungen verbessert werden. Bei der Förderung werden Kredite, Zuschüsse und steuerliche Förderung vorgeschlagen, um die Digitalisierung bei der Masse der Nachzügler voranzutreiben. Bei den Rahmenbedingungen wird auf eine verbesserte Verbreitung von Know-how, eine bessere digitale Infrastruktur sowie dem Abbau von Hemmnissen beim Datenschutz und der Datensicherheit abgestellt (Zimmermann, 2021).
- ▶ Datenschutzrechtliche und datenrechtliche Hemmnisse abbauen. Ein wichtiges Hemmnis für Unternehmen in der Umsetzung digitaler Prozesse liegt in der IT-Sicherheit (BMW, 2018; Zimmermann, 2019). Ähnliches zeigt sich in einer IW-Befragung von 500 vorwiegend mittelständischen Unternehmen, die als größte Hemmfaktoren für die Datennutzung in Unternehmen die Sorge vor unautorisierten Zugriffen Dritter auf die Daten, datenschutzrechtliche Grauzonen und Unklarheiten bezüglich der Nutzungsrechte an den Daten angegeben haben (Röhl et al., 2021).
- ▶ Vorteile datengetriebener Geschäftsmodelle kommunizieren. Nicht digitalisierten Unternehmen sind die Vorteile und Mehrwerte datengetriebener Geschäftsmodelle wenig bekannt (Röhl et al., 2021). Damit einher geht, dass der Nutzen für viele Unternehmen unklar ist (53,3 Prozent), ihnen Fachexperten fehlen (52,5 Prozent) und rechtlichen Unsicherheiten (42,3 Prozent) den Einstieg erschweren (Demary et al., 2021).
- ▶ In Infrastruktur investieren. Leistungsstarke Digitalinfrastrukturen sind die Grundlage eines jeglichen Digitalisierungsprojektes. Insbesondere um ländlich-periphere Räume zu stärken, muss der Glasfaserausbau landesweit intensiviert werden.
- ▶ Fachexperten ausbilden. Ob in der dualen Berufsausbildung, in Form von Kompetenz stärkenden Weiterbildungen oder im Studium – die Unternehmen müssen in der Lage sein auf notwendiges Fachwissen und Know-how im Bereich der Digitalisierung zurückgreifen können. Eine kontinuierliche Überarbeitung dualer Ausbildungspläne, Weiterbildungen von betrieblichen Ausbildern und

Berufsschullehrern sowie die Integration von IT-Kenntnissen in allen hochschulbasierten Ausbildungen können aus unterschiedlichen Richtungen dazu beitragen, die Fachkräfte- und Kompetenzlücke zu schließen.

5.3.2 Dekarbonisierung

Definition

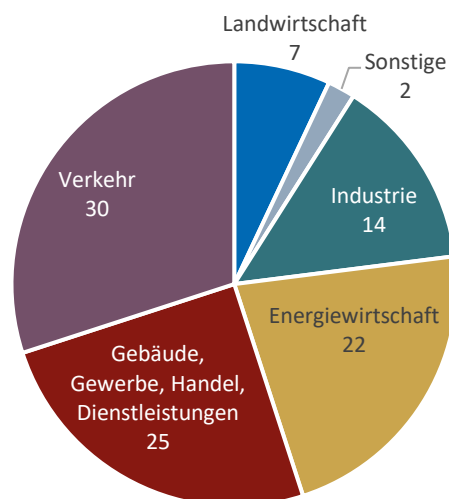
Die durch Menschen verursachte Erderwärmung geht in vielen Lebensbereichen und mit erheblichen Kosten einher. Auch Deutschland ist für die Folgen des Klimawandels verletzlich. Die Lösung liegt in der Reduzierung des Treibhausgasausstoßes, insbesondere von Kohlenstoffdioxid (CO₂). Dieser Stoff wird insbesondere bei der Verbrennung fossiler Energieträger erzeugt.

Die EU hat das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2050 CO₂-neutral sein zu wollen. Deutschland geht noch weiter: Im Juni 2021 wurde das novellierte Klimaschutzgesetz verabschiedet, das CO₂-Neutralität bis 2045 vorsieht. Eine wichtige Zielmarke für die Dekarbonisierung ist das Jahr 2030: Zu diesem Zeitpunkt sollen die deutschlandweiten Treibhausgasemissionen um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Das gleiche Ziel strebt auch das Land Baden-Württemberg an, möchte Klimaneutralität allerdings bereits im Jahr 2040 erreicht haben (§4 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg).

Klimaneutralität lässt sich nur erreichen, wenn fossile Energieträger komplett durch emissionsfreie Quellen substituiert werden. Dies setzt eine umfassende Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft voraus, die mit enormen Investitionen verbunden ist. So rechnet BCG (2021) deutschlandweit in der Energiewirtschaft für den Zeitraum 2021 bis 2030 mit einem Investitionsbedarf von 415 Milliarden Euro, auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Abbildung 5-3: Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg nach Sektoren im Jahr 2020

Schätzung; Anteile in Prozent



Quelle: Kampffmeyer (2022)

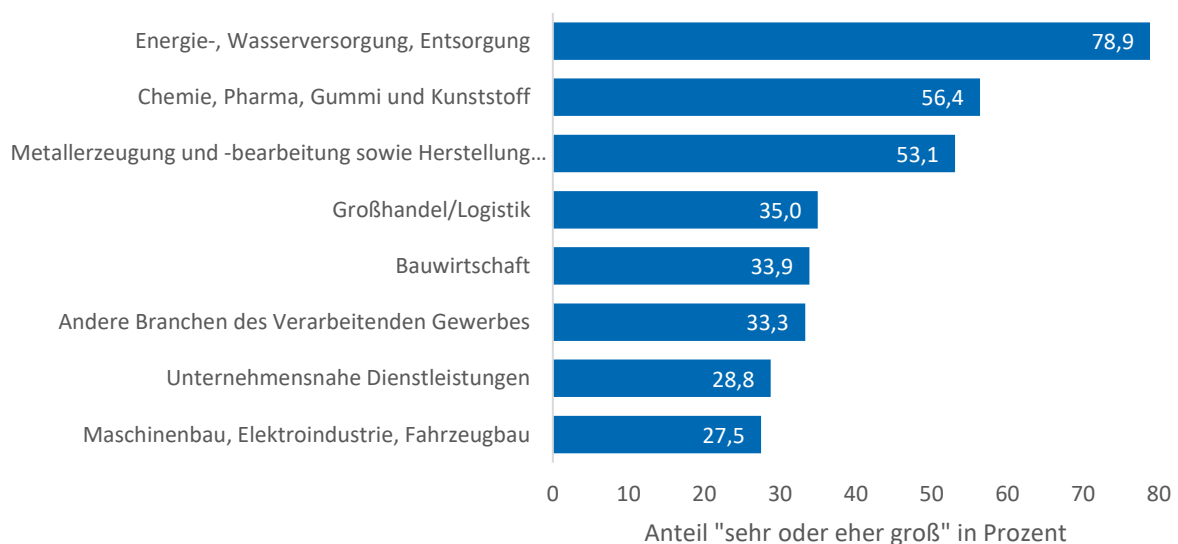
Chancen und Herausforderungen für Baden-Württemberg

Um zielorientiert Maßnahmen zu entwickeln, ist es zentral zu verstehen, wie intensiv welche industriellen und gesellschaftlichen Bereiche zu den Treibhausgasemissionen beitragen und in welchen Branchen die wirksamsten Einsparpotenziale bestehen. In Baden-Württemberg wird der höchste Ausstoß vom Verkehrssektor verursacht, gefolgt vom Sektor Gebäude/GHD (insbesondere Raumwärme) und Strom-/Wärmeerzeugung (Abbildung 5-3).

Der Verkehrsbereich umfasst sowohl die private Mobilität als auch den gewerblichen Verkehr, weshalb sich hier auch für den Mittelstand umfangreiche Einsparpotenziale ergeben. Dies geht über die reine inner- und intrabetriebliche Logistik hinaus und wird vor allem automobilauffine Wertschöpfungsketten betreffen. Mit der Dekarbonisierung von Industrie, Gebäuden und Verkehr sieht sich die Energiewirtschaft mit immensen Herausforderungen bei der Beschaffung und Bereitstellung grünen Stroms konfrontiert. Demnach ist es wenig überraschend, dass in den Bereichen der Energie/Wasserversorgung/Entsorgung vier Fünftel der Unternehmen der Energiewende eine hohe Bedeutung beimessen (Abbildung 5-4). Die Hersteller von Metallerzeugnissen, die innerhalb des baden-württembergischen Mittelstands im Verarbeitenden Gewerbe eine große Rolle spielen, sind zu über der Hälfte betroffen.

Abbildung 5-4: Bedeutung der Energiewende für die Unternehmen

Anteile in Prozent

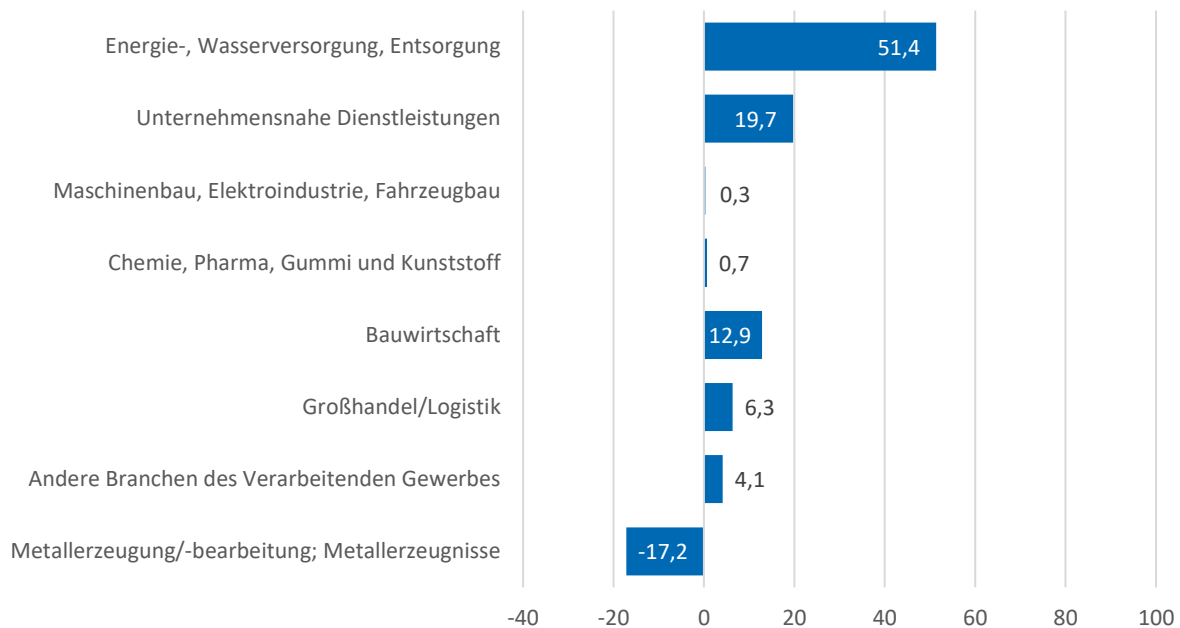


Quelle: Demary et al. (2021)

Die Bewertung des Green Deals als Chance oder Risiko fällt je nach Branche sehr unterschiedlich aus (Abbildung 5-5). Während vor allem die Energiewirtschaft, aber auch die unternehmensnahen Dienstleister und die Bauwirtschaft überwiegend positiv auf den Green Deal blicken, sehen vor allem Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen überwiegend nachteilige Wirkungen. Da innerhalb der Industrie der Mittelstand vor allem bei den Herstellern von Metallerzeugnissen ausgeprägt ist, sollte geprüft werden, wie diese Gruppe dennoch von der Dekarbonisierung profitieren kann.

Abbildung 5-5: Auswirkungen des Green Deals nach Branchengruppe

Saldo aus positiven und negativen Bewertungen in Prozentpunkten



Quelle: Demary et al. (2021)

Um die Klimaschutzziele in Baden-Württemberg zu erreichen, sind im Unternehmenssektor trotz wirtschaftlichem Wachstums weitere CO₂-Einsparpotenziale zu realisieren. Ein zentrales Handlungsfeld für Klimaschutzmaßnahmen in Unternehmen ist dabei die Ressourceneffizienz (Energie- und Materialeffizienz) sowie die Nutzung erneuerbarer Energien (Schmidt et al., 2017).

Maßnahmen, Strategien, Lösungen

Um auf den vorhandenen Wettbewerbsvorteilen aufzubauen und die Chancen zu nutzen, kann die Dekarbonisierung im Mittelstand folgendermaßen unterstützt werden:

- ▶ Das Angebot an beziehungsweise die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien muss erhöht werden. Grünstrom ist die Grundlage für die Erreichung der Landes- und Sektorenziele. Um ressourceneffizient und schonend die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, wird es stärker darauf ankommen sowohl landesweit als auch regional/lokal einen sinnvollen Energiemix zu entwickeln, als sich auf einen Primärenergieträger (z.B. Windkraftanlagen) zu fokussieren. Energielösungen müssen im Lokalen in Abstimmung mit relevanten Akteuren gefunden werden.
- ▶ Incentives schaffen, um neue Energieträger zu nutzen. Die Umstellung auf neue Energieträger (z. B. grünen Wasserstoff) ist mit hohen Anschaffungskosten und Investitionen verbunden. Profitabilität und Kostenvorteile müssen politisch vorangetrieben werden, damit betriebliche Entscheidungsprozesse erleichtert und notwendige energetische/technologische Umstellungsprozesse zügig auf den Weg gebracht werden.
- ▶ Die günstigste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Die Erhöhung der Energieeffizienz muss daher ebenfalls ein zentrales Anliegen staatlicher Förderung sein.
- ▶ Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie zusammen denken. Die in Kapitel 5.3 beschriebenen Herausforderungen hängen eng zusammen. Die Unternehmen benötigen zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien sehr häufig IT-Experten, was die enge Verbindung zur Digitalisierung aufzeigt. Die Digitalisierungsexperten werden noch häufiger benötigt als Ingenieure oder

sonstige MINT-Experten. Gleichzeitig besteht gerade bei den Digitalisierungsexperten eine erhebliche Fachkräftelücke. Damit kann sich die Demografie als wesentliches Hemmnis bei der Dekarbonisierung erweisen (Demary et al., 2021b)

5.3.3 Demografie

Definition

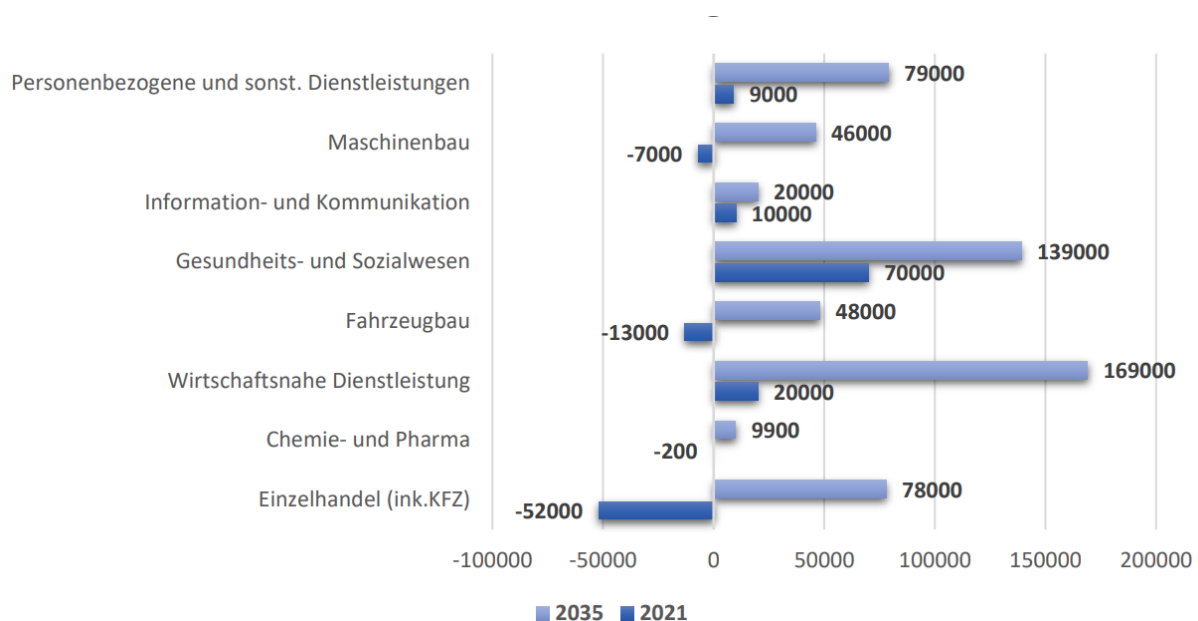
Die Demografie beschreibt unter anderem die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung. Diese steht vor einem erheblichen Wandel mit Folgen für den Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt war bereits in der Vergangenheit und ist in naher Zukunft stark durch die geburtenstarken Jahrgänge geprägt, die sogenannten Babyboomer. War in den letzten Dekaden des 20. Jahrhundert der Eintritt der Babyboomer in den Arbeitsmarkt zu bewältigen, gehen sie nun in den Jahren 2025 bis 2035 in den Ruhestand. Da deutlich weniger junge Menschen nachkommen, wird das Fachkräfteangebot in den kommenden Jahren erheblich zurückgehen. Damit dieser Rückgang nicht zu einem Rückgang des Wachstums führt, muss in Zukunft die Arbeitsproduktivität steigen (Demary et al., 2021; MGI, 2015).

Chancen und Herausforderungen für Baden-Württemberg

Für Baden-Württemberg zeigt der IHK-Fachkräftemonitor das Ausmaß des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt. Aus diesem geht hervor, dass erstens die Belegschaften deutlich älter werden. Das Durchschnittsalter wird von 45,2 Jahren im Jahr 2021 auf 49,0 Jahre im Jahr 2035 steigen. Zweitens sinkt das Fachkräftepotenzial durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge enorm. Im Jahr 2035 werden in Baden-Württemberg 863.000 Fachkräfte fehlen (BWIHK, 2022). Davon sind alle Branchen betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße (Abbildung 5-6). Daher ist davon auszugehen, dass der baden-württembergische Mittelstand in seiner Breite vor erheblichen Herausforderungen steht.

Abbildung 5-6: Fachkräfteengpässe in Baden-Württemberg nach Branchen

Berufs- und akademisch qualifizierte Fachkräfteengpässe (+)

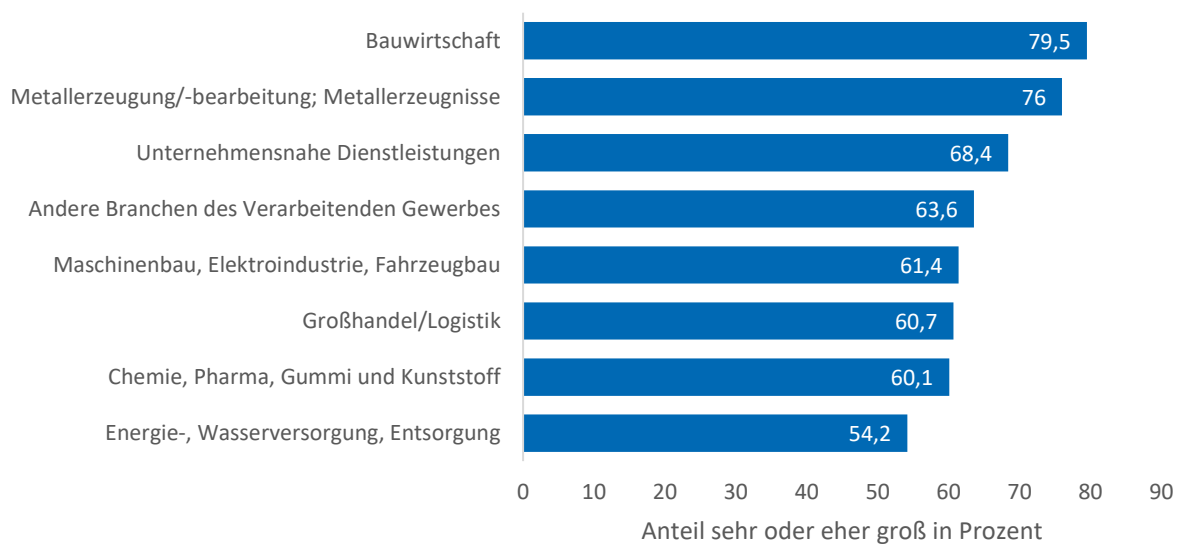


Quelle: (BWIHK, 2022)

Die Betroffenheit von Fachkräfteengpässen geht mit einer hohen Bedeutung der Fachkräftesicherung einher. Im IW-Zukunftspanel haben im Jahr 2020 insgesamt 67,8 Prozent der Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen angegeben, die Fachkräftesicherung habe in den nächsten fünf Jahren eine sehr oder eher hohe Bedeutung. Von den Unternehmen mit 1 bis 49 Beschäftigten haben dies 66,5 Prozent, von den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten 88,3 Prozent und von den Unternehmen ab 250 Beschäftigten 89,3 Prozent angegeben. Damit spielt das Thema Fachkräftesicherung im Mittelstand eine erhebliche Rolle (Demary et al., 2021). Differenziert nach Branchen zeigen sich dabei Unterschiede: Während in der Bauwirtschaft, die stark mittelständische geprägt ist, 79,5 Prozent der Unternehmen der Fachkräftesicherung eine sehr oder eher hohe Bedeutung bis zum Jahr 2025 zuschreiben, sind es in der Energie-/Wasserversorgung und Entsorgung 54,2 Prozent (Abbildung 5-7).

Abbildung 5-7: Bedeutung der Fachkräftesicherung aus Unternehmenssicht nach Branchen

Anteil in Prozent



Quelle: Demary et al. (2021)

Maßnahmen, Strategien, Lösungen

Um den demografischen Herausforderungen zu begegnen und die Risiken zu vermeiden, sind auf politischer und betrieblicher Ebene im Wesentlichen folgende Strategien möglich:

- ▶ Unternehmen bei strategischer Personalarbeit unterstützen. Als eine Herausforderung bei der Fachkräftegewinnung und -sicherung erweist sich für kleine und mittlere Unternehmen die strategische Personalarbeit. Obwohl rund 70 Prozent der KMU auch schon vor der Corona-Pandemie Probleme hatten, Fachkräfte zu rekrutieren, weist nur rund jedes dritte Unternehmen eine strategische Personalarbeit und nur rund 44 Prozent eine Nachfolgeplanung auf. Als Hemmnisse gelten dabei fehlendes Know-how und fehlende finanzielle Mittel (Koneberg et al., 2021).
- ▶ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Steuerliche Anreize oder günstige betriebliche Rahmenbedingungen erleichtern die Familiengründung und aktivieren das Erwerbspotenzial insbesondere von Frauen.
- ▶ Die Beschäftigung älterer Erwerbspersonen verlängern. Betriebliches Gesundheitsmanagement sowie durch Unterstützung digitaler Lösungen können die Periode der Erwerbstätigkeit ausdehnen.

- ▶ **Arbeitsproduktivität erhöhen.** Die Steigerung der Arbeitsproduktivität gilt als ein wichtiger Schlüssel, um trotz sinkenden Fachkräftepotenzials den Wohlstand zu sichern. Dies erfordert in erster Linie Innovationen. Die sogenannten MINT-Qualifikationen, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, gelten dabei als besonders wichtig für die Innovationskraft. MINT-Fachkräfte werden dabei gleichermaßen mit Berufs- und Hochschulausbildung benötigt. Besonders ausgeprägt ist der Anteil von MINT-Beschäftigten dabei in den Forschungsabteilungen, wo rund 83 Prozent der Beschäftigten eine MINT-Qualifikation aufweisen (Demary et al., 2021). Fehlen Fachkräfte, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen. Der Fachkräftemangel gilt als wichtiges Innovationshemmnis. Daten des Community Innovation Survey (CIS) für Deutschland aus den Jahren 2017 bis 2019 zeigen, dass Unternehmen mit Innovationsaktivitäten deutlich häufiger vom Fachkräftemangel betroffen sind als alle Unternehmen. Gleichzeitig verhindert der Fachkräftemangel Innovationsvorhaben. Dieser Zusammenhang ist beim Mangel an Fachkräften mit Berufsausbildung noch stärker ausgeprägt als bei einem Mangel an Akademikern (Horbach/Rammer, 2020).
- ▶ **Zuwanderung stärken.** Attraktive Lebensbedingungen und eine hohe Lebensqualität versetzen die Unternehmen in eine günstige Ausgangsposition, um überregional und international Fachkräfte für sich zu gewinnen. Neben attraktiven Rahmenbedingungen muss die Zuwanderung von Fachkräften vereinfacht werden. In diesem Prozess kann die Politik in Form von Welcome Centern Unternehmen gezielt unterstützen, indem Kontakte zu Facharbeitern im Ausland hergestellt werden oder die Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfacht wird.

5.3.4 Globalisierung im Wandel

Definition

Die bislang bekannte zunehmende Integration einzelner Volkswirtschaften in ein globales Wirtschaftssystem verändert sich. Statt einer engeren Verzahnung von Volkswirtschaften erleben wir mehr Protektionismus. Dieser führt zur Zunahme der weltweiten Handelsbarrieren. Die verschärften politischen Rivalitäten könnten sogar zur Blockbildung führen, wie oben in Kapitel 5.1 aufgezeigt wurde. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf den globalen Handel. Aber auch ohne Blockbildung bestehen Herausforderungen, seien es Abkopplungstendenzen durch die Produktionsverlagerung oder durch das technologische Aufholen durch Konkurrenten, was das deutsche Erfolgsmodell und die hiesige Exportwirtschaft unter Druck setzt (Demary et al., 2021; Matthes, 2021). Die Exporte, lange Zeit Treiber des wirtschaftlichen Wachstums, haben an Dynamik verloren.

Zudem hat die Zahl der internationalen Krisen deutlich zugenommen, was die Wertschöpfungsketten herausfordert. Diese sind im Zuge der Globalisierung immer internationaler geworden. Der Ausfall von Produzenten in fernen Ländern kann zum Stillstand der Produktion in Deutschland führen. Auch die Preise und Mengen eingekaufter Waren werden durch die Krisen stark beeinflusst und immer volatiler, sodass eine Planung erschwert wird.

Chancen und Herausforderungen für Baden-Württemberg

Die exportorientierte Wirtschaft in Baden-Württemberg ist und wird von diesen Entwicklungen in besonderem Maße betroffen sein (Tabelle 5-1).

Tabelle 5-1: Exportentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 2008 bis 2020

Anteile in Prozent

		2008	2019	2020
Exportquote	BW	48,0	55,2	54,8
	D	42,8	48,8	48,0
Anteil BW an Exporten von D		19,6	21,6	22,3

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2021b)

Der Export ist zuvorderst eine Domäne der großen Industriebetriebe. Dies zeigt die Auswertung der Umsatzsteuerstatistik in Kapitel 3. Gleichwohl ist die deutsche Dienstleistungswirtschaft im weltweiten Vergleich ebenfalls stark auf den Export ausgerichtet und steht hier auf Rang 3 hinter den USA und Großbritannien. Zudem ist die Dienstleistungswirtschaft in erheblichem Maße indirekt in die Exportaktivitäten der Industrie eingebunden. Zu jedem Euro direkten Dienstleistungsexport kommen nochmals rund 1,17 Euro indirekte Exporte über die Industrie (Lang/Lichtblau, 2020).

Bei den Einfuhren ist ebenfalls eine starke Globalisierung erkennbar. Während alle baden-württembergischen Importe im Zeitraum 2000 bis 2021 um 119,5 Prozent gestiegen sind, legten die Einfuhren aus Asien um 238,5 Prozent zu. Damit wurden neue Länder stärker in die Einfuhren eingebunden, insbesondere China. Die Einfuhren betreffen auch den Mittelstand. Dieser organisiert zwar seltener direkte Käufe bei ausländischen Unternehmen, ist aber über den Großhandel mit diesen verbunden. Lieferstörungen treffen somit auch den baden-württembergischen Mittelstand. Durch die stärkere Einbindung in globale Lieferketten ist der Mittelstand – zumindest indirekt – auch von zunehmenden Berichtspflichten betroffen. Das Lieferkettengesetz gilt direkt zwar nur für Großunternehmen, sind diese aber Kunden der mittelständischen Unternehmen, müssen diese – vor allem als unmittelbarer Zulieferer – zunehmend Berichtspflichten erfüllen, um auch in Zukunft Aufträge der Großunternehmen zu erhalten.

Baden-Württemberg ist aber nicht nur über Ex- und Importe, sondern auch über Direktinvestitionen in die Globalisierung überproportional eingebunden. Baden-Württemberg erreicht im Jahr 2019 mit seinen Direktinvestitionsbeständen von 315,7 Milliarden Euro einen Anteil von 23 Prozent an den deutschen Direktinvestitionsbeständen im Ausland (Bundesbank, 2021). Kein anderes Land in Deutschland weist hier einen höheren Anteil auf. Die baden-württembergischen Direktinvestitionsbestände verteilen sich dabei folgendermaßen: Auf Europa entfallen 49,1 Prozent, davon 26,2 Prozentpunkte auf die EU und 17,6 Prozentpunkte auf das Vereinigte Königreich. Auf Russland entfällt 1 Prozentpunkt der Bestände in Europa. Auf Amerika entfallen 31,9 Prozent, davon 27,1 Prozentpunkte auf die USA. In Asien sind 16 Prozent der Direktinvestitionsbestände angelegt, davon 8,5 Prozentpunkte in China (Bundesbank, 2021).

Die langfristige Entwicklung des Welthandels hängt eng mit der Entwicklung der globalen Wertschöpfungsketten zusammen. Rund 70 Prozent des weltweiten Handels finden in globalen Wertschöpfungsketten statt. Protektionismus trifft dabei komplexe Wertschöpfungsketten in besonderem Maße. Gleichzeitig wird erwartet, dass globale Wertschöpfungsketten in Zukunft weniger durch Arbeitskostenunterschiede als durch die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften geprägt sein werden. Zudem wird eine zunehmende Bedeutung des Dienstleistungshandels erwartet (Wilde, 2021).

Eine weitere, wirtschaftliche Herausforderung für die deutsche Wirtschaft liegt im technologischen Aufholprozess. So strebt China an, im Hightech-Sektor weltweit führend zu werden und auch hoch

entwickelte Industrieprodukte herzustellen. Dazu hat China im Jahr 2015 die industriepolitische Initiative „Made in China 2025“ gestartet. Die Bereiche Wissenschaft und Technologie sollen gestärkt werden, ebenso die Digitalisierung (Matthes, 2021). Diese Strategie kommt in den steigenden chinesischen FuE-Ausgaben bereits zum Ausdruck. Kurzfristig setzt die chinesische Führung dabei auch auf internationale Kooperationen, mittel- bis langfristig sollen ausländische Produkte und Technologien aber durch chinesische Alternativen ersetzt werden. Für den Maschinenbau, eine stark durch den Mittelstand geprägte Branche, wird bei einer erfolgreichen Umsetzung von „Made in China 2025“ beispielsweise mit deutlich rückläufigen Exporten des deutschen Maschinenbaus nach China, aber auch in Drittländer gerechnet (Bertelsmann Stiftung/Fraunhofer ISI, 2021).

Die Herausforderungen bei den Exporten haben bereits dazu geführt, dass viele Mittelständler in Deutschland ihre Exportstrategie anpassen wollen. In einer Befragung aus dem Jahr 2020 planen 39 Prozent der auslandsaktiven Mittelständler, sich in den nächsten fünf Jahren stärker auf Kunden im Inland zu fokussieren. Gleichzeitig planen 23 Prozent dieser Unternehmen eine stärkere Diversifizierung ihrer Exporte (KfW Research, 2021).

Der Protektionismus als eine wesentliche Ursache für den Wandel der Globalisierung wird derzeit nur bei einem kleineren Teil der Unternehmen als Herausforderung gesehen. Im IW-Zukunftspanel haben im Jahr 2020 rund 16 Prozent der Unternehmen angegeben, dass der Protektionismus in den nächsten fünf Jahren im Unternehmen einen sehr oder eher großen Stellenwert einnehmen wird (Demary et al., 2021). Von den Unternehmen mit 1 bis 49 Beschäftigten sehen 15,8 Prozent einen sehr oder eher großen Stellenwert, von den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten 20,9 Prozent und von den Unternehmen ab 250 Beschäftigten 28,3 Prozent. Der Konkurrenz durch chinesische Firmen wird dabei ein noch etwas höherer Stellenwert eingeräumt. Vor allem in der Industrie hat der Protektionismus einen höheren Stellenwert, aber auch im Bereich Großhandel/Logistik geben dies 13,5 Prozent der Unternehmen an. Damit ist auch der Mittelstand, der häufig über den Großhandel in globale Wertschöpfungsketten eingebunden ist, vom Protektionismus betroffen. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern oder in der Bauwirtschaft wird beim Protektionismus hingegen auch in Zukunft nur ein geringer Stellenwert erwartet (Demary et al., 2021).

Maßnahmen, Strategien, Lösungen

Um auch zukünftig die Chancen der Globalisierung zu nutzen und die Risiken des Wandels der Globalisierung zu reduzieren, sind verschiedene Maßnahmen, Strategien und Lösungen erforderlich:

- ▶ Ein wichtiger Lösungsansatz ist die Stärkung der Resilienz des Mittelstands gegenüber Krisen, beispielsweise durch eine stärkere Diversifizierung der Abnehmer- und Lieferantenstruktur. Dabei ist zwischen Kostenvorteilen durch die internationale Arbeitsteilung und Risiken aus der Abhängigkeit von solchen Lieferanten abzuwägen (Petersen, 2020). Sollte es zu einer Neuausrichtung globaler Wertschöpfungsketten kommen, ist zudem zu prüfen, wie der baden-württembergische Mittelstand daran bestmöglich partizipieren kann. In diesem Zusammenhang kann die proaktive Bereitstellung von Gewerbeflächen Re- und Near-Shoring-Projekte größerer Unternehmen begünstigen und dazu beitragen, die Abhängigkeit in bestimmten Branchen und von einzelnen Märkten zu verringern.
- ▶ Weiter Handelsabkommen anstreben und entschlacken. Zu prüfen ist auch, ob neue Handelsabkommen die Globalisierung des Mittelstands stärken können. Ohne Handelsverträge ist eine Diversifizierung der internationalen Absatzmärkte gerade für KMU oft nur schwer möglich. Ein möglicher Partner ist beispielsweise das Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP). Beim Schließen neuer Handelsabkommen könnte helfen, diese zu entschlacken. Da diese immer häufiger mit zusätzlichen Politikzielen aufgeladen werden, ziehen

sich die Verhandlungen häufig in die Länge beziehungsweise scheitern (Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.), 2022).

- ▶ Export von Dienstleistungen. Neue Chancen können sich aus dem Export intangibler Güter ergeben, die durch die Digitalisierung ermöglicht werden. Hier spielen wissensintensive Dienstleister eine wichtige Rolle, die im baden-württembergischen Mittelstand vertreten sind.
- ▶ Weitere Lösungsansätze sind die Stärkung der Bildung und verstärkte FuE-Anstrengungen. Rund die Hälfte der Unternehmen, die sich durch China als Konkurrenten oder Protektionismus herausgefordert sehen, sehen in der Stärkung der Bildung und in verstärkten FuE-Anstrengungen sehr wichtige Handlungsfelder, um die Herausforderungen zu meistern (Demary et al., 2021).

6 Ansatzpunkte in der Mittelstandspolitik zur Bewältigung der neuen Herausforderungen

Die in Kapitel 5.3 aufgezeigten Herausforderungen erfordern ein konsequentes Handeln der mittelständischen Unternehmen. Die Chancen müssen genutzt und die Risiken minimiert werden, um den Wohlstand im Land zu erhalten und zu vermehren.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei die Innovationskraft der Unternehmen. Die Digitalisierung erfordert vielfältige innovative Lösungen, wobei Baden-Württemberg aufgrund seines Innovationssystems hier eine gute Ausgangsbedingung aufweist. Gleiches gilt für die Dekarbonisierung. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weist darauf hin, dass der Erfolg des Innovationsprozesses in einer Volkswirtschaft entscheidend für die Produktivität ist, die wiederum für die Bewältigung des demografischen Wandels elementar ist. Auch bei der Zunahme des Protektionismus sehen Unternehmen in mehr Innovationen ein Handlungsfeld, um den Herausforderungen zu begegnen. In einer Studie zum mittelständisch geprägten Maschinenbau zeigt sich, dass sich Unternehmen mit Innovationsaktivitäten deutlich besser für die verschiedenen Trends gerüstet fühlen als Nichtinnovatoren (Lang et al., 2017). Daher wird in diesem Kapitel zunächst das Innovationsverhalten in Baden-Württemberg betrachtet.

Andere Länder in Europa und Deutschland sind ebenfalls mit den aufgezeigten Trends konfrontiert. Daher wird weiter unten der Frage nachgegangen, wie diese Länder den Trends zu begegnen suchen. Aus den Ergebnissen sollen mögliche neue Ansatzpunkte für die Gestaltung der baden-württembergischen Mittelstandspolitik abgeleitet werden.

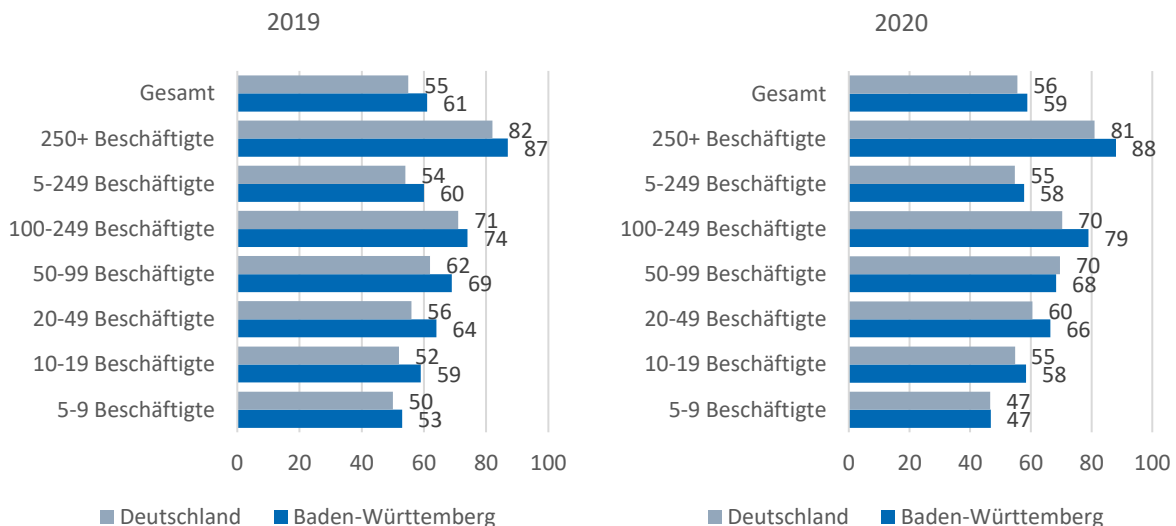
6.1 Rolle von Innovationen bei der Bewältigung der Herausforderungen

In Kapitel 5.3.1 ist bereits auf die Stärken der Ländergruppe Süd vor allem bei Forschung und Innovation und der Qualifizierung, aber auch beim Humankapital und der Innovationslandschaft hingewiesen worden. Im Bundesländervergleich nimmt Baden-Württemberg im Bereich „Forschung, Entwicklung und Innovation“ eine Spitzenposition ein, sowohl in der allgemeinen als auch in der auf die Digitalisierung fokussierten Innovationstätigkeit (Andres et al., 2021).

Die Spitzenposition zeigt sich auch anhand der Innovatorenquote, also des Anteils an Unternehmen mit Innovationen an allen Unternehmen (Abbildung 6-1). In allen Größenklassen fällt die Innovatorenquote in Baden-Württemberg im Jahr 2019 höher aus als in Deutschland. Der Unterschied fällt bei den Unternehmen mit 5 bis 249 Beschäftigten 1 Prozentpunkt größer aus als bei den Unternehmen ab 250 Beschäftigten. Gleichwohl sind 87 Prozent der größeren Unternehmen Innovatoren, während es von den kleinen und mittleren Unternehmen 60 Prozent sind. Innerhalb dieser Gruppe steigt die Innovatorenquote mit der Unternehmensgröße stetig an. Im Jahr 2020 ist die Innovatorenquote in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr gesunken, während sie in Deutschland leicht gestiegen ist. Dahinter steht vor allem ein Rückgang bei den Kleinstunternehmen, bei denen Innovationsaktivitäten häufig von der aktuellen Kassenlage abhängen. Gleichwohl fällt die Innovatorenquote auch im Jahr 2020 in Baden-Württemberg immer noch höher aus als in Deutschland. Grundsätzlich fällt die Innovatorenquote im Mittelstand erheblich geringer aus: Im Jahr 2020 erreichten die baden-württembergischen Unternehmen ab 250 Beschäftigten eine Innovatorenquote von 88 Prozent, während 58 Prozent der Unternehmen mit 5 bis 249 Beschäftigten zu den Innovatoren gezählt haben. Diese Lücke ist auch in Deutschland zu beobachten.

Abbildung 6-1: Innovatorenquoten nach Unternehmensgröße

Anteil Unternehmen mit Innovationen in Prozent



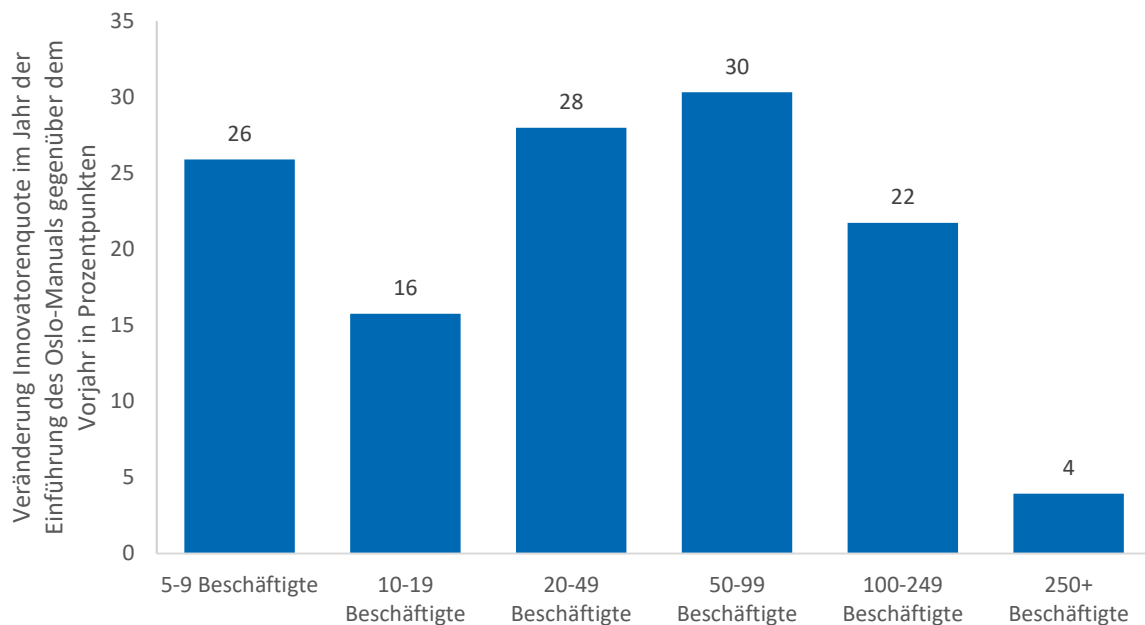
Quelle: ZEW (2022)

Die dargestellten Innovatorenquoten richten sich nach dem Oslo Manual (OECD/Eurostat, 2018). Sie beinhalten neben technologischen Innovationen auch nicht technologische Neuerungen wie Marketing- oder Organisationsinnovationen. Somit kann die Innovationskraft des Mittelstands umfassend

dargestellt werden (Maaß/Mey-Strobl, 2016). Dies war nicht immer der Fall. Durch den Vergleich der Innovatorenquoten der Jahre 2017 und 2018 lässt sich die Auswirkung der erweiterten Definition erkennen. Während in der Größenklasse ab 250 Beschäftigten die Innovatorenquote durch die Berücksichtigung auch nicht technologischer Innovation lediglich um 4 Prozentpunkte höher ausfiel, war der Anstieg bei den Unternehmen mit 5 bis 249 Beschäftigten mit 24 Prozentpunkten deutlich höher, wobei es hier teils Unterschiede innerhalb dieser Gruppe gegeben hat (Abbildung 6-2).

Abbildung 6-2: Veränderung der Innovatorenquote in Baden-Württemberg nach Größenklassen im Rahmen der Einführung der erweiterten Innovationsdefinition des Oslo Manuals

Veränderung der Innovatorenquoten 2017 bis 2018 in Prozentpunkten

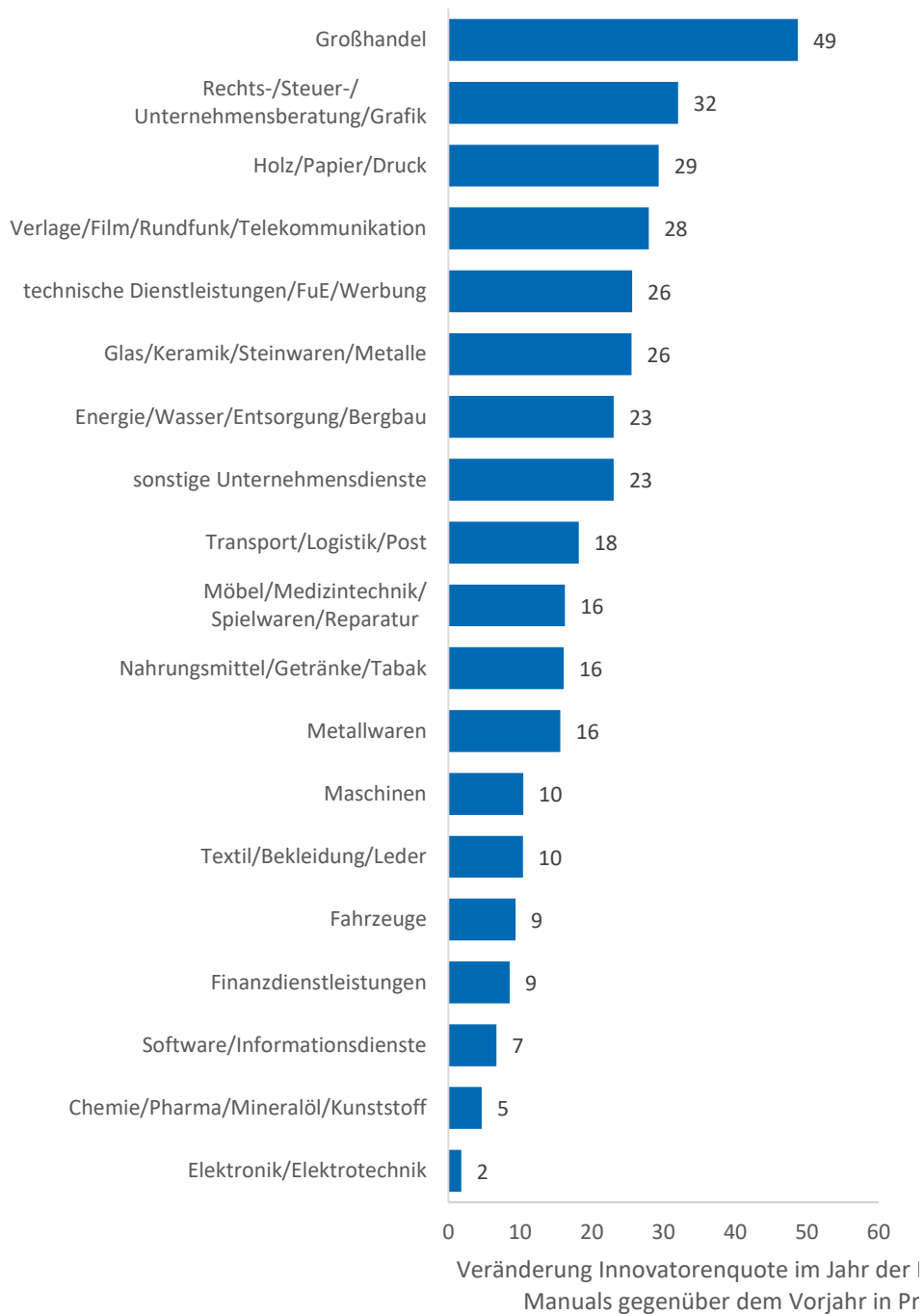


Quelle: ZEW (2022)

Bei einer branchendifferenzierten Betrachtung der Veränderungen nach Einführung des überarbeiteten Oslo Manuals zeigen sich ebenfalls große Unterschiede (Abbildung 6-3). Den größten Zuwachs verzeichnete der Großhandel mit 49 Prozentpunkten. Dahinter folgen fast ausschließlich Dienstleistungsbranchen. In den großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes stiegen dagegen die Innovatorenquoten durch die Berücksichtigung nicht technologischer Innovationen kaum an.

Abbildung 6-3: Veränderung der Innovatorenquote in den baden-württembergischen Branchen im Rahmen der Einführung der erweiterten Innovationsdefinition des Oslo Manuals

Veränderung der Innovatorenquoten von 2017 auf 2018 – Jahr der erstmaligen Anwendung des erweiterten Innovationsbegriffs – in Prozentpunkten



Quelle: ZEW (2022)

Neben dem Anteil an Innovatoren ist auch die Innovationsintensität relevant. Diese kann als Anteil der Innovationsausgaben am Umsatz gemessen werden. Aktuelle größendifferenzierte Daten liegen hier für Deutschland vor. Demnach haben im Jahr 2020 Unternehmen ab 250 Beschäftigten 4,3 Prozent

ihres Umsatzes für Innovationsausgaben verausgabt, bei den Unternehmen mit 5 bis 249 Beschäftigten waren es 1,5 Prozent. Auch beim Innovationserfolg gibt es Unterschiede nach Unternehmensgröße: Unternehmen ab 250 Beschäftigten haben im Jahr 2020 immerhin 17,7 Prozent ihres Umsatzes mit Produktinnovationen erzielt, bei den Unternehmen mit 5 bis 249 Beschäftigten waren es 6,8 Prozent. Auch die Kostensenkung durch Prozessinnovation ist in den großen Unternehmen mit 3,8 Prozent der durchschnittlichen Kosten je Stück/Vorgang höher als in kleinen und mittleren Unternehmen mit 1,6 Prozent (Rammer et al., 2022).

Größendifferenzierte Innovationsintensitäten für Baden-Württemberg liegen für das Jahr 2014 vor. Demnach verausgaben Unternehmen ab 250 Beschäftigten in Baden-Württemberg 6,2 Prozent ihres Umsatzes für Innovationsausgaben gegenüber 4,9 Prozent in Deutschland. In den kleinen und mittleren Unternehmen betrug die Innovationsintensität in Baden-Württemberg rund 1,8 Prozent, in Deutschland dagegen nur rund 1,2 Prozent (Berger et al., 2017). Hier zeigt sich erneut die Stärke des baden-württembergischen Innovationssystems. Gleichwohl zeigt sich auch, dass die kleinen und mittleren Unternehmen seltener und weniger intensiv Innovationsprozesse betreiben.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob sich die Unternehmen an den Innovationsprozessen zur Bewältigung der aufgezeigten Trends hinreichend beteiligen. So ist im Bereich der Digitalisierung die Forschungslandschaft durch eine hohe Beteiligung von Unternehmen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gekennzeichnet. Dazu stellt das Land in erheblichem Maße Fördermittel für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Bereich von Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz (Cyber Valley) und Quantentechnologie bereit. Zudem werden Kooperationen durch die Förderung von Infrastrukturprojekten wie den Science Data Centers zusätzlich unterstützt (Andres et al., 2021). All dies erfordert aber auch ein entsprechendes personelles und damit finanzielles Engagement der Unternehmen.

Hier ist zu klären, wie die Mittelstandspolitik bei der Sensibilisierung und Vernetzung zur Steigerung der Innovationen im Mittelstand vorgehen kann. So ist zu fragen, ob Informationsmaßnahmen zur Sensibilisierung für die Folgen des Strukturwandels ausreichen oder ob auch materielle Fördermaßnahmen erforderlich sind.

6.2 Ausgewählte Best-Practice-Beispiele innovativer Mittelstandspolitik

Der Mittelstand spielt auch in anderen europäischen Staaten eine entscheidende Rolle. Wie in Baden-Württemberg und Deutschland zählen mehr als 99 Prozent der Unternehmen zu den kleinen und mittleren Unternehmen unter 250 Beschäftigten. Die KMU-Beschäftigtenanteile liegen – mit Ausnahme Schwedens – höher als in Deutschland. Gleiches gilt für die Wertschöpfungsanteile der KMU, die überall – mit Ausnahme Frankreichs – höher als in Deutschland sind (Tabelle 6-1).

Tabelle 6-1: Grunddaten der Vergleichsländer

	EU 27	Deutsch- land	Öster- reich	Nieder- lande	Schwe- den	Italien	Frank- reich
Anteil KMU (0-249 MA) in %	99,8	99,6	99,6	99,9	99,8	99,9	99,9
Beschäftigtenanteil in %	65,2	59,2	64,6	64,9	56,1	76,1	53,2
Wertschöpfungsanteil in %	53,0	49,0	57,0	62,0	51,4	64,3	44,2

Quelle: Europäische Kommission (2021)

Mittelstandspolitik der Europäischen Union

Alle Länder betreiben Mittelstandspolitik, häufig in Form von KMU-Politik. Die dortige Mittelstandspolitik findet im Zusammenspiel mit der europäischen Mittelstandspolitik statt. Auf europäischer Ebene ist der Small Business Act seit dem Jahr 2008 der politische Rahmen für die KMU-Förderung. Im März 2020 hat die EU-Kommission die „KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“ vorgelegt (Europäische Kommission, 2020). Mit der Strategie soll die Zahl der KMU, die nachhaltige Geschäftspraktiken übernehmen, und die Zahl der KMU, die digitale Technologien einsetzen, deutlich erhöht werden. Ausgangspunkt ist die Heterogenität der KMU, weshalb mit der Strategie unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden soll. Die Strategie soll den Unternehmen helfen zu wachsen und zu expandieren sowie dabei wettbewerbsfähig und widerstandsfähig zu werden und nachhaltig zu agieren. Die Strategie basiert auf drei Säulen:

- ▶ Kapazitätsaufbau und Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung
- ▶ Abbau der regulatorischen Hürden und Verbesserung des Marktzugangs
- ▶ Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten

Innerhalb dieser Säulen wird ein Mix aus horizontalen Maßnahmen zur Unterstützung aller KMU und vertikalen Maßnahmen für spezifische Bedürfnisse eingesetzt. So sollen Hindernisse im Binnenmarkt beseitigt werden, mit denen KMU konfrontiert sind, die grenzüberschreitend tätig werden wollen. Ausgehend von der Annahme, dass sich für KMU der Übergang zu nachhaltigeren Geschäftsmodellen schwieriger gestaltet, sollen spezielle Nachhaltigkeitsberater und andere einschlägige Leistungen bereitgestellt werden. Mit einem speziellen Outreach-Instrument (regionales Innovationsschema) sollen sie die lokalen Ökosysteme dort stärken, wo der Bedarf aufgrund des Innovationsrückstands am größten ist. Bei der Digitalisierung sollen KMU durch Zentren für digitale Innovation (Digital Innovation Hubs – DIH) unterstützt werden, die durch Investitionen aus dem Programm „Digitales Europa“ und aus den Strukturfonds gefördert werden.

„Database of good practices“ der Europäischen Kommission

Im Rahmen des europäischen Small Business Acts, der das Wachstum von kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen sollte, hat die Europäische Kommission die „Database of good practices“ (Europäische Kommission, 2022) aufgesetzt. Diese Datenbank wurde durchsucht, um Best-Practice-Beispiele der oben genannten europäischen Länder zu identifizieren. Dabei zeigt sich, dass die Datenbank veraltet ist, da die Eintragungen im Jahr 2018 enden. Gleichwohl lassen sich für die Länder Österreich, Niederlande, Schweden, Italien und Frankreich Best-Practice-Maßnahmen der Jahre 2016 bis 2018 identifizieren. Diese haben aber nur zum Teil einen Bezug zu den in Kapitel 5.3 aufgezeigten wichtigen

Trends in Baden-Württemberg. Folgende Maßnahmen mit Bezug zu den Trends, der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Stärkung des Unternehmertums sowie der Steigerung der Innovationskraft sind aufgeführt:

► Österreich:

Das Programm „Internationalisation 2015 – 2020“, das sich an niederösterreichische KMU gerichtet hat, hat 492 KMU dabei unterstützt, ins Ausland (EU und Nicht-EU) zu exportieren. In 108 Fällen war die Unterstützung erfolgreich. Im Rahmen des Programms zeigte sich, dass ein bedarfsgerechtes, ergebnisorientiertes Dienstleistungsangebot für KMU und die Diversifizierung auf Exportmärkten wichtig sind. Zudem zeigten sich Ressourcenprobleme bei Kleinunternehmen. Weiterhin wird darauf verwiesen, dass nachhaltiger Exporterfolg das Ergebnis jahrelanger Entwicklungsarbeit bei Kunden ist.

► Niederlande:

The Rotterdam Business Case (2018) ist ein Arbeitstraining, bei dem Studierende und erfahrene Business-Coaches Kleinunternehmer darin unterstützen, ihre Geschäftspraktiken zu verbessern und ihre unternehmerischen Fähigkeiten zu erweitern. Das Projekt konzentriert sich auf Unternehmer, die unter der Armutsgrenze operieren und nicht in der Lage sind, eine (finanzielle) Lösung für ihre Probleme zu finden. Mehr als 600 Unternehmerinnen und Unternehmern wurde geholfen. Das Innofest (2016) nutzt Sommerfestivals als lebende Labore für Innovation, um Herausforderungen in den Bereichen Wasser, Lebensmittel, Logistik, Energie und Abfall zu lösen. Auf dem Festivalgelände wird alles gemessen, um Prototypen und Innovationen zu testen. Das Innofest lädt KMU und Start-ups ein, ihre Prototypen zu testen und das Feedback der Nutzer einzuholen, bevor sie ihre Innovationen am Markt einführen. Bei ZomerOndernemer (2016) gründen Jugendliche während der Sommerferien ihr eigenes Unternehmen und erfahren, was Unternehmertum bedeutet. Außerdem soll eine unternehmerische Denkweise geschaffen werden.

► Schweden:

Im Business Generator Värmland Sweden (2018) haben 20 kleine und mittlere Unternehmen eine völlig neue Arbeitsweise hinsichtlich der Wertschöpfung ihrer Geschäftskonzepte kennengelernt. Dazu wurde die externe Kompetenz von vier speziell ausgewählten Personen (Coaches) eingebracht, die über eigene Erfahrungen mit der Förderung von Unternehmenswachstum verfügen. Das Projekt Entrepreneurial West Hisingen (2017) zielt auf ein bestimmtes Stadtviertel als Zentrum für Unternehmertum ab.

► Italien:

Das „Manufacturing Project“ und der „Pole of Mechatronics“ (2018) sind zwei Projekte für die unternehmerische Entwicklung in den Sektoren „grüne Technologien“ beziehungsweise Mechatronik. In den Projekten sollen Unternehmen aus verschiedenen Lebenszyklus-, Ausbildungs- und Forschungsphasen miteinander in Kontakt gebracht werden. Die Projekte umfassen ausgestattete Räume, Unterstützungsdienste (Betreuung, Ausbildung) und Finanzinstrumente. Damit sollen das Wachstum neuer und bestehender Unternehmen und die Entwicklung bereichsübergreifender Kooperationen in den Bereichen Technologie, Organisation und Markt erleichtert werden. Im Projekt „Zeitweiliger Exportmanager“ (2016) sollen junge Beschäftigte in Zusammenarbeit mit einem Senior-Berater aus dem internationalen Marketing und einem Vertreter der Handelskammer in Absprache mit der Unternehmensleitung einen Internationalisierungsplan entwickeln, der auf den Merkmalen und Zielen des Unternehmens aufbaut. Die Handelskammern steuerten gezielte Sektor- und Marktanalysen bei, um die relevanten Märkte zu ermitteln. Das Projekt „MIRABILIA: European Network of UNESCO Sites“ (2016) hat das Ziel, weniger bekannte UNESCO-Kulturstätten zu fördern und sie in Netzwerke einzubinden, um so den Kulturtourismus zu fördern.

► Frankreich:

„Lyon Ville d'Entrepreneuriat“ (2018) ist ein Netzwerk, das das lokale unternehmerische Ökosystem zusammenbringt, um die Zahl der Unternehmensgründungen zu erhöhen. Das Projekt konzentriert sich auf die Zielgruppen Frauen, Studenten und Existenzgründer. „Start'Up Lycée“ (2018) ist ein Projekt, das für Schüler und Schulen in den schwächsten Gebieten (Problem-Stadtviertel oder ländliche Gebiete) Bildungsveranstaltungen zur Unternehmensgründung, Organisation und Management anbietet. Das Label „Living Heritage Company“ (2016) ist ein Gütesiegel, das für fünf Jahre (Zeitraum ist verlängerbar) nach Anhörung einer Expertenkommission vergeben wird. Die Kriterien der Labelvergabe sind das Vorhandensein von seltenen Wirtschaftsgütern, hochtechnologischem Know-how und einem bestätigten Ruf.

Insgesamt zeigen die Best-Practice-Beispiele aus der Small-Business-Act-Database-of-Good-Practices nur bedingt Ansatzpunkte für eine neue Mittelstandspolitik. Letztlich handelt es sich bei allen Maßnahmen um einzelbetriebliche oder personelle Fördermaßnahmen, mit denen KMU oder Personen in die Lage versetzt werden sollen, besser zu wachsen.

Factbooks im Rahmen der SME Performance Review der Europäischen Kommission

Wie es um den Mittelstand in den europäischen Ländern steht und aktuellere Beispiele der Mittelstandspolitik in diesen Ländern zeigen die Factbooks, die im Rahmen der SME Performance Review erstellt werden. Damit misst die Europäische Kommission die Fortschritte der Länder bei der Umsetzung der KMU-Strategie und des Small Business Acts (Europäische Kommission, 2022b):

► Österreich:

In Österreich wird die starke Exportorientierung gelobt und mit dem siebten Platz im Globalisierungsindex der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) belegt (Gygli et al., 2019). Allerdings liegt Deutschland hier noch vor Österreich auf Rang 6. Hervorgehoben wird, dass 15 Prozent der österreichischen KMU in Nicht-EU-Länder exportieren, während dies in der EU nur bei 10 Prozent der Unternehmen der Fall ist. Verwiesen wird auf die Ende 2018 verabschiedete österreichische Außenwirtschaftsstrategie, die darauf abzielt, den österreichischen Außenhandel zu stärken, und sich nicht nur auf Vorzeigeunternehmen, sondern auch auf KMU und Start-ups konzentriert. Bei der öffentlichen Förderung von Ressourceneffizienzmaßnahmen und der Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in Geschäftsmodellen ist Österreich eines der führenden EU-Länder, was anhand des dritten Platzes im Öko-Innovationsindex 2021 (Europäische Kommission, 2022c) belegt wird. Deutschland liegt beim Eco-Innovation Index auf Rang 6 und zählt ebenfalls zu den Eco-Innovation-Leadern. Österreich ist zudem ein Vorreiter bei der Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Umwelt- und Energiepolitik, die Förderung des Übergangs zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 ist ein wesentlicher Teil der Arbeit der derzeitigen Regierung. Damit kann Österreich als Rollenmodell für Baden-Württemberg dienen, das ebenfalls – anders als die deutsche Bundesregierung – bis zum Jahr 2040 die Klimaneutralität anstrebt. Bei der Bereitstellung von E-Government-Prozessen und -Dienstleistungen schneidet Österreich sehr gut ab. So belegt der E-Government-Monitor 2020 Österreichs führende Position in der DACH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz), wobei das Land bei E-Government-Prozessen, der Nutzung von E-Government-Verfahren und der Zufriedenheit mit der E-Steuererklärung hervorragend abschneidet (Initiative D21, 2020). Im E-Government-Monitor 2021 werden auch die Länder in Deutschland einzeln betrachtet. Hier erreicht Baden-Württemberg bei der Bekanntheit und Nutzung des Serviceportals Baden-Württemberg nur Rang 11 (Initiative D21, 2021). Österreich weist hinter Irland unter den EU-Ländern den höchsten Anteil an Unternehmen mit Online-Verkäufen in andere EU-Staaten auf. 13 Prozent der österreichischen Unternehmen haben grenzüberschreitenden E-Commerce betrieben, in Deutschland waren es rund 8 Prozent. Spitzenreiter bei der Integration digitaler Technologien sind aber Finnland, Dänemark und Schweden (Europäische Kommission, 2021b).

► Niederlande:

Die Niederlande sind aufgrund ihrer Größe stark außenwirtschaftsorientiert. Im KOF Globalisierungsindex liegen die Niederlande auf Rang 1 (Gygli et al., 2019). Die Niederlande haben ein hervorragendes Geschäftsklima und sind laut dem Weltwirtschaftsforum im Jahr 2019 die wettbewerbsfähigste Wirtschaft in Europa. Weltweit belegten die Niederlande den vierten Platz, Deutschland erreicht mit einer ähnlich hohen Punktzahl Rang 7 (WEF, 2019). Die Digitalisierung der niederländischen KMU schreitet gut voran: Im Jahr 2020 nutzen drei Viertel der niederländischen KMU die Digitalisierung für Verwaltungsaufgaben und die Hälfte der KMU sieht die Digitalisierung als Chance für ihr Unternehmen. Die Niederlande belegen den vierten Platz im Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2020 (Europäische Kommission, 2021b). Das niederländische Ökosystem für Start-ups und Scale-ups gewinnt sowohl in Europa als auch weltweit schnell an Bedeutung. Laut Startup Genome haben die Niederlande ihr Start-up-Ökosystem verbessert. Das Amsterdam-Delta liegt auf Rang 3 in Europa und Rang 13 weltweit. Berlin folgt auf Rang 22 und München auf Rang 31 (Startup Genome, 2021). In den Niederlanden hat sich zudem die Kluft der durchschnittlichen Produktivität zwischen mittleren und großen Unternehmen fast geschlossen. Um die Wettbewerbsposition der Niederlande zu stärken, hat die Regierung das International Strategisch Overleg Nederland gegründet. NL International Business, Trade & Innovate NL und NL International Works sind vertreten. Zudem hat für die niederländische Regierung die Stärkung des europäischen KMU-Binnenmarktes Priorität, was sie im Rahmen der EU-Taskforce zur Durchsetzung des Binnenmarktes durchzusetzen versucht. Bei der Reduzierung des Bürokratieaufwands hat sich der Schwerpunkt von der Kosteneinsparung auf die Überprüfung der Durchführbarkeit verlagert, wobei KMU nun konsultiert werden müssen.

► Schweden:

In Schweden sind kontinuierlich Investitionen zur Beschleunigung der Digitalisierung der Wirtschaft getätigt worden. Das Land hat die Digitalisierung von KMU unterstützt, indem es neue Initiativen ins Leben gerufen und weitere Investitionen in Breitbandnetze getätigt hat. Im DESI-Index ist Schweden der zweitbeste EU-Mitgliedstaat bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit (Europäische Kommission, 2021b). Im Jahr 2019 hat Schweden eine neue Handels- und Investitionsstrategie auf den Weg gebracht, die sich stark auf Nachhaltigkeit und regionales Wachstum konzentriert. Es folgten umfangreiche grüne Investitionen und zusätzliche Mittel für den Sozialbereich sowie Steuersenkungen für Arbeitnehmer und Unternehmen. Weiterhin ist es in Schweden laut einer Erhebung der schwedischen Agentur für wirtschaftliches und regionales Wachstum gelungen, die Anzahl innovativer KMU zu erhöhen. Allerdings ist laut Eurostat (2022) der Anteil der innovativen Unternehmen in Schweden in allen Größenklassen etwas geringer als in Deutschland.

► Italien:

Seit dem Jahr 2014 hat die italienische Regierung das nationale Unterstützungssystem für den Export und die Internationalisierung von KMU (Sonderplan für „Made in Italy“, SACE-SIMEST) gestrafft und gezieltere Instrumente und Anreize eingeführt (Nuovi Macchinari, Temporary Export Management). Schulungen, Exportkits, Online-Tools und subventionierte Finanzmittel unterstützen KMU beim Export. Steigende Investitionen und steuerliche Anreize haben ebenfalls zu einer Dynamisierung der Exporte beigetragen. Gleichzeitig behindert der regulatorische Aufwand die Internationalisierung der italienischen KMU. So ist die Zahl der für die Ein- und Ausfuhr erforderlichen Dokumente eine der höchsten in der EU. Italien hat bei der Digitalisierung von KMU gemischte Ergebnisse erzielt. Fast 80 Prozent der KMU investieren nicht in IKT- und Industrie-4.0-Technologien. Dagegen nimmt der elektronische Handel zu, wobei 56,1 Prozent der gesamten nationalen Online-Verkäufe auf KMU entfallen.

Frankreich:

Frankreich liegt bei vielen internationalen Vergleichen hinter Deutschland. So erreicht Frankreich im Global Competitiveness Index 2019 Rang 15 und Deutschland Rang 7, wobei es in Frankreich Verbesserungen gegeben hat (WEF, 2019). Zur Stärkung des Start-up-Ökosystems hat die französische Regierung wichtige Initiativen gestartet, Paris liegt in Europa auf Rang 2 der Start-up-Ökosysteme (Startup Genome, 2021). Mit dem 2019 gestarteten Programm „French Tech Next 40/120“ und dem dazugehörigen Börsenindex FT120 werden in den kommenden Jahren vielversprechende französische Unternehmen gezielt unterstützt, um die Zahl der Einhörner von 8 auf 25 bis zum Jahr 2025 zu erhöhen. French Tech ist eine öffentliche Bank, die einen Finanzierungsservice aus einer Hand bietet, wobei KMU Vorrang haben. Der Aktionsplan für Unternehmenswachstum und -umwandlung (PACTE – „Plan d’action pour la croissance et la transformation des entreprises“) aus dem Jahr 2019 reduziert die Bürokratielasten für KMU. Der Aktionsplan zielt auch darauf ab, Dinge für Unternehmer zu vereinfachen. Bis zum Jahr 2023 soll eine einzige Online-Plattform für Unternehmensformalitäten geschaffen werden. Seit dem Jahr 2018 gibt es für Unternehmen ein „Recht auf Fehler“. Unternehmen können Sanktionen der Verwaltung für ihren ersten Fehler vermeiden, sofern es sich nicht um einen Versuch handelt, das System zu betrügen oder zu umgehen.

Österreich und Niederlande als Best-Practice-Beispiele

Die Länderbeispiele zeigen, dass vor allem Österreich und die Niederlande im Mittelstand Erfolge verzeichnen können. Vor diesem Hintergrund wird die Mittelstandspolitik dieser beiden Länder näher betrachtet:

► Übersicht Österreich:

In Österreich gibt es eine Vielzahl von KMU-Fördermaßnahmen (Bundesministerium Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, 2021). Ausgehend von der Aussage, dass Innovationen wesentlicher Schlüssel für die Bewältigung der Herausforderungen in den Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit sowie Digitalisierung sind, wurde eine neue FTI-Strategie 2030 vorgelegt. Ziel der Strategie ist das Aufschließen zum internationalen Spitzenfeld und Stärkung des FTI-Standorts Österreich, wobei der Fokus auf der Wirksamkeit und Exzellenz sowie auf Wissen, Talenten und Fertigkeiten liegt. Operationalisiert wird die Strategie im FTI-Pakt.

Digitalisierung und Verbesserung der Infrastruktur in Österreich:

Weiterhin wird der Breitbandausbau vorangetrieben. KMU werden mit einem Zuschuss in Höhe von 50 Prozent der Anschlusskosten bei der Anbindung mit Glasfaser an das Backbone-Netz unterstützt. Mit dem Digitalisierungsfonds, der jährlich mit 80 Millionen Euro ausgestattet ist, soll die IT-Infrastruktur der Verwaltung modernisiert werden, was den Unternehmen durch Effizienz- und Effektivitätssteigerungen zugutekommt. Seit Mitte 2017 ist in Österreich Online-Gründung (e-Gründung) von Einzelunternehmen und seit 2018 von Ein-Personen-Gesellschaften mit beschränkter Haftung inklusive Firmenbuchanmeldung über das Unternehmensserviceportal möglich. Ressortübergreifend wurde der Aktionsplan Entrepreneurship Education 2020 bis 2025 aufgesetzt, um im Bildungsbereich die Digitalisierung zu fördern. Weitere österreichische Digitalisierungsprogramme sind Fast Track Digital, KMU.DIGITAL, KMU.E-Commerce und KI-Marktplatz.

Innovationsförderung in Österreich: Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) wickelt einen wesentlichen Teil der österreichischen Innovationsförderung ab. Im Jahr 2019 waren 72 Prozent der geförderten Unternehmen KMU. Seit dem Jahr 2020 werden „kleinere“ Forschungs- und Entwicklungsprojekte von KMU und Start-ups gefördert, die als Ergebnis kommerziell verwertbare Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen aufweisen. Mit der Förderung sollen

KMU in die Lage versetzt werden, Projekte mit geringerem Volumen effizient und schnell durchzuführen. Gefördert werden maximal 60 Prozent der Projektkosten (bei einer Zuschussdeckelung auf 90.000 Euro). Zugleich wurden im Rahmen des Konjunkturpakets zur Bewältigung der Corona-Pandemie Investitionen in Digitalisierung, Umwelt und Nachhaltigkeit gefördert. Die Investitionsprämie war ein steuerfreier, nicht rückzahlbarer Zuschuss von 14 Prozent der förderbaren Neuinvestitionen in Digitalisierung, Umwelt und Nachhaltigkeit. Zudem wurden Investitionsanreize durch die Einführung einer degressiven Abschreibung geschaffen.

Nachhaltigkeit in Österreich:

Darüber hinaus gibt es in Österreich eine Vielzahl thematischer Programme, beispielsweise Mobilität der Zukunft, Produktion der Zukunft, BIG DATA – FTE Offensive oder Breitband Austria 2020 Connect. Mit diesen Programmen unterstützt die FFG die Transformation hin zu einer klimaneutralen, digitalen Wirtschaft. Dabei wird auch der Auf- und Ausbau nachhaltiger Innovationsnetzwerke von KMU (COIN-Netzwerke) gefördert. Mit dem Programm „greenstart“ wird die Entwicklung und Umsetzung innovativer Geschäftsmodelle im Bereich Energie gefördert. Durch weitere Wettbewerbe sollen disruptive Innovationen gefördert werden. Andere Ressorts wie das BMK tragen ebenfalls zur KMU-Förderung bei, beispielsweise über Öko-Schecks von bis zu 12.000 Euro zum Einstieg in eine klimaneutrale und nachhaltige Wirtschaftsweise, die Förderung von Energiemanagementsystemen in KMU oder die FTI-Strategie im Bereich Mobilität (Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, 2021).

Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung in Österreich:

In Österreich gibt es zudem Förderungen für den Kapazitätsaufbau und die Weiterqualifizierung von KMU und Arbeitnehmer/-innen. Die Digital Skills Schecks unterstützen die Beschäftigten dabei, neue Fähigkeiten und Kompetenzen zu erwerben. Mit Innovationscamps soll der Wissenstransfer gestärkt werden, um die Wirtschaftsleistung und Innovationen der KMU zu erhöhen. Mit den Digital Pro Bootcamps werden intensive, spezialisierte IT-Qualifizierungsmaßnahmen gefördert, um innerhalb weniger Wochen ausgewählte Beschäftigte der KMU zu Digital Professionals auszubilden. Damit soll dem IT-Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

► Übersicht Niederlande:

Die Niederlande gelten als Land mit sehr guten Rahmenbedingungen für KMU. Zugleich ist das Land bei der Digitalisierung und bei der Innovationskraft gut aufgestellt. Gleichwohl findet sich weder auf der Start- noch der Themenseite des niederländischen Wirtschaftsministeriums (<https://www.government.nl/ministries/ministry-of-economic-affairs-and-climate-policy/topics>) direkt das Thema Mittelstand. Die Fördermaßnahmen finden sich in der Kategorie „Enterprise and innovation“ (<https://www.government.nl/topics/enterprise-and-innovation/support-for-small-and-medium-sized-enterprises-smes>).

Innovationsförderung in den Niederlanden:

Gefördert werden vor allem innovative KMU, und zwar durch Steuervergünstigungen, Innovationskredite und Zuschüsse. So gibt es eine Steuergutschrift für Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie mit der Innovationsbox Steuererleichterungen für Innovationen. So können Unternehmen Gewinne aus Patenten oder Aktivitäten, die unter das Gesetz über Anreize für Forschung und Entwicklung (WBSO) fallen, für Steuerzwecke in der Innovationsbox ausweisen, für die ein niedrigerer Körperschaftsteuersatz gilt. Der Innovationsfonds für KMU (MKB+) hilft Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Ideen in rentable neue Produkte, Dienstleistungen und Verfahren. Die Programme Startkapital, Fund of Funds und Innovationsdarlehen sind Teil des Innovationsfonds für KMU. Das Programm Small Business Innovation Research (SBIR) ist ein Wettbewerb für Unternehmen, die in kurzer Zeit neue Produkte entwickeln und auf den Markt bringen wollen.

Die Regierung fordert die Unternehmen mit den besten Angeboten auf, eine Durchführbarkeitsstudie zu erstellen. Die Unternehmen mit den durchführbarsten Plänen erhalten den Auftrag, ihr Produkt weiterzuentwickeln, sodass die Regierung diese neuen Produkte in Zukunft kaufen kann. Im Bereich der Innovationspolitik benennt die „Dutch Strategy to Strengthen Research and Innovation Ecosystems“ zehn Herausforderungen, darunter die Qualifikationen und Aufnahmekapazität für Innovationen in KMU (Government of the Netherlands, 2021). Diese Herausforderungen sollen durch die Innovationspolitik, Wissenschaftspolitik, Bildungspolitik, regionale Wirtschaftspolitik und Politikbereiche, die gesellschaftliche Herausforderungen adressieren, angegangen werden, da die Innovationsökosysteme zur Steigerung des langfristigen Wirtschaftswachstums und zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen. Weiterhin soll der Kontakt zwischen den verschiedenen Ökosystemen, wie künstliche Intelligenz, Nanotechnologie und chronische Krankheiten, gestärkt werden, damit sich diese wechselseitig befruchten.

Gründungs- und Anschubfinanzierung in den Niederlanden:

Darüber hinaus gibt es ein Finanzierungsprogramm der niederländischen Regierung, das staatlich garantierte Programm für KMU-Darlehen (BMKB). Das KMU-Kreditbürgschaftsprogramm wurde speziell für KMU entwickelt, die nicht über genügend Sicherheiten verfügen, damit die Banken ihnen einen Kredit gewähren können. Im Rahmen dieser Regelung kann die Zentralregierung als Bürgin für einen Teil des Kredits auftreten. Das Bürgschaftsprogramm für Unternehmensfinanzierung ist unter anderem für mittlere Unternehmen gedacht, die einen Kredit aufnehmen möchten. Die Wachstumsfazilität ist ein Kreditgarantieprogramm für Banken und Investoren, das es ihnen ermöglicht, Unternehmern Risikokapital zu gewähren. Zudem werden Kleinstkredite von bis zu 50.000 Euro für Existenzgründer und andere kleine Unternehmen gewährt. Die Regierung unternimmt weitere Schritte zur Förderung der Finanzierung von KMU. Ziel ist es, rund 2,5 Milliarden Euro an neuen Finanzmitteln für KMU zu generieren. Dies wird in dem Aktionsplan für zusätzliche KMU-Finanzierung dargelegt. Weiterhin gibt es ein staatliches Auftragsvergabeverfahren für neue Produkte.

Außenwirtschaftsförderung in den Niederlanden:

Für KMU gibt es zudem Programme zur Unterstützung einer Auslandstätigkeit, wie den niederländischen Handels- und Investitionsfonds (DTIF) und das Zuschussprogramm für Demonstrationsprojekte, Durchführbarkeitsstudien und Wissenserwerb (DHK), das KMU offensteht, die in den 66 Ländern des niederländischen Fonds für gutes Wachstum tätig sind.

Evaluation der Mittelstandspolitik in den Niederlanden:

Auf der Seite des niederländischen Wirtschaftsministeriums finden sich viele Evaluationsberichte zu Maßnahmen der Mittelstandspolitik, wie „Effect evaluation of PUM Netherlands Senior Experts phase 2017-2020“ oder External Evaluation 2Scale, einem Unternehmensinkubator. Diese Beispiele deuten darauf hin, dass in den Niederlanden Maßnahmen regelmäßig hinsichtlich ihrer Wirksamkeit untersucht werden, um die Effektivität und Effizienz der Mittelstandspolitik zu erhöhen.

Mittelstandspolitik anderer Länder in Deutschland

Vergleicht man die Mittelstandspolitik von Baden-Württemberg mit der von Bayern und Niedersachsen, so lässt sich festhalten, dass die Schwerpunktthemen übereinstimmen. Alle drei Bundesländer widmen sich Aufgaben wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Aus- und Weiterbildung, Klimaschutz, guten Finanzierungsbedingungen, Innovation, Technologieförderung, Unterstützung von Existenzgründungen sowie jüngst auch Hilfestellungen in der Corona-Pandemie. Der Großteil der Maßnahmen der Mittelstandspolitik in Bayern und Niedersachsen ist daher identisch oder vergleichbar mit denen der Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg, wie die jeweiligen Mittelstandsberichte der Länder zeigen.

(Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, 2020; Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, 2022).

In Deutschland gibt es die Diskussion, die Mittelstandspolitik stärker als Rahmenpolitik zu gestalten (siehe Kapitel 4). Welche Rahmenbedingungen auch in Verbindung mit Trends wie der Digitalisierung förderlich sind, untersuchen Holz et al. (2017). Herausforderungen wie die Digitalisierung stellen die Mittelstandspolitik ihrer Ansicht nach vor die Aufgabe, mittelstandsspezifische Rahmenbedingungen in Politikfeldern zu schaffen, in denen sie nicht federführend ist. Kernaufgabe der Mittelstandspolitik sei dabei der Aufbau einer Kultur der Selbstständigkeit. Sie zeigen internationale Good-Practice-Beispiele auf, die aus ihrer Sicht beide Herausforderungen bewältigen. Sie verweisen auf die Initiative Startup Canada, ein Netzwerk von über 50 Start-up Communitys, das die Eigeninitiative der Unternehmer und das Klima für Unternehmertum unterstützt sowie die Kultur der Selbstständigkeit und die Bedingungen für das Unternehmertum verbessert. Die Politik tritt dabei als Unterstützer und Förderer auf. In Österreich werden die Betriebshelfer für Unternehmen in Not vorgestellt, die beim Ausfall von Soloselbstständigen flexibel und kostenlos helfen. Alternativ stellt die österreichische Mittelstandspolitik Kostenzuschüsse zum selbst organisierten Betriebshelfer bereit. Mit diesen Maßnahmen leiste die österreichische Wirtschaftspolitik einen Beitrag zur sozialen Absicherung von Kleinstunternehmern und trage zur Stärkung einer Kultur der Selbstständigkeit bei. In Estland wird der Bürokratieabbau mithilfe der Digitalisierung gelobt. Unter der Dachmarke e-Estonia stehen über 2.400 E-Dienste bereit, mit denen sich Verwaltungsverfahren digital und ortsunabhängig abwickeln lassen. Damit sinken nicht nur die Transaktionskosten bürokratischer Regelungen, sondern es entstehen zugleich positive Anwendungsbeispiele der Digitalisierung und der Cloud-Nutzung und damit Innovationsimpulse für die IT-Wirtschaft. In den Niederlanden und in Finnland wird auf die digitale Bildung verwiesen. In den Niederlanden sind Unternehmen und Wirtschaftsvertreter in einen ausführlichen Visionsprozess unter unabhängiger Leitung in die digitale Bildung eingebunden. In Finnland gibt es projektbasiertes Lernen, zudem werden der kritische Umgang mit Information und Daten, das ganzheitliche, anwendungsorientierte und kreative Denken sowie die Kooperations- und Teamfähigkeit trainiert. Nach Holz et al. (2017) verdeutlichen die Good-Practice-Beispiele, dass es hilfreich sei, mit den relevanten Stakeholdern eine Vision zu entwickeln und eine Umsetzungsstrategie zu erarbeiten. Weiterhin solle sich die Mittelstandspolitik darüber im Klaren sein, dass solche Maßnahmen nur auf lange Sicht wirken.

6.3 Ansatzpunkte für die Mittelstandspolitik

Am Ende von Kapitel 4 sind verschiedene Fragen für die zukünftige Mittelstandspolitik aufgezeigt worden:

- ▶ Wie wird die zukünftige Mittelstandspolitik begründet? Anhand der positiven Effekte des Mittelstands oder anhand größenspezifischer Nachteile?
- ▶ An wen richtet sich die zukünftige Mittelstandspolitik (und auch Mittelstandsforschung)? An eine qualitativ oder quantitativ nach Unternehmensgröße abgegrenzte Zielgruppe?
- ▶ Ist zukünftige Mittelstandspolitik ausschließlich Rahmenpolitik oder enthält sie einzelbetriebliche Fördermaßnahmen?
- ▶ Wer sollte für die zukünftige Mittelstandspolitik zuständig sein?
- ▶ Ist die zukünftige Mittelstandspolitik einzig evidenzbasiert oder kommen auch Ansätze zum Einsatz, für die noch keine empirische Überprüfung ihrer Wirksamkeit vorliegt?

Diese Fragen können vor dem Hintergrund der Trends aus Kapitel 5 und der Anhaltspunkte aus Kapitel 6 nochmals beantwortet werden:

- ▶ Die Begründung der zukünftigen Mittelstandspolitik und der Masterplan Mittelstand sollten sowohl auf gesellschaftlichen Funktionen des Mittelstands als auch auf konkreten Nachteilen und Hemmnissen basieren. Angesichts der erwarteten gesellschaftspolitischen Herausforderungen durch Trends wie die Zunahme prekärer Lebensverhältnisse, die zunehmende Wohlstandskonzentration, intensivierten gesellschaftliche Konflikte oder wachsendes Stadt-Land-Gefälle zeigt sich, dass speziell der Mittelstand einen Beitrag bei der Bewältigung dieser Trends leisten kann, da er oftmals diesen Trends entgegenwirkt. Gleichzeitig ist der Mittelstand Teil der Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Dekarbonisierung oder der Digitalisierung, die auch im Mittelstand erhebliche Investitionen für Um- oder Neubau von Infrastrukturen und für die Qualifizierung erfordern. Um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, muss der Mittelstand die sich ergebenden Chancen nutzen und die sich abzeichnenden Risiken abwenden. Neue Chancen ergeben sich für den Mittelstand durch neue Schnittstellenmärkte, durch Teilen als Geschäftsmodell oder die Flexibilisierung von Produktionssystemen. Risiken bestehen durch die neuen Business-Ökosysteme, da Produktivität und Profite konzentriert werden können, durch die volatile Ökonomie mit einer unbeständigeren Entwicklung oder neuen Technologien, die zu einem disruptiven Wandel führen. Hier hat sich gezeigt, dass der Mittelstand weniger weit bei der Umsetzung der neuen Technologien ist. Hier ist es an der Mittelstandspolitik, die konkreten Hemmnisse zu ermitteln und den Mittelstand bei der Neuausrichtung zu unterstützen.
- ▶ Die zukünftige Mittelstandspolitik sollte sich auch in Zukunft an eine nach Unternehmensgröße abgegrenzte Zielgruppe richten. Die Ausführungen zu den Trends in Kapitel 5.3 haben gezeigt, dass viele Nachteile und Hemmnisse im Zusammenhang mit der Unternehmensgröße zu bestehen scheinen. Gleichzeitig sollten aber auch die spezifischen Herausforderungen, die sich aus der Einheit von Eigentum und Leitung ergeben, im Blick gehalten werden, indem die Forschung zum qualitativen Mittelstand gestärkt wird.
- ▶ Das Beispiel Niederlande macht deutlich, dass eine gute Rahmenpolitik die Basis der Mittelstandspolitik sein sollte. Ein gutes Geschäftsklima und ein guter Rahmen für die neuen Trends wie die Digitalisierung fördern den Mittelstand bei der Umsetzung neuer Ideen. Gleichwohl reicht eine Rahmenpolitik allein nicht aus, um bestehende Nachteile und Hemmnisse zu beseitigen. Dies erfordert einzelbetriebliche Fördermaßnahmen, wie sie auch in den Niederlanden oder in Österreich zu finden sind. Ein Fokus liegt dabei auf Innovationen, da diese eine Grundlage für die Bewältigung der Trends darstellen. Zudem gibt es auch gezielte Unterstützung für KMU bei der Finanzierung. Weiterhin findet in den Niederlanden eine konsequente Evaluierung statt, sodass nicht oder weniger wirksame Maßnahmen durch wirksamere Maßnahmen ersetzt werden, damit die Förderung einen höheren Outcome erreicht. Durch diese Evaluierung wird zugleich die Komplexität der Förderkulisse verringert, da Maßnahmen abgeschafft oder ersetzt werden.
- ▶ Angesichts der Komplexität der Trends dürfte Mittelstandspolitik in Zukunft noch stärker zu einer Querschnittsaufgabe werden. Allein die große Rolle von Innovation macht eine ressortübergreifende Förderung von Innovationen erforderlich. Bei der Erstellung des Masterplans bietet es sich daher an, alle relevanten Ressorts frühzeitig einzubinden, insbesondere in Form von Workshops zur Bewältigung der einzelnen Trends mit Fokus auf den Mittelstand.
- ▶ In Anbetracht der neuen Herausforderungen gibt es bei vielen mittelstandspolitischen Maßnahmen noch keine Evidenzbasierung, weshalb auf frühere Erfahrungen aus anderen Zusammenhängen zurückgegriffen werden muss. Die Evidenzbasierung könnte zukünftig gestärkt und bei der Etablierung neuer Maßnahmen geprüft werden. Im Zuge dessen könnte bereits im Vorfeld ein Evaluationskonzept überlegt werden, das zur Überprüfung der Wirksamkeit eingesetzt wird. Dabei kommt der Erstellung einer Nulllinie, anhand derer spätere Fortschritte von Maßnahmen gemessen werden können, eine hohe Bedeutung zu.

7 Bewertung der aktuellen baden-württembergischen Mittelstandspolitik

7.1 Maßnahmen der Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg zeigt in seinem aktuellen Mittelstandsbericht die große Bandbreite anhand ausgewählter Maßnahmen auf, die den Mittelstand stärken und ihn auf zukünftige Herausforderungen vorbereiten sollen. Der Berichtszeitraum umfasst dabei die Jahre 2015 bis 2020. Die einzelnen Maßnahmen lassen sich in sieben Kategorien zusammenfügen. Ausgewählte Programme und Maßnahmen werden im Folgenden kurz vorgestellt (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, 2021):

- ▶ überbetriebliche Maßnahmen
- ▶ Finanzierungshilfen für den Mittelstand
- ▶ Förderung von Forschung, Innovation und technologischer Entwicklung
- ▶ betrieblicher Klima- und Umweltschutz, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz
- ▶ ausgewählte sektorenspezifische Maßnahmen
- ▶ europäische Strukturfonds und Programme
- ▶ Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Überbetriebliche Maßnahmen

Die Fachkräftesicherung beschreibt die erste überbetriebliche Maßnahme. So soll zum einen das vorhandene inländische Beschäftigungspotenzial, insbesondere von Frauen, älteren Personen und Menschen mit Migrationshintergrund, voll ausgeschöpft werden, zum anderen die Zuwanderung von internationalen Fachkräften gesichert werden. Förderschwerpunkte waren somit unter anderem die berufliche Aus- und Weiterbildung, Frauen in MINT-Berufen, ein landesweit flächendeckendes Netzwerk aus zehn Welcome Centern für internationale Fachkräfte und KMU, Passiv-Aktiv-Tausch sowie Lernfabriken 4.0.

Die Förderung betrieblicher Aus- und Weiterbildung ist ebenfalls überbetrieblich angelegt. Ein zentrales Element sind dabei die zentralen Ausbildungslehrgänge in den rund 100 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten. Zusätzlich fördert das Land Baden-Württemberg auch die Modernisierung und den Neubau der entsprechenden Gebäude. Auch aufgrund dessen hat das Land somit seit Jahren die bundesweit niedrigste Vertragslösungsquote (23,8 Prozent in 2019) bei Ausbildungsverhältnissen. Die berufliche Weiterbildung nimmt eine Schlüsselrolle ein, um die Beschäftigungsfähigkeit jedes Einzelnen und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe im Land bei der Bewältigung der strukturellen Veränderungen (zum Beispiel Digitalisierung) zu erhalten und zu stärken. So fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus mit rund 8 Millionen Euro innovative Projekte im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Besonders hervorzuheben ist dabei das Projekt der Qualifizierungsverbünde, in denen Zusammenschlüsse von kleineren und mittleren Unternehmen gemeinsam die Weiterbildungen ihrer Beschäftigten organisieren und anbieten. Zwischen 2015 und 2021 investierte das Land Baden-Württemberg zudem 38 Millionen Euro in die Förderung ihrer überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS).

Im Rahmen des Landesprogramms „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ zielt die Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik insbesondere auf die Integration von Langzeitarbeitslosen sowie die Förderung von Projekten zum Abbau und zur Prävention von Langzeitleistungsbezug ab. Das Programm setzt sich dabei aus vier Bausteinen zusammen. Förderschwerpunkt ist das Projekt „BeJuga“, welches insbesondere Familien und Kinder unterstützt. Des Weiteren werden Arbeitslosenberatungszentren, das Netzwerk Teilzeitausbildung („Netzwerk TZA BW“) und ein Ideenwettbewerb, wie Frauen und ältere Menschen im SGBII – Langzeitleistungsbezug besser erreicht und die infrastrukturellen Nachteile dieser Zielgruppen besser überwunden werden können, gefördert.

Der betriebliche Arbeitsschutz und das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) umfassen Instrumente, um die Gesundheit von Beschäftigten in KMU zu sichern. So kann durch Gesundheitssicherung der Beschäftigten auch dem Fachkräftemangel in Zeiten des demografischen Wandels entgegengewirkt werden. Neben der alljährlichen Veranstaltung „MeetingPoint Arbeit und Gesundheit“ auf der Fachmesse Zukunft Personal Süd in Stuttgart fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus auch innovative Projekte im BGM.

Eine weitere überbetriebliche Maßnahme ist die Förderung von gezielten Unternehmensberatungen, mit dem Ziel, KMU in ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie größenbedingte Nachteile auszugleichen. Zusätzlich sollen Existenzgründungen und Betriebsübernahmen unterstützt werden. So verfügt Baden-Württemberg auch über spezifische Maßnahmen zu Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen und unterhält als einziges Bundesland drei komplementäre Programme in der Nachfolgeberatung und -begleitung. Seit 2008 fördert und koordiniert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zudem die Veranstaltungsreihe „Unternehmensnachfolge im Ländlichen Raum“ und seit Dezember 2020 gibt es, neben einer Prämie für erfolgreiche Absolventen einer Meisterprüfung im Handwerk, auch eine Meistergründungsprämie.

Die Maßnahme des Standortmarketings und der Erschließung ausländischer Märkte umfasst die Unterstützung bei Internationalisierungsbemühen der Unternehmen mittels Informationsangeboten, Beratungen und Ausbau bestehender Geschäftsbeziehungen (unter anderem) in Form von Delegationsreisen und Messebeteiligungen. Die Standortpräsentationen in ausgesuchten Zielländern werden ergänzt durch den kontinuierlichen Auf- und Ausbau eines Auslandsnetzwerks, bestehend aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Konsulaten und Handelskammern. Mit Ausnahme der Beratungsförderung werden diese Maßnahmen von Baden-Württemberg International (BW-i) abgewickelt.

Der Tourismus ist als „Querschnittsbranche“ von zentraler Bedeutung und so gibt es ebenfalls überbetriebliche Maßnahmen im Tourismus und Gastgewerbe. Mit dem Tourismusinfrastrukturprogramm (TIP) verfolgt die Landesregierung das Ziel, die kommunalen Tourismusinfrastruktureinrichtungen zu verbessern. Dabei sollen die Nachhaltigkeit, die Qualität, die touristische Entwicklung strukturschwacher Gebiete und der Erholungs- und Freizeitwert der Tourismusgemeinden in Baden-Württemberg gestärkt werden. Aufgrund der Corona-Pandemie hat das Land zudem das „Stabilisierungsprogramm für die Leitökonomie Tourismus“ in Höhe von insgesamt 35 Millionen Euro beschlossen.

Verschiedene Dienstleistungen für die mittelständische Wirtschaft werden ebenfalls den überbetrieblichen Maßnahmen zugeordnet. So sind im Haus der Wirtschaft (HdW) in Stuttgart wichtige Institutionen der Wirtschaftsförderung räumlich zusammengefasst (unter anderem das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, das Regierungspräsidium Stuttgart mit dem Patent- und Markenzentrum Baden-Württemberg (PMZ) und dem Design Center Baden-Württemberg sowie die Gesellschaft Baden-Württemberg International (BW-i)). Dabei steht das HdW für Veranstaltungen und als Schaufenster für die mittelständische Wirtschaft des Landes zur Verfügung. Beispielhafte Projekte sind zudem die Errichtung von regionalen Kompetenzstellen für Energieeffizienz (KEFF) und die Einführung des Nachhaltigkeitsmanagements- und -berichtssystems „WIN-Charta“.

Mit Förderprogrammen im Umweltmanagement und Energieeffizienz sowie der Beratung zu Abwärme und Energiemanagement unternimmt das Land Baden-Württemberg auch konkrete überbetriebliche Maßnahmen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit. Mit dem Förderprogramm „ECOfit“ unterstützt das Land beispielsweise bei der Einführung eines Umweltmanagementsystems. Die Projektteilnehmer erhalten dabei in Workshops und Vor-Ort-Beratungen praxiserprobte Hilfestellungen. Im Rahmen des Programms „Klimaschutz-Plus“ fördert das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, mit Erstattung von Beratungskosten und Bezuschussungen für Investitionen in bestimmte Effizienzmaßnahmen, KMU bei Maßnahmen zur CO₂-Einsparung.

Finanzierungshilfen für den Mittelstand

Das Land Baden-Württemberg leistet umfangreiche Finanzierungshilfen für den Mittelstand. Diese setzen sich hauptsächlich aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, Beteiligungen sowie Wagniskapital zusammen. Bei Darlehen werden politische Schwerpunkte und Leitthemen, wie die Energiewende, Industrie 4.0 und Digitalisierung, aufgegriffen und mit einem Förderprogramm begleitet. Beispielhaft zu nennen sind dabei die „Ressourceneffizienzfinanzierung“, die „Innovationsfinanzierung 4.0“ oder auch die „Digitalisierungsprämie (Plus)“. So konnte das Land zusammen mit der L-Bank den Mittelstand mit ausreichend Liquidität versorgen und attraktive Darlehensangebote anbieten. Insgesamt wurde dabei der baden-württembergische Mittelstand mit einem jährlichen Fördervolumen von deutlich über 2 Milliarden Euro unterstützt.

Mit dem Ziel, einen strukturpolitischen Beitrag zur Weiterentwicklung des mittelständisch geprägten Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg zu leisten, ist auch das Bürgschaftsprogramm ein zentrales Förderinstrument. Durch die Corona-Pandemie wurden Bürgschaften wieder verstärkt nachgefragt, sodass bei einem Bürgschaftsvolumen von mehr als 140 Millionen Euro für über 70 Engagements in den letzten Jahren allein 89 Millionen Euro und über die Hälfte der Anfragen auf das Jahr 2020 fielen. Verbürgt werden dabei Finanzierungen für alle Branchen, Unternehmensphasen und Projektarten. Zudem übernimmt die Bürgschaftsbank auch Garantien gegenüber der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH (MBG), was die Ausstattung der KMU mit Eigenkapital erleichtern soll.

Im Rahmen von Beteiligungen investiert die MBG im öffentlichen Interesse für Zwecke der Wirtschaftsförderung. Zielgruppe der MBG sind dabei kleine und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg sowie Existenzgründungen. Typischerweise engagiert sich die MBG in Form von stillen Beteiligungen, die der Finanzierung langfristiger Wachstums- und Innovationsvorhaben dienen. Unternehmen mit besonders hohem Wachstumspotenzial begleitet sie auch mit offenen Beteiligungen (gegebenfalls in Kombination mit Gesellschafterdarlehen).

Mithilfe von Wagniskapital soll erreicht werden, dass sich mehr innovative und technologieorientierte Unternehmen am Markt etablieren können. Um technologieorientierte Start-ups im Land noch zielgerichteter zu unterstützen und Finanzierungslücken in frühen Projektphasen zu schließen, wurde das Engagement im Segment Venture Capital verstärkt. Beispielhaft zu nennen sind dabei der „Seedfonds BW“, der „LEA Mittelstandsfonds“ sowie der „LEA Venturepartner Fonds“.

Förderung von Forschung, Innovation und technologischer Entwicklung

Besonderer Fokus liegt auch auf der Förderung von Forschung, Innovation und technologischer Entwicklung. Mit mehr als 100 staatlichen, staatlich anerkannten und privaten Hochschulen und über 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist Baden-Württemberg eine der hochschulreichsten und forschungsintensivsten Regionen Europas. Das Land fördert insbesondere Grundlagen- und Spitzenforschung, stärkt aber auch die anwendungsbezogene Forschung an Universitäten. Dabei werden die Forschungseinrichtungen sowohl institutionell als auch materiell durch Investitionen in Gebäude und Geräte unterstützt. Darüber hinaus fördert das Land auch wirtschaftsnahe Forschungsprojekte, die häufig in Zusammenarbeit mit KMU durchgeführt werden. Die Maßnahme des Innovationstransfers soll dabei helfen, durch ein ausdifferenziertes Technologietransferinstrumentarium größenbedingte Nachteile für KMU abzumildern. Dabei wird die Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen gezielt unterstützt. Besonders hervorzuheben ist dabei die Steinbeis-Stiftung mit über 640 Technologie-Transferzentren in Baden-Württemberg. Seit 2008 vergibt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zudem sogenannte Innovationsgutscheine. Seitdem wurden 5.140 Unternehmen mit einem Fördervolumen von circa 40 Millionen Euro unterstützt.

Mit gezielten Maßnahmen fördert und unterstützt Baden-Württemberg auch Unternehmen in den Zukunftsfeldern Elektromobilität und regenerative Kraftstoffe, Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie, Digitalisierung und künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologie sowie Technologien für Raumfahrtssysteme. Um die Innovationsführerschaft in der Automobilwirtschaft zu erhalten, verfolgt das Land das Ziel, durch Technologie-Beherrschung und Produktion elementarer Komponenten der Elektromobilität einen ähnlich hohen Marktwert zu erlangen wie bei den Verbrennungstechnologien bisher. Im Zentrum des Interesses steht dabei die Batterieherstellung. Das Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) leitet deshalb, im Rahmen des Projektes „DigiBattPro 4.0“, ein Konsortium, welches eine massentaugliche und wettbewerbsfähige Produktionstechnologie nach Industrie-4.0-Prinzipien für die Batterieherstellung entwickeln soll. Weitere wichtige Entwicklungsfelder liegen zudem in der Brennstoffzellentechnologie sowie der Entwicklung synthetischer Kraftstoffe. Die „Wasserstoff-Roadmap Baden-Württemberg“ soll dazu beitragen, den Einsatz fossiler Energieträger umfassend zu reduzieren, und helfen, eine Wasserstoffwirtschaft in Baden-Württemberg aufzubauen. Da zunehmend wirtschaftliche Potenziale im Bereich Wasserstoff und Brennstoffzellen gesehen werden, versucht sich das Land, mit konkreten Maßnahmen und Zielsetzungen als führender Standort der Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Industrie zu positionieren.

Ein weiterer Förderschwerpunkt des Landes liegt im Bereich der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz (KI). Schlüsselprojekt ist dabei die Entwicklung des Innovationsparks „Künstliche Intelligenz BW“ in Heilbronn. Zusätzlich unterstützt die Landesregierung den Mittelstand mit weiteren vielfältigen Maßnahmen, wie beispielsweise dem Aktionsprogramm „KI für den Mittelstand“, dem Aufbau eines

Netzwerkes von 19 regionalen KI-Labs sowie dem „KI-Innovationswettbewerb Baden-Württemberg“. Mit dem Innovationscampus „Cyber Valley“ in Tübingen/Stuttgart, hat das Land bereits eines der führenden KI-Kompetenzzentren in Deutschland. Im Bereich der Quantentechnologien fördert Baden-Württemberg gemeinsam mit der Bundesregierung seit 2019 ein neues Institut für Quantentechnologien des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR). Zusätzlich stellt das Land für den Aufbau und Verbundprojekte des Kompetenzzentrums „Quantencomputing Baden-Württemberg“ zwischen 2020 und 2024 bis zu 40 Millionen Euro bereit. Das Kompetenzzentrum ist eines von mehreren in einem nationalen Netzwerk, welches die Fraunhofer-Gesellschaft in Kooperation mit IBM Deutschland errichtet. Baden-Württemberg unterstützt, als einer der führenden Luft- und Raumfahrtstandorte weltweit, auch umfassend die Entwicklung neuer Technologien für Raumfahrtsysteme. Dabei werden die Wettbewerbe „Galileo Masters“ und „Copernicus Masters“ sowie das Business Incubation Centre der europäischen Weltraumagentur ESA und der IHK Reutlingen (ESA BIC BW) unterstützt, was als Start-up-Akzelerator für Gründungen dienen soll. Mit dem Verbundprojekt „IRAS“ wird zudem die Forschung zur Herstellung kostengünstiger Satelliten gefördert, was insbesondere KMU bei der Bewältigung der Herausforderungen des sogenannten New Spaces helfen soll.

Um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von KMU sicherzustellen, fördert das Land auch Cluster-Initiativen und Netzwerke, da diese ideale Bedingungen der Kooperation zwischen verschiedenen Institutionen bieten und zudem geeignete Instrumente der regionalen Wirtschafts- und Innovationspolitik sind. So gibt es seit 2014 die „ClusterAgentur Baden-Württemberg“, welche landesweite Netzwerke als Innovationstreiber stärkt sowie deren Internationalisierungsbemühungen unterstützt. Das 2012 eingeführte Qualitätslabel „Cluster-Exzellenz Baden-Württemberg“ ist ein weiteres Instrument der Landesregierung zur Professionalisierung des Clustermanagements.

Betrieblicher Klima- und Umweltschutz, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz

Ein weiteres großes Handlungsfeld in der Mittelstandspolitik des Landes Baden-Württemberg betrifft Maßnahmen bezüglich des betrieblichen Klima- und Umweltschutzes, der Umwelttechnik sowie der Ressourceneffizienz. Wie bereits bei den überbetrieblichen Maßnahmen gezeigt, bietet das Land verschiedene Förderprogramme für den betrieblichen Umweltschutz an und unterstützt zudem bei der Einführung eines Umweltmanagements bei landespolitisch bedeutsamen Veranstaltungen und Einrichtungen. Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg bietet seit 2018 das Förderprogramm für betriebliches und behördliches Mobilitätsmanagement „B²MM“ an, welches durch Maßnahmen des Mobilitätsmanagements verkehrsbedingte Belastungen durch CO₂-Emissionen, Feinstaub und Stickoxide reduzieren soll. Mit dem „Holz Innovativ Programm 2014–2020“ (HIP) widmete sich die Landesregierung einem der wichtigsten nachwachsenden Rohstoffe in Deutschland, der allein in Baden-Württemberg für circa 30 Milliarden Euro Jahresumsatz, 16.000 Unternehmen und 175.000 Beschäftigte steht. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu steigern, wird im Rahmen der Cluster-Initiative „Forst und Holz Baden-Württemberg“ die interdisziplinäre Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen gefördert. Seit über 20 Jahren verleiht das Land Baden-Württemberg zudem einen Umweltpreis an Unternehmen. Hierzu können sich Unternehmen und Selbstständige mit einem Standort in Baden-Württemberg bewerben. Maßgebliche Bewertungskriterien sind dabei eine umweltorientierte Unternehmensführung, der effiziente Umgang mit Ressourcen, Maßnahmen zur Abfallvermeidung, die Verringerung von Umweltbelastungen sowie der Einsatz umweltschonender Technologien. Neben dem Umweltpreis verleiht das Land zudem einen Umwelttechnikpreis sowie den „Effizienzpreis Bauen und Modernisieren“. Seit 2016 verfolgt Baden-Württemberg die Landesstrategie Ressourceneffizienz, mit dem Ziel, das wirtschaftliche Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dafür wurde 2018 der „Thinktank für industrielle Ressourcenstrategien“ gegründet und ist am Karlsruher Institut für Technologie angesiedelt. Im Jahr 2019 wurde von der Landesregierung zu-

dem die Landesstrategie der nachhaltigen Bioökonomie beschlossen. In einer ersten Umsetzungsphase werden dafür 37 Maßnahmen in verschiedenen Wirtschafts- und Technologiebereichen, aber auch Bildung, bis 2024 mit circa 50 Millionen Euro gefördert.

Ausgewählte sektorenspezifische Maßnahmen

Einige Maßnahmen der Mittelstandspolitik des Landes betreffen spezifische Sektoren. Dazu zählen das Handwerk, der Handel sowie die Gesundheits- und Dienstleistungswirtschaft. Ein wesentliches Zukunftsprojekt der Mittelstands- und Handwerkspolitik ist seit dem Jahr 2017 die Zukunftsinitiative „Handwerk 2025“. Kernaufgaben sind dabei die Fachkräftegewinnung und -sicherung, die strategische Ausrichtung der Betriebe im Hinblick auf mittel- und langfristige Herausforderungen sowie die Digitalisierung im Handwerk.

Um den Dialogprozess im Angesicht des massiven Strukturwandels im Einzelhandel zu schärfen, hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus gemeinsam mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden und Unternehmern, der Arbeitnehmer und der kommunalen Landesverbände das Projekt „Handel 2030“ gestartet. Das Projekt umfasst im Wesentlichen zwei Förderaufrufe zur Schaffung von regionalen Innenstadtberatern sowie zu einem einzelbetrieblichen Intensivberatungsprogramm.

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der innovativsten Wachstumstreiberinnen im Land. Um Baden-Württemberg auch weiterhin die Spitzenposition in dieser Branche zu sichern, soll das Forum „Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“ dazu dienen, Themen wie E-Health und Telemedizin weiter auszubauen. Da die Branchen der Gesundheitsindustrie einem starken Wandel durch Neuentwicklungen aus nahezu allen Querschnittstechnologien unterliegen, gibt es auch weitere Maßnahmen wie Soforthilfen und Verbundforschungsvorhaben.

Bei Maßnahmen für die Dienstleistungswirtschaft stehen ebenfalls anhängige Digitalisierungsprozesse im Vordergrund. Das „Kompetenzzentrum Smart Services“, mit Standorten unter anderem in Stuttgart, Karlsruhe und Heilbronn, soll kleineren und mittleren Dienstleistern dabei helfen und bietet Unterstützung in den Bereichen neue digitale Geschäftsmodelle für Dienstleistungen, systematische Entwicklung von Smart Services und Nutzung von Serviceplattformen. Darüber hinaus soll es dazu beitragen, Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, aus Kammern sowie Verbänden stärker miteinander zu vernetzen.

Europäische Strukturfonds und Programme

Teil der baden-württembergischen Mittelstandspolitik sind auch verschiedene europäische Strukturfonds und Programme. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll durch die Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der gesamten EU den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union (EU) fördern und die regionalen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten ausgleichen. In siebenjährigen Förderperioden erfolgt dann die konkrete Umsetzung. Das Programm EFRE 2014-2020 für Baden-Württemberg stand unter dem Leitthema „Innovation und Energiewende“. Von den Mitteln in Höhe von insgesamt 246,6 Millionen Euro profitierten mittel- und unmittelbar vor allem KMU, im ländlichen Raum sogar direkt durch Zuschussprogramme. Im EFRE-Programm Baden-Württemberg 2021-2027 stehen weiterhin Zukunftstechnologien sowie Ressourcen- und Klimaschutz im Fokus. Dafür stehen dem Land rund 279 Millionen Euro EFRE-Mittel zur Verfügung, wobei der bottom-up konzipierte Regionalansatz „RegioWIN“ rund 30 Prozent des Programmvolumens ausmacht.

Das Europäische Förderprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ ist eines der größten weltweit und orientiert sich an elementaren gesellschaftlichen Fragestellungen, beispielsweise Gesundheit, nachhaltiger Entwicklung und Digitalisierung. Dabei soll insbesondere die Exzellenz in der europäischen Wissenschaft gefördert werden. So können sich Unternehmen sowohl in der Rolle des Anwenders als auch des Innovationstreibers für Verbund- und einzelbetriebliche Forschung bewerben. Im Rahmen des Vorgängerprogramms „Horizont 2020“ (Laufzeit 2014 bis 2020) profitierten in Baden-Württemberg 1.311 Unternehmen mit insgesamt 508,7 Millionen Euro, darunter 597 KMU, die 216,4 Millionen Euro erhielten.

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) standen dem Land zwischen 2014 und 2020 knapp 260 Millionen Euro zur Verfügung, davon entfielen circa 86,5 Millionen Euro auf den Förderbereich Wirtschaft. Die Umsetzung der ESF-Förderung erfolgt über breitenwirksame Förderprogramme in Bereichen wie Coaching, Ausbildung, Existenzgründungen, Moderation von Unternehmensnachfolge und berufliche Bildung, aber auch über komplexe und vielfältige Projektauftrufe.

Das Land Baden-Württemberg nimmt im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) an den vier INTERREG-B-Programmen Alpenraum, Donauraum, Mitteleuropa und Nordwesteuropa sowie dem INTERREG-Europe-Programm teil. So beteiligten sich in der Förderperiode zwischen 2014 und 2020 über 130 Partner aus Baden-Württemberg an 108 Projekten der transnationalen Zusammenarbeit. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus ist außerdem weiterhin Partner im „Enterprise Europe Network“ (EEN), dem größten Mittelstandsnetzwerk der EU.

Kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von weniger als 10 Millionen Euro werden über das von der Europäischen Union kofinanzierte Regionalentwicklungsprogramm „LEADER“ gefördert. Ziel des Programms ist es, regionale Wirtschaftskreisläufe und dezentrale Wirtschaftsstrukturen zu fördern sowie zukünftige Arbeitsplätze zu schaffen. Momentan gibt es 18 LEADER-Aktionsgruppen in Baden-Württemberg.

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) ist in Baden-Württemberg seit über 26 Jahren das wichtigste Strukturentwicklungsprogramm für den ländlichen Raum. Das Programm beinhaltet die Förderschwerpunkte Innenentwicklung/Wohnen, Arbeiten, Grundversorgung sowie Gemeinschaftseinrichtungen. Im Fokus steht dabei die Innenentwicklung von Dörfern. Das ELR unterstützt dabei mit der Förderung von erschwinglichem Wohnraum und Stärkung der Grundversorgung durch Unterstützung lokaler Anbieter von Waren und Dienstleistungen. Darüber hinaus enthält das ELR auch eine Förderung CO₂-speichernder Baustoffe, insbesondere von Holz. Mit einem Fördermittelvolumen von 100,2 Millionen Euro wurde für das Jahr 2021 die bisher größte Summe bereitgestellt.

7.2 Bewertung der Mittelstandspolitik

Im Folgenden wird bewertet, ob die hier dargestellten Maßnahmen auf die in Kapitel 5.3 aufgezeigten Herausforderungen (Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie, Globalisierung im Wandel) einzahlen.

Die Digitalisierung hält Einzug in nahezu alle Bereiche und Branchen. Mit vielfältigen Maßnahmen versucht die Mittelstandspolitik des Landes, Unternehmen sowie deren Arbeitnehmer bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu unterstützen. Auf Arbeitnehmerseite wird insbesondere die entsprechende

berufliche Weiterbildung im Bereich Digitalisierung gefördert. Unternehmen hingegen haben beispielsweise die Möglichkeit, von der „Digitalisierungsprämie (Plus)“ oder dem Aktionsprogramm „KI für den Mittelstand“ zu profitieren. Auch in Zukunft bleibt die Unterstützung bei der digitalen Transformation der Wirtschaft elementarer Bestandteil der Mittelstandspolitik, indem bestehende Programme skaliert und mit neuen Maßnahmen entsprechend ergänzt werden sollen. Sektorenspezifische Maßnahmen für das Handwerk oder die Gesundheits- und Dienstleistungswirtschaft widmen sich ebenfalls diesem Thema. Um selbst Technologieführer in Bereichen von Digitalisierung und KI zu werden, hat das Land mit dem „Cyber Valley“ in Tübingen/Stuttgart bereits eines der führenden KI-Kompetenzzentren in Deutschland und fördert zudem die Entwicklung des Innovationsparks „Künstliche Intelligenz BW“ in Heilbronn. Auch zukünftig soll die wirtschaftsnahe KI-Forschung als „Impulsgeber“ ausgebaut, der KI-Wissenstransfer beschleunigt und KMU dabei unterstützt werden, KI-Innovationen zu entwickeln und an den Markt zu bringen.

Mit umfangreichen Maßnahmen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Umwelttechnik sowie Ressourceneffizienz begegnet das Land den Herausforderungen der Dekarbonisierung. So bietet Baden-Württemberg beispielsweise verschiedene Förderprogramme für den betrieblichen Umweltschutz an, versucht durch Maßnahmen des Mobilitätsmanagements, verkehrsbedingte Belastungen durch CO₂-Emissionen zu reduzieren, und verfolgt seit 2016 die Landesstrategie Ressourceneffizienz. Mithilfe der Entwicklung der Klimaschutzstrategie „Unternehmen machen Klimaschutz“ des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sollen in Zukunft möglichst viele Unternehmen systematisch betrieblichen Klimaschutz umsetzen. Hierzu werden spezifische Unterstützungs-, Kommunikations- und Vernetzungskonzepte angeboten. Im Rahmen der „Zukunftsinitiative Handwerk 2025“ sind insbesondere ab 2022 auch Maßnahmen zur Entwicklung und Umsetzung von Strategien im Kontext Klimaschutz und Energiewende für die Handwerksbranche geplant. Gezielte Maßnahmen in den Zukunftsfeldern Elektromobilität und regenerative Kraftstoffe, Wasserstoff sowie Brennstoffzellentechnologie zählen ebenfalls auf das Ziel der Dekarbonisierung ein.

Auch den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnet das Land Baden-Württemberg in vielfältiger Weise. Die Maßnahme der Fachkräftesicherung zielt dabei sowohl darauf ab, das inländische Beschäftigungspotenzial voll auszuschöpfen, als auch die notwendige Zuwanderung von internationalen Fachkräften zu sichern. Das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) hilft zusätzlich dabei, dem Fachkräftemangel in Zeiten des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Potenzial sieht das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus dabei im weiteren Ausbau der Neugestaltung des Übergangs Schule-Beruf. Dies soll bis 2025 durch eine frühzeitige Berufsorientierung und eine gezielte Förderung schwächerer Jugendlicher flächendeckend durchgesetzt werden. Mit umfangreichen Maßnahmen und Förderungen im Bereich von Unternehmensgründungen und Start-ups sowie der Stärkung lokaler Unternehmen und Innovationskraft wird auch den Herausforderungen einer drohenden Verlangsamung der Globalisierung Rechnung getragen. Im Zuge dessen wurde Ende 2020 das bisher größte branchenoffene Innovations- und Investitionsförderprogramm in der Geschichte Baden-Württembergs verabschiedet. Auch die Kampagne „Start-up BW“ soll in Zukunft fortgeführt werden, um den Gründer- und Innovationsstandort Baden-Württemberg weiterhin attraktiv und international sichtbar zu halten (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, 2021).

Insgesamt lässt sich erkennen, dass die Maßnahmen der Mittelstandspolitik Baden-Württembergs in besonderem Maße auf die Herausforderungen von Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie sowie in Teilen auch auf Globalisierung im Wandel einzahlen.

8 Schlussfolgerungen für den Masterplan Mittelstand

Der Begriff Masterplan kommt ursprünglich aus der Stadtplanung. Masterpläne existieren aber auch in den Bereichen wie der Mobilität, Umwelt oder Gesundheit (Zukunftsnetz Mobilität NRW, 2021; Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, 2016). Ein expliziter Masterplan Mittelstandspolitik existiert dagegen bislang in Deutschland nicht. Auch international findet sich ein solcher Masterplan kaum, eine Ausnahme stellt hier Indonesien dar.

Die Masterpläne aus den anderen Bereichen können als Anhaltspunkt für den zu erstellenden Masterplan dienen. Übertragen auf die Mittelstandspolitik, sollte ein Masterplan Folgendes leisten:

- ▶ Der Masterplan Mittelstand verbindet konkrete Lösungsansätze aus allen Politikbereichen.
- ▶ Der Masterplan versteht sich als Orientierungshilfe bei der erfolgreichen Bearbeitung der verschiedenen Trends. Dabei geht es nicht nur um den Nachteilsausgleich von KMU, sondern auch um die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels, der sich aus wichtigen Trends ergibt.
- ▶ Der Masterplan definiert ausgewählte, prioritäre Handlungsfelder und sollte erste Handlungsempfehlungen enthalten. Zudem beschreibt der Masterplan Strukturen und Prozesse für die Umsetzung, die erforderlich sind, um den Mittelstand bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen.
- ▶ Der Masterplan Mittelstand könnte zudem bereits erste Maßnahmen und Initiativen beinhalten, um die identifizierten Herausforderungen zu bewältigen und die Risiken zu vermeiden; er sollte Antworten geben, was gemacht werden muss, damit Baden-Württemberg auch in den nächsten Jahren gut aufgestellt ist.
- ▶ Der Masterplan Mittelstand sollte sich als eine fortlaufende Strategie verstehen, die sich flexibel an sich ändernde Rahmenbedingungen anpasst, um den Mittelstand bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen. Der Masterplan könnte aus einer Vision, Strategie sowie Umsetzungshinweisen und Handlungsempfehlungen bestehen. Dabei sollte er ein systematisches Vorgehen sicherstellen, aber kein „Fünfjahresplan“ sein, sondern sich flexibel an Veränderungen des dynamischen Umfelds anpassen.

Im Verlauf der Studie sind verschiedene Aspekte für eine zukünftige Mittelstandspolitik theoretisch beleuchtet und vor dem Hintergrund der wichtigen Trends für den baden-württembergischen Mittel-

stand und Lösungsansätze in anderen Ländern mögliche Ansatzpunkte der Mittelstandspolitik aufgezeigt worden. Als wichtige Trends für den baden-württembergischen Mittelstand sind die Digitalisierung, die Dekarbonisierung, die Demografie und der Wandel der Globalisierung beleuchtet worden. Zudem wurde geprüft, wie die baden-württembergische Mittelstandspolitik aufgestellt ist und ob es in der Mittelstandspolitik anderer deutscher Länder weitere Ansatzpunkte für die zukünftige Mittelstandspolitik gibt. Diese Ergebnisse liefern für den zu erstellenden Masterplan Mittelstand wichtige Inputs:

- ▶ Bei der Begründung der zukünftigen Mittelstandspolitik im Masterplan Mittelstand sollten sowohl gesellschaftliche Funktionen des Mittelstands als auch konkrete Nachteile und Hemmnisse berücksichtigt werden. Angesichts der Trends leistet der Mittelstand einen wichtigen Beitrag zur Lösung der erwarteten gesellschaftspolitischen Herausforderungen, beispielsweise bei der Zunahme prekärer Lebensverhältnisse, der zunehmenden Wohlstandskonzentration, der intensivierte gesellschaftlichen Konflikte oder beim wachsenden Stadt-Land-Gefälle. Zudem ist der Mittelstand Teil der Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Dekarbonisierung oder der Digitalisierung. Um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, muss der Mittelstand die sich ergebenden Chancen, wie neue Schnittstellenmärkte, Teilen als Geschäftsmodell oder die Flexibilisierung von Produktionssystemen, nutzen. Gleichzeitig bedarf es Lösungen für die sich abzeichnenden Risiken, wie die neuen Business-Ökosysteme mit einer Konzentration von Produktivität und Profiten, die volatile Ökonomie mit einer unbeständigeren Entwicklung oder die neuen, teils disruptiv wirkenden Technologien. Hier bedarf der Mittelstand Unterstützung, da er weniger weit bei der Umsetzung der neuen Technologien ist. So ist die Umstellung auf neue Energieträger wie grünen Wasserstoff mit hohen Anschaffungskosten und Investitionen verbunden, die selbst größere Unternehmen vor Herausforderungen stellen. Hier sind Incentives zu schaffen, um den Einsatz der neuen Energieträger im Mittelstand voranzubringen. Zudem sollten Investitionsanreize gesetzt und die Rahmenbedingungen verbessert werden, wie durch die Förderung über Kredite, Zuschüsse und steuerliche Förderung, um die Digitalisierung bei der Masse der Nachzügler voranzutreiben. Der Masterplan sollte sich daher als Orientierungshilfe bei der erfolgreichen Bearbeitung der verschiedenen Trends verstehen. Dabei geht es nicht mehr nur um den Nachteilsausgleich, sondern auch um die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels im Mittelstand, der sich aus den Trends ergibt.
- ▶ Die Ausführungen zu den Trends in Kapitel 5.3 haben gezeigt, dass viele Nachteile und Hemmnisse im Zusammenhang mit der Unternehmensgröße zu bestehen scheinen. So hat sich bei der Fachkräftegewinnung und -sicherung für kleine und mittlere Unternehmen die strategische Personalarbeit als Herausforderung erwiesen, wobei Hemmnisse das fehlende Know-how und fehlende finanzielle Mittel sind. Zugleich sind fehlende Fachkräfte ein wesentliches Hemmnis bei der Bewältigung der Dekarbonisierung und Digitalisierung. Daher sollten sich die zukünftige Mittelstandspolitik und der Masterplan Mittelstand an eine nach Unternehmensgröße abgegrenzte Zielgruppe richten. Gleichzeitig sollten aber im Masterplan Mittelstand die spezifischen Herausforderungen adressiert werden, die sich aus der Einheit von Eigentum und Leitung im Mittelstand ergeben, wobei hier die Unternehmensgröße eine geringere Rolle spielt.
- ▶ Eine gute Rahmenpolitik bildet die Basis der Mittelstandspolitik. Mögliche Verbesserungen sollten im Masterplan Mittelstand angestrebt werden. Eine gute Rahmenpolitik erleichtert es den mittelständischen Unternehmen, sich an die Trends anzupassen. Dazu gehört beispielsweise eine angemessene digitale Infrastruktur oder ein eindeutiger rechtlicher Rahmen bei der Verwendung von Daten. Auch Handelsabkommen sind Teil der Rahmenpolitik, die nicht nur den Mittelstand in der Globalisierung, beispielsweise dem Export wissensintensiver Dienstleistungen, stärken, sondern auch die Resilienz des Mittelstands gegenüber Krisen, beispielsweise durch eine stärkere Diversifizierung der Abnehmer- und Lieferantenstruktur, erhöhen. Allerdings reicht eine Rahmenpolitik allein nicht aus, um bestehende Nachteile und Hemmnisse zu beseitigen. Hier sollte der Masterplan Mittelstand auch einzelbetriebliche Fördermaßnahmen enthalten. Kapitel 7 hat gezeigt, dass

dies bereits heute schon in der baden-württembergischen Mittelstandspolitik der Fall ist und dies auch für die Zukunft geplant ist. Ein Fokus sollte dabei auf Produkt- und Prozessinnovationen liegen, da diese die Grundlage für die Bewältigung der Trends darstellen.

- Angesichts der Komplexität der Trends dürfte Mittelstandspolitik in Zukunft noch stärker zu einer Querschnittsaufgabe werden. Die Stärkung der Bildung und verstärkte FuE-Anstrengungen helfen den mittelständischen Unternehmen, die Herausforderungen zu bewältigen. Attraktive Lebensbedingungen und eine hohe Lebensqualität verbessern die Ausgangsposition der Unternehmen, um überregional und international Fachkräfte zu gewinnen. Auch eine vereinfachte Zuwanderung von Fachkräften, beispielsweise durch die vereinfachte Anerkennung von Berufsabschlüssen, kann dem Mittelstand helfen. Es bietet sich daher womöglich an, dass bei der Erstellung des Masterplans Mittelstand alle relevanten Ressorts bereits frühzeitig eingebunden werden, insbesondere in Form von Workshops zur Bewältigung der einzelnen Trends mit Fokus auf den Mittelstand. Der Masterplan kann als Instrument für eine integrierte Gesamtbetrachtung von verschiedenen Politikbereichen dienen, wie der Wirtschafts-, Bildungs-, Forschungs-, Innovations- und Städtebaupolitik. Somit kann der Masterplan Mittelstand konkrete Lösungsansätze aus allen Politikbereichen verbinden und als Orientierungshilfe bei der erfolgreichen Bearbeitung der verschiedenen Trends dienen. Der Masterplan Mittelstand könnte somit ein Handlungskonzept für die verschiedenen Aktivitäten auf Landesebene darstellen. Er sollte konkrete Ziele formulieren und gegebenenfalls bereits erste ganzheitliche und integrierte Konzepte und Maßnahmen enthalten. Dies sollte gelingen, da die Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg bereits heute hauptsächlich eine Querschnittsaufgabe ist.
- Weiterhin könnte eine stärkere Evaluierung der Mittelstandspolitik im Masterplan verankert werden. Zwar findet in Baden-Württemberg bereits heute schon häufig eine Evaluierung der Mittelstandspolitik statt, allerdings gibt es noch Potenzial in der stärkeren Fokussierung auf eine Wirksamkeitsanalyse. Angesichts der neuen Herausforderungen und der deshalb noch fehlenden Evidenzbasierung der Maßnahmen könnte der Masterplan festhalten, dass im Prozess nicht oder weniger wirksame Maßnahmen durch wirksamere Maßnahmen ersetzt werden, damit die Mittelstandspolitik einen höheren Outcome erreicht. Hierfür wäre es wichtig, rechtzeitig eine Nulllinie zu vermessen, anhand derer spätere Fortschritte von Maßnahmen gemessen werden können. Eine in Zukunft stärkere Evaluierung mittelstandspolitischer Maßnahmen könnte somit ein wichtiger Beitrag des Masterplans zur erfolgreichen Bewältigung des Strukturwandels und der in dieser Pre-Study identifizierten Trends und Herausforderungen sein. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass ein solcher Evaluierungsprozess mit einem erheblichen zeitlichen Mehrbedarf bei der Programmierung neuer Maßnahmen und Initiativen einhergehen würde.

Insgesamt befindet sich der bislang erfolgreiche Mittelstand in Baden-Württemberg in einem hochdynamischen Umfeld. Nicht nur die aktuellen Krisen wie die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellen den Mittelstand vor Herausforderungen, sondern auch die Trends Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und der Wandel der Globalisierung, die zu starken Veränderungen im Mittelstand führen können. Angesichts der Herausforderungen bedarf der Mittelstand Unterstützung. Der Masterplan Mittelstand könnte hier Maßnahmen und Initiativen beinhalten, um die Herausforderungen zu bewältigen und die Risiken zu vermeiden. Der Masterplan kann Antworten geben, was gemacht werden muss, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands erhalten bleibt und Baden-Württemberg auch in den nächsten Jahren wirtschaftlich gut aufgestellt ist.

9 Literatur

Andres et al. (2021), Metastudie „Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung in Baden-Württemberg“; URL: <https://www.digital-bw.de/documents/20142/336328/Metastudie+-+Chancen+und+Herausforderungen+der+Digitalisierung+in+Baden-W%C3%BCrttemberg.pdf/e63a9d34-6cc5-add3-9bcb-99bbac2273ef>

Atzberger et al. (2016), Trends im Handel 2025 – erfolgreich in Zeiten von Omni-Business; URL: https://einzelhandel.de/images/presse/Studie_Trends_Handel_2025.pdf

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag (Hrsg., 2021), Finanzielle Gewerbeförderung im Land Baden-Württemberg – Zusammenstellung der wichtigsten Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschafts- und Beratungsprogramme für die gewerbliche Wirtschaft

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (2020), Bayerischer Mittelstandsbericht 2020; URL: https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2020-112-03_Mittelstandsbericht_2020.pdf

BCG (2021), Klimapfade 2.0 – Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft. Gutachten für den BDI

Berger et al. (2017), Strukturanalyse und Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich – Anhangband zum Abschlussbericht; URL: http://www.iaw.edu/tl_files/dokumente/Strukturanalyse%20und%20Perspektiven%20des%20Wirtschaftsstandortes%20Baden-W%C3%BCrttemberg%20-%20Anhang.pdf

Berleemann et al. (2021), Is the German Mittelstand more resistant to crises? Empirical evidence from the Great Recession; Small Bus Econ (2021)

Bertelsmann Stiftung/Fraunhofer ISI (2021), Was Chinas Industriepolitik für die deutsche Wirtschaft bedeutet – Szenarien für „Made in China 2025“ am Beispiel des deutschen Maschinenbaus; URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST_DA_Studie_Auswirkungen_Chinas_Industriepolitik.pdf

Bertschek et al. (2017), Metastudie: Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung in Baden-Württemberg; URL: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Metastudie_Digitalisierung_BWZEW_2017.pdf

Bhaumik et al. (2015), What Do We Know About Entrepreneurial Finance and Its Relationship with Growth? In: International Small Business Journal, Bd. 33 (1), S. 70-88

BMWi (1998), Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft zur Verbesserung der Transparenz und Konsistenz der Mittelstandsförderung auf Bundesebene

BMWi (2018), Monitoring-Report Wirtschaft Digital 2018; URL: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/monitoring-report-wirtschaft-digital-2018-langfassung.pdf>

Bovenschulte et al. (2021), Regierungs-Foresight – Stand und Perspektiven; Institut für Innovation und Technik (iit), iit perspektive, Nr. 59

Brink et al. (2020), Das Zukunftspanel Mittelstand 2020 – Update der Expertenbefragung zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des deutschen Mittelstands; IfM-Materialien, Nr. 282; URL: https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm_materialien/dokumente/IfM-Materialien-282_2020.pdf

Brown et al. (2022), Innovation and borrower discouragement in SMEs; Small Bus Econ (2022); URL: <https://doi.org/10.1007/s11187-021-00587-1>

Büchel et al. (2021), Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland: Digitalisierungsindex 2020 – Langfassung eines Ergebnispapiers im Projekt „Entwicklung und Messung der Digitalisierung der Wirtschaft am Standort Deutschland“ im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie; URL: https://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Digitalisierungsindex/Publikationen/publikation-download-Langfassung-digitalisierungsindex-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Bundesbank (2021), Bestandsangaben über Direktinvestitionen – Bundesländer, Berichtsjahr 2019

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (2021), KMU im Fokus 2020 – Bericht über die Situation und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen der österreichischen Wirtschaft; URL: https://www.bmdw.gv.at/dam/jcr:8efe9893-101a-496c-a63f-8ff185a68587/NEU_KMU%20im%20Fokus_2020_barrierefrei.pdf

BWIK (2022), Fachkräftemonitor 2035; URL: https://www.bw.ihk.de/Resources/Persistent/41cb17e2e3a26a6fdf2a22036b87d866e9da5c74/20210712_Fachkr%C3%A4fte-Monitor%202035_Langtext.pdf

Cassel/Thomas (2019), Ordnungspolitik: Echte Mittelstandsforschung für Mittelstandspolitik nutzen; in: Econwatch – Gesellschaft für Politikanalyse (Hrsg.), Policy Brief 3/2019

Commission of the European Communities (2003), COMMISSION RECOMMENDATION of 6 May 2003 concerning the definition of micro, small and medium-sized enterprises; Document number C (2003) 1422, in: Official Journal of the European Union. 2003. L 124/36 – L 124/41

Cuhls et al. (2009), Foresight-Prozess im Auftrag des BMBF. Zukunftsfelder neuen Zuschnitts. Fraunhofer ISI und IAO; URL: https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/44foresight-prozess_bmbf_zukunftsfelder_neuen_zuschnitts-5.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Demary et al. (2021), Gleichzeitig: Wie vier Disruptionen die deutsche Wirtschaft verändern – Herausforderungen und Lösungen. IW-Studien; URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Studien/IW-Studie_2021/IW_Studie_2021.pdf

Demary et al. (2021b), Dekarbonisierung – Digitale Fachkräfte gesucht; IW-Kurzbericht 51/2021

Deutscher Bundestag (1980), Stenographischer Bericht, 226. Sitzung, Plenarprotokoll 8/226, S. 18407-18416

Europäische Kommission (2020), Eine KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa; COM(2020) 103 final

Europäische Kommission (2021), 2021 SME Country Fact Sheets

Europäische Kommission (2021b), Digital Economy and Society Index (DESI) 2021, Thematic chapters; URL: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi>

Europäische Kommission (2022), Database of good practices; URL: <https://ec.europa.eu/growth/tools-databases/sme-best-practices/SBA/index.cfm?fuseaction=practice.list>

Europäische Kommission (2022b), Background documents of the SME fact sheets 2021; URL: https://ec.europa.eu/growth/document/download/60a0a1e9-2da0-414a-b6da-94182ad3dc80_en?filename=Background%20documents%20of%20the%20SME%20fact%20sheets%202021.zip

Europäische Kommission (2022c), The Eco-Innovation Scoreboard and the Eco-Innovation Index; URL: https://ec.europa.eu/environment/ecoap/indicators/index_en

Eurostat (2022), Enterprises with innovation activities during 2016 and 2018 by NACE Rev. 2 activity and size class (online data code: INN_CIS11_INACT)

Fritsch et al. (2007), Marktversagen und Wirtschaftspolitik – Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns, 7. Aufl.

Government of the Netherlands (2021), Strategy to Strengthen Research and Innovation Ecosystems; URL: <https://www.government.nl/binaries/government/documenten/reports/2021/03/12/dutch-strategy-to-strengthen-research-and-innovation-ecosystems/Dutch+Strategy+to+Strengthen+Research+and+Innovation+Ecosystems.pdf>

Gröschl (2018), 60 Jahre IfM Bonn – 60 Jahre wissenschaftliche Forschung rund um den Mittelstand; Institut für Mittelstandsforschung Bonn (Hrsg.); URL: https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/ueber_uns/dokumente/Chronik-IfM-Bonn.pdf

Günther (1974), Anmerkungen zum Beitrag Sölters „Nachteilsausgleich für mittelständische Unternehmen“; in: Wirtschaft und Wettbewerb, Bd. 24., 1974, Nr. 10, S. 665-669

Gygli et al. (2019), The KOF Globalisation Index – Revisited; in: Review of International Organizations, 14(3), 543-574

Heinemann (2019), Zukunft des Handels und Handel der Zukunft – treibende Kräfte, relevante Erfolgsfaktoren und Game Changer; in: Heinemann et al. (Hrsg.), Handel mit Mehrwert – Digitaler Wandel in Märkten, Geschäftsmodellen und Geschäftssystemen, S. 3-41

Hirt et al. (2014), BMBF-Foresight-Zyklus II – Vorgehensweise und Ergebnisse; in: Zeitschrift für Zukunftsforschung, Jg. 5 (2016), Nr. 1, S. 42-56

Holz et al. (2017), Neue Ansätze für die Mittelstandspolitik – Impulse von internationalen Good-Practice-Beispielen; IfM-Materialien, Nr. 262; URL: https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm_materialien/dokumente/IfM-Materialien-262-2017.pdf

Horbach/Rammer (2020), Labor Shortage and Innovation; ZEW Discussion Paper, Nr. 20-009, 02/2020; URL: <https://www.zew.de/presse/pressearchiv/das-fehlen-von-fachkraeften-mit-berufsausbildung-wird-zum-innovationshemmnis>

Hünecke et al. (2021), Strukturwandel zu einer Green Economy – Screening besonders betroffener Branchen, Teilbericht (AP 1) FKZ 3716141010; UBA (Hrsg.), Umwelt, Innovation, Beschäftigung 01/2022

IfM Bonn (2022a), Mittelstandsdefinition des IfM Bonn; URL: <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/mittelstandsdefinition-des-ifm-bonn>

IfM Bonn (2022b), KMU-Definition des IfM Bonn – KMU-Definition des IfM Bonn seit 1.1.2016; URL: <https://www.ifm-bonn.org/definitionen-/kmu-definition-des-ifm-bonn>

Initiative D21 (2020), eGovernment MONITOR 2020; URL: https://initiated21.de/app/uploads/2020/10/egovernment_monitor_2020_onlineausgabe.pdf

Initiative D21 (2021), eGovernment MONITOR 2020; URL: <https://initiated21.de/app/uploads/2021/10/egovernmentmonitor2021.pdf>

IREUS/ILS (2020), Entwicklung der Ländlichen Räume in Baden-Württemberg – Abschlussbericht; URL: https://lel.landwirtschaft-bw.de/pb/site/pbs-bw-new/get/documents/MLR.LEL/PB5Documents/alr/06_Veranstaltungen_2020/pdf_Vortr%C3%A4ge_PM/2019_11_11_IREUS2.0_Abschlussbericht.pdf

Kampffmeyer (2022), Entwicklung der CO₂-Emissionen der Industrie in Baden-Württemberg; in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2022, S. 49-55

KfW Research (2021), KfW-Internationalisierungsbericht 2021 – Corona-Krise lässt das Auslandsgeschäft des Mittelstands einbrechen; URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Internationalisierungsbericht/KfW-Internationalisierungsbericht-2021.pdf>

Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (KSG BW) vom 23.7.2013; zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.10.2021 (GBl. S. 837)

Koch et al. (2019), Die Bedeutung der industrienahen Dienstleistungen in Baden-Württemberg unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung; URL: https://wm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Dateien_Downloads/Foerderprogramme/20190117_Endbericht_IndD-LBW_final.pdf

Koneberg et al. (2021), KOFA-Personalarbeitsindex – Strategische Personalarbeit als erfolgreicher Ansatz zur Fachkräftesicherung in KMU; KOFA-Studie 4/2021; URL: https://www.kofa.de/fileadmin/Dateiliste/Publikationen/Studien/Personalarbeitsindex_4_2021.pdf

Lang et al. (2017), Wachstumsmotor Maschinenbau NRW – Mit mehr Innovationen erfolgreich in die Zukunft. Studie im Auftrag vom Cluster ProduktionNRW

Lang/Lichtblau (2020), Bedeutung unternehmensnaher Dienstleistungen für den Industriestandort Deutschland/Europa; Studie für das BMWi; URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/Studie-Industrie-und-Dienstleistungen.pdf?__blob=publicationFile&v=6

Levering et al. (2016), Mittelstandspolitik in der Praxis – Rahmensetzung oder Förderung; IfM-Materialien, Nr. 251; URL: https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm_materialien/dokumente/IfM-Materialien-251_2016.pdf

Love/Roper (2015), SME innovation, exporting and growth: A review of existing evidence; in: International Small Business Journal 2015, Bd. 33(1), S. 28-48

Maaß/Mey-Strobl (2016), Der Stellenwert nicht-technologischer Neuerungen im Innovationsgeschehen der mittelständischen Wirtschaft; IfM-Materialien, Nr. 250; URL: https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm_materialien/dokumente/IfM-Materialien-250_2016.pdf

Matthes (2021), De-Globalisierung, Protektionismus und Krisen treffen deutsches Exportmodell hart; IW-Kurzbericht 52/2021; URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2021/IW-Kurzbericht_2021-De-Globalisierung.pdf

MGI (2015), Global Growth: Can Productivity Save the Day in an Aging World?

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2016), Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW; URL: https://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/Broschueren/masterplan_umwelt_und_gesundheit_nrw.pdf

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg (2021), Mittelstandsbericht des Landes Baden-Württemberg 2021; URL: https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Publikationen/Wirtschaftsstandort/Mittelstandsbericht_BW_2021.pdf

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg (2019), Förderprogramme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Evaluationsbericht 2018; URL: https://wm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Publikationen/Wirtschaftsstandort/Evaluationsbericht_F%C3%B6rderprogramme_2018_barrierefrei.pdf

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (2022), Niedersächsischer Mittelstandsbericht 2017 bis 2021; URL: https://www.mw.niedersachsen.de/download/179251/Mittelstandsbericht_2017_-_2021.pdf

OECD/Eurostat (2018), Oslo Manual 2018: Guidelines for Collecting, Reporting and Using Data on Innovation, 4th Edition

Opp (2005), Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theorienbildung und praktischen Anwendung; 6. Auflage

Petersen (2020), Globale Lieferketten zwischen Effizienz und Resilienz; ifo Schnelldienst 5/2020, Bd. 73, S. 7-10; URL: <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-05-2020-05-13.pdf>

Rammer et al. (2022), Innovationen in der deutschen Wirtschaft – Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2021; URL: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/mip/21/mip_2021.pdf?v=1643623456

Reichsgesetzblatt (1919), Die Verfassung des Deutschen Reichs („Weimarer Reichsverfassung“) vom 11.8.1919, Reichsgesetzblatt 1919, S. 1383

RKW (2019), BIM – Building Information Modeling III: Kompetenzzentren für das Bauwesen; URL: <https://www.rkw-kompetenzzentrum.de/publikationen/leitfaden/bim-building-information-modeling-iii/>

Röhl et al. (2021), Datenwirtschaft in Deutschland: Wo stehen die Unternehmen in der Datennutzung und was sind ihre größten Hemmnisse? Studie des IW und der IW Consult im Auftrag des BDI; URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/klaus-heiner-roehl-lennart-bolwin-wo-stehen-die-unternehmen-in-der-datennutzung-und-was-sind-ihre-groessten-hemmnisse.html>

Schmidt et al. (2017), Energie- und Klimaschutzziele 2030; URL: https://www.zsw-bw.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Aktuelles/2017/20170928_Endbericht_Energie-_und_Klimaschutzziele_2030.pdf

Schneider (2022), Lieferengpässe bremsen Erholung der Südwestindustrie im Jahr 2021; in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2022, S. 31-37

Sölter (1974), Nachteilsausgleich für mittelständische Unternehmen: Referat am 20.6.1974 in Bonn; in: Wirtschaft und Wettbewerb, Bd. 24., 1974, Nr. 10, S. 657-665

Startup Genome (2021), The Global Startup Ecosystem Report GSER 2021

Statistische Ämter der Länder (2021), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Bd. 1

Statistisches Bundesamt (2021), Finanzen und Steuern – Umsatzsteuer (Vorankündigungen) 2019, Fachserie 14, Reihe 8.1

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2021), Statistische Berichte Baden-Württemberg – Finanzen und Steuern, L IV 1 – j/19

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2021b), Strukturdaten – Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland 2020 nach Bundesländern; URL: <https://www.statistik-bw.de/Industrie/Struktur/VG-XpQuote.jsp>

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022), Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister Baden-Württemberg; Stand: 9/2020

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022b), Sonderauswertung der Umsatzsteuerstatistik 2019 (Vorankündigungen)

Steffen et al. (2004), Global Change and the Earth System: A Planet Under Pressure. The IGBP Book Series

Steffen et al. (2015), The trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration; in: The Anthropocene Review, Bd. 2, Nr. 1, S. 1-18

Stiftung Familienunternehmen (Hrsg., 2022), Europäische Handelspolitik in Diensten der Geopolitik? Anforderungen an neue Instrumente aus Sicht von Familienunternehmen. Studie erstellt vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO); URL: https://www.familienunternehmen.de//media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Europaeische-Handelspolitik-in-Diensten-der-Geopolitik_Kurzstudie_Stiftung-Familienunternehmen.pdf

Törnqvist/Hanson (2020): Anticipatory Innovation Governance – Shaping the future through proactive policy making; OECD Working Papers on Public Governance, Nr. 44

WEF (2019), The Global Competitiveness Report 2019; URL: https://www3.weforum.org/docs/WEF_TheGlobalCompetitivenessReport2019.pdf

Weinand et al. (2021), ECC Club Jahresstudie – Ein Rückblick auf das turbulente Jahr 2020

Welter (2019), Mittelstandspolitik weiterdenken! Vortragsfolien zur Sitzung des Mittelstandsbeirats im BMWi am 11.3.2019; URL: https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/mittelstandsbeirat-mittelstandspolitik-weiterdenken.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Welter et al. (2016), Mittelstandspolitik im Wandel; IfM-Materialien, Nr. 247; URL: https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm_materialien/dokumente/IfM-Materialien-247_2016.pdf

Welter/Schlepphorst (2020), Der gesellschaftliche Beitrag des Mittelstands: Konzeptionelle Überlegungen; IfM-Materialien, Nr. 283; URL: https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/ifm_materialien/dokumente/IfM-Materialien-283_2020.pdf

Wilde (2021), Die Zukunft des globalen Handels; in: BMWi (Hrsg.), Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Januar 2021, S. 26-31

Wright et al. (2015), Joining the dots: Building the evidence base for SME growth policy; in: International Small Business Journal 2015, Bd. 33(1), S. 3-11

Z_Punkt (2022), Der neue Blick auf die globale Dynamik des Wandels; URL: <https://z-punkt.de/de/themen/megatrends>

ZEW (2022), Sonderauswertung der Innovationserhebung

Zimmermann (2019), Unternehmensbefragung 2019: Immer mehr Unternehmen geben Digitalisierungsvorhaben an, auch die Hemmnisse werden immer stärker wahrgenommen, KfW (Hrsg.); URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Unternehmensbefragung/Unternehmensbefragung-2019-%E2%80%93-Digitalisierung.pdf>

Zimmermann (2020), Unternehmensbefragung 2020 – Anteil der Digitalisierungsplaner stagniert auf hohem Niveau; URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Unternehmensbefragung/Unternehmensbefragung-2020-%E2%80%93-Digitalisierung.pdf>

Zimmermann (2021), KfW-Digitalisierungsbericht Mittelstand 2020 – Rückgang der Digitalisierungsaktivitäten vor Corona, ambivalente Entwicklung während der Krise; URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Digitalisierungsbericht-Mittelstand/KfW-Digitalisierungsbericht-2020.pdf>

Zimmermann (2022), KfW-Digitalisierungsbericht Mittelstand 2021: Corona-Pandemie löst Digitalisierungsschub aus, die Digitalisierung wird aber nicht zu einem Selbstläufer; URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Digitalisierungsbericht-Mittelstand/KfW-Digitalisierungsbericht-2021.pdf>

Zukunftsnetz Mobilität NRW (2021), Masterplan der Mobilität – Mobilitätskonzepte; URL: <https://www.zukunftsnetz-mobilitaet.nrw.de/aktuelles/blog/blog-masterplan-der-mobilitaet>

Zweck et al. (2015), Geschichten aus der Zukunft 2030: Ergebnisband 3 zur Suchphase von BMBF-Foresight Zyklus II; VDI-Technologiezentrum (Hrsg.), Zukünftige Technologien Nr. 102

